

CDU

70 Jahre CDU-Saar

Ein Beitrag zur Zeitgeschichte



UNION
STIFTUNG



70 Jahre CDU-Saar

Ein Beitrag zur Zeitgeschichte

Herausgegeben von
Hans-Georg Warken und Michael Scholl

SAARBRÜCKEN 2025

2. Auflage

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar

ISBN: 978-3-9827378-1-2

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Herausgeber:	Union Stiftung e. V. Steinstraße 10, 66115 Saarbrücken Hans-Georg Warken und Michael Scholl
Projektleitung:	Dr. Oliver Siebisch
Satz und Druck:	Druckerei Wollenschneider, Zum Gerlen 12, 66131 Saarbrücken

© 2025 Union Stiftung e. V., Steinstraße 10, 66115 Saarbrücken,
vertreten durch JR Hans-Georg Warken,
www.unionstiftung.de

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorwort <i>von JR Hans-Georg Warken</i>	11
Personen in der CDU-Saar	13
 Zur Geschichte der CDU-Saar	
Von den Anfängen bis zum Ende der Amtszeit Werner Zeyers <i>von Oliver Siebisch</i>	21
Vom Jahr 1985 bis in die Gegenwart <i>Peter Müller im Interview mit Dominik Holl</i>	43
 Sieben Persönlichkeiten aus sieben Jahrzehnten CDU-Saar	
Hubert Ney – der verdiente und streitbare Gründervater <i>von Oliver Siebisch</i>	64
Egon Reinert – der „Präsident“ <i>von Oliver Siebisch</i>	82
Alois Becker – der Vermittler <i>von Oliver Siebisch</i>	106
Interview mit Rita Waschbüsch <i>von Oliver Siebisch</i>	120
Werner Scherer – eine Legende der CDU-Saar <i>von Peter Jacoby</i>	128
Peter Müller – vom „jungen Wilden“ zum erfolgreichen Ministerpräsidenten <i>von Stephan Toscani</i>	144
Annegret Kramp-Karrenbauer – erste Ministerpräsidentin des Saarlandes <i>von Stephan Toscani</i>	160
Abbildungsnachweis	174
Personenregister	177

Vorwort des Vorstandsvorsitzenden der Union Stiftung

Die CDU-Saar blickt auf eine bewegte und wechselvolle Geschichte zurück. Sie ist Teil der politischen DNA unseres Landes – und mit ihr sind Menschen verbunden, die den Weg dieser Partei über sieben Jahrzehnte hinweg gestaltet, geprägt und manchmal auch miteinander gestritten haben.



Die Union Stiftung fühlt sich als politische Stiftung in besonderer Weise dem demokratischen Gedächtnis unseres Landes verpflichtet. Seit ihrer Gründung im Jahr 1959 ist es unser Anliegen, politische Bildung zu fördern, internationale Verständigung zu ermöglichen und insbesondere zur europäischen Einigung beizutragen – stets auf der Grundlage eines christlichen Menschenbildes. In dieser Tradition verstehen wir auch die Herausgabe dieses Buches: als Beitrag zur Landesgeschichte und zur Würdigung jener, die insbesondere nach dem schrecklichen Zweiten Weltkrieg Verantwortung in unserer jungen Demokratie übernommen haben.

Die porträtierten Persönlichkeiten – von Hubert Ney, dem streitbaren Gründervater, über Egon Reinert, Alois Becker und Rita Waschbüsch bis hin zu Peter Müller und Annegret Kramp-Karrenbauer – sind nur eine kleine Auswahl und stehen für verschiedene Kapitel der CDU-Saar. Ihr Wirken schrieb auch Geschichte der Bundesrepublik, des Saarlandes und der gesellschaftlichen Entwicklung Europas.

Dieses Buch kann nur ein Schlaglicht werfen und ist nur eine Auswahl interessanter Lebenswege – viele weitere Persönlichkeiten haben die CDU-Saar und unser Land über die Jahrzehnte hinweg erfolgreich geprägt. Es ist unser Ziel, mit weiteren Publikationen dieses historische Bild zu ergänzen und weitere verdiente Persönlichkeiten und ihr Wirken darzustellen.

Mein besonderer Dank gilt den Autoren, die mit großer Sorgfalt und Sachkenntnis die biografischen Skizzen ausgewählt und verfasst haben. Sie ermöglichen uns einen ebenso persönlichen wie historischen Blick auf 70 Jahre gelebte Demokratie.

Ich wünsche diesem Buch viele interessierte Leserinnen und Leser.



JR Hans-Georg Warken
Vorstandsvorsitzender

Personen in der CDU-Saar

DER GRÜNDUNGSAUSSCHUSS 1952

Helmut Bergweiler (Rechtsanwalt, Vorsitz des Ausschusses)

Dr. Walter Bruch (Kaufmann)

Peter Clemens (Schlosser)

Dr. Günther Häusler (Baurat)

Karl Hillenbrand (Gewerkschaftssekretär)

Josef Krisches (Angestellter)

Wilhelm Martin (Stadtschulrat)

Dr. Anton Merz (Regierungsangestellter)

Dr. Wendel-Hans Merz (Arzt)

Dr. Hubert Ney (Rechtsanwalt)

Egon Reinert (Rechtsanwalt)

Dr. Franz Schäfer (Universitätsprofessor)

Dr. Peter Schindler (Oberstudiendirektor)

Willi Spoerhase (Student)

Wilhelm Strempel (Schlosser)

Dr. Trittelvitz (Arzt)

Karl Walz (Gewerkschaftssekretär)

DIE LANDESVORSITZENDEN

1952–1957	Hubert Ney
1957–1959	Egon Reinert
1959–1973	Franz-Josef Röder
1973–1977	Werner Scherer
1978–1985	Werner Zeyer
1985	Werner Scherer
1986–1990	Peter Jacoby
1990–1995	Klaus Töpfer
1995–2011	Peter Müller
2011–2018	Annegret Kramp-Karrenbauer
2018–2022	Tobias Hans
2022 bis heute	Stephan Toscani

DIE LANDESGESCHÄFTSFÜHRER

1955–1956	Manfred Schäfer
1956	Otmar Keßler
1956–1972	Helmut André
1972–1975	Albert Unbehend
1975–1986	Engelbert Thiel
1986–1999	Karl Rauber
1999–2003	Hans Joachim Pack
2003–2010	Jörg Kohl
2011–2014	Henrik Eitel
2014–2020	Timo Flätgen
2020–2022	Patrick Waldraff
2022 bis heute	Frank Wagner

DIE VORSITZENDEN DER LANDTAGSFRAKTION

1956–1957	Wilhelm Kratz
1957	Erwin Albrecht
1957–1959	Josef Schmitt
1959–1961	Walter Lorang
1961–1965	Franz Schneider
1965–1970	Jakob Feller
1970–1973	Alfred Wilhelm
1973–1974	Konrad Schön
1974–1977	Ferdi Behles
1977–1980	Berthold Budell
1981–1984	Werner Scherer
1984–1985	Günther Schacht
1985–1990	Günther Schwarz
1990–1994	Peter Jacoby
1994–1999	Peter Müller
1999–2007	Peter Hans
2007–2009	Jürgen Schreier
2009–2015	Klaus Meiser
2015–2018	Tobias Hans
2018–2022	Alexander Funk
2022 bis heute	Stephan Toscani

DIE GENERALSEKRETÄRE

2003–2009 Stephan Toscani

2009–2017 Roland Theis

2017–2022 Markus Uhl

2022 bis heute Frank Wagner

Zur Geschichte der CDU-Saar

OLIVER SIEBISCH

Von den Anfängen bis zum Ende der Amtszeit Werner Zeyers

Es ist ein offizielles Jubiläum, das die CDU-Saar in diesem Jahr begeht, ihren 70. Geburtstag.¹ Will man geschichtlich in die Tiefe gehen, darf das Jahr 1952 im Zusammenhang mit der Parteigründung jedoch nicht unerwähnt bleiben.²

1. Bis zur Abstimmung über das Saarstatut

Damals wurde die Partei als eine christdemokratische Sammlungsbewegung, welche die Rückkehr des teilautonomen Saarlandes in das deutsche Staatswesen anstrebte, ins Leben gerufen. Der Gründungsausschuss stellte am 6. Februar dieses Jahres einen Zulassungsantrag.³ Doch der erste saarländische Ministerpräsident Johannes Hoffmann und seine *Christliche Volkspartei des Saar-*

¹ Wer sich mit all diesen Begebenheiten näher beschäftigen möchte, hat das Standardwerk von Gerhard BAUER: Hundert Jahre christliche Politik an der Saar. Vom Zentrum zur CDU. – Saarbrücken 1981 (zuerst als Dissertationsdruck mit dem Titel „Die CDU im Saarland“ erschienen) heranzuziehen. Auf seine umfangreichen Ausführungen gründet sich daher ein Gutteil dieser Überblicksdarstellung. Für die Darstellung der Geschichte der CDU-Saar bis zum Ende der Amtszeit Werner Zeyers wurden zudem ihre 1955 im Vorfeld der Saarabstimmung gedruckte Broschüre der Landesgeschäftsstelle der Christlich Demokratischen Union Saar [Hrsg.]: Die CDU Saar im Abstimmungskampf. Stellungnahmen und Referate zur Volksbefragung am 23. Oktober 1955 sowie die Zeitungsausschnittssammlungen Dep. SZ 356 und Dep. SZ 358 im Stadtarchiv Saarbrücken benutzt. Zahlreiche darin enthaltene Artikel aus der Saarbrücker Zeitung (SZ) stammen von Alfred SCHÖN. Seine Urheberschaft wird im Folgenden nicht einzeln ausgewiesen. Vgl. zur Geschichte der CDU-Saar auch den kurzen Überblick, den Günther SCHWARZ: Von der Illegalität zur Regierungspartei. 50 Jahre CDU Saar. – In: Auf dem (Rück-)Weg nach Deutschland. Beiträge zu Wurzeln und Wegmarken christlicher Politik im Saarland. Blieskastel 2006, S. 117–129 gibt.

² Vgl. BAUER, Hundert Jahre christliche Politik an der Saar, S. 41 f. sowie die o.g. Broschüre, S. 6 f.

landes (CVP), welche zu dieser Zeit die Geschicke des Saarlandes bestimmten, waren keineswegs gewillt, ihm zu entsprechen.⁴ Der eingeschlagene Kurs der in der Landesverfassung festgelegten Autonomie des Saarlandes mit dem Ziel einer Europäisierung sollte nicht konterkariert werden. Zudem beanspruchte die CVP als ebenfalls christdemokratische Partei die Alleinvertretung der christlich orientierten Kräfte an der Saar für sich.

Es habe sich daher, so die zeitgenössische Selbstdarstellung der Partei, ein „wahrer Federkrieg [...] mit dem Innenministerium“ entsponnen.⁵ Zunächst scheiterte die CDU-Saar an dem noch nicht vorliegenden Parteigesetz und seinen spät veröffentlichten Durchführungsbestimmungen.⁶ Am 4. Juni 1952 konnte aber die Gründungsversammlung im Saarbrücker Langwiedstift stattfinden, auf der Hubert Ney (mit biografischer Skizze in diesem Band) zum ersten Vorsitzenden gewählt wurde.⁷ Das Gründungsprogramm gipfelte in einem Satz, in dem die Forderung erhoben wurde, dass „[a]lle Versuche, die deutschen Menschen an der Saar ihrem angestammten Kulturreis zu entfremden, und jede regierungsamtliche, einseitige Propaganda [...] unverzüglich“ einzustellen seien.⁸ Angesichts eines solchen Postulats rückte die Zulassung der „keinerlei umstürzlerischen Neigungen verdächtigen Partei“⁹ in weite Ferne, und sie konnte nur in der Illegalität agieren – ein Zeichen der repressiven Facette des Hoffmann-Staates.

Erst infolge des Saarabkommens vom 23. Oktober 1954 wurde im Juli 1955 die Genehmigungspflicht für Parteien aufgehoben.¹⁰ Dies geschah drei Monate vor der Abstimmung über das von der CVP-geführten Regierung und der Bundes-CDU propagierte Saarstatut.¹¹ Am 7. August schließlich vollzog sich

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ In der o.g. Broschüre, S. 7.

⁶ Vgl. BAUER, Hundert Jahre christliche Politik an der Saar, S. 41 f. sowie die o.g. Broschüre, S. 6 f.

⁷ Ebd. sowie die o.g. Broschüre, S. 7.

⁸ BAUER, Hundert Jahre christliche Politik an der Saar, S. 43 sowie die o.g. Broschüre, S. 8.

⁹ Joachim SCHWELIEN in der FAZ vom 13. April 1955.

¹⁰ Vgl. BAUER, Hundert Jahre christliche Politik an der Saar, S. 43 sowie die o.g. Broschüre, S. 8 f.

im Saarbrücker Johannishof mit 600 Delegierten und mehr als 1500 Gästen die Gründung der Partei auf Landesebene.¹² Hubert Ney wurde, nun auch offiziell, zum ersten Vorsitzenden gewählt und versicherte, dass er jeden Radikalismus „von links und rechts und aus der Mitte“ ablehne.¹³ Von der Schwesterpartei in der Bundesrepublik sei der CDU-Saar der „vollkommen freie Entschluß“ zur Positionierung für oder gegen das Saarstatut überlassen worden.¹⁴ Die Vorsitzenden der beiden anderen prodeutschen Parteien, der *Demokratischen Partei Saar* (DPS) und der *Deutschen Sozialdemokratischen Partei* (DSP), hielten Grußansprachen.¹⁵ Die Versammlung schloss „mit dem Absingen der dritten Strophe des Deutschland-Liedes und des Saarliedes“.¹⁶ Gemäß einer von der Gründungsversammlung gefassten Entschließung setzte sich die CDU-Saar fortan gegen das Saarstatut ein und befürwortete die Rückgliederung der Saar zum „Vaterland“, ohne die der Weg nach Europa nicht möglich sei.¹⁷ Fortan konnte die Partei ihre Position auch in einem eigenen Medium, den *Neuesten Nachrichten*, verbreiten. Das intensiv genutzte Plakat der CDU-Saar im Abstimmungskampf trug die Aufschrift: „Die Macht der herrschenden Parteidiktatur geht zu Ende. Die Zeit der freien Meinungsäußerung hat begonnen. Der Weg nach Europa ist nunmehr offen. Er führt nicht über Verleugnung des Vaterlandes, sondern über den Zusammenschluß freier Völker.“¹⁸

¹¹ Die Parteizeitung der CVP, die *Saarländische Volkszeitung* (SVZ), wusste die Differenzen zwischen Bundes- und Landes-CDU publizistisch für sich zu nutzen. Wiederholte wies deren Chefredakteur, Peter Pfeiffer, in Artikel- und Kommentarform darauf hin.

¹² Siehe hierzu die *Rheinpfalz* vom 8. August 1955.

¹³ Ebd.

¹⁴ Siehe hierzu die *Stuttgarter Nachrichten* vom 8. August 1955. Ein „Begrüßungstelegramm“ von Bundeskanzler Konrad Adenauer an die Gründungsversammlung wurde anscheinend dort verkürzt wiedergegeben. Dies gab der gegnerischen Presse Gelegenheit, die CDU-Saar anzugreifen. Vgl. hierzu die damals offenkundig frankophile *Saarbrücker Zeitung* (SZ) vom 12. August 1955 sowie die SVZ vom 16. August 1955.

¹⁵ BAUER, Hundert Jahre christliche Politik an der Saar, S. 43.

¹⁶ Siehe hierzu die *Rheinpfalz* vom 8. August 1955.

¹⁷ Ebd. Vgl. die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) vom 8. August 1955. Siehe zu Details: Markus GESTIER: Die christlichen Parteien an der Saar und ihr Verhältnis zum deutschen Nationalstaat in den Abstimmungskämpfen 1935 und 1955. – Bonn, Phil. Diss. 1990, S. 200 ff.

¹⁸ Abgedruckt in der o.g. Broschüre. Siehe zum Text auch die *Trierische Landeszeitung* vom 28. Juli 1955.



*Hubert Ney spricht auf der Gründungsversammlung
der CDU-Saar im Saarbrücker Johannishof*

Alsbald begann der Abstimmungskampf.¹⁹ Es müssen mitunter die Plakate der CDU-Saar vom politischen Gegner mit Hakenkreuzen überklebt worden sein.²⁰ Dies veranlasste die Partei zu einem Aufruf, in dem sie die Methoden der „Gala-Europäer“ anprangerte, aufrief, von Gewaltmaßnahmen Abstand zu nehmen, „[d]ie sachlichen Argumente“ auf ihrer Seite sah und forderte, „den Kampf um [...] [die] Heimat mit aller Ruhe und aller Sachlichkeit zu führen.“²¹ Dieser fand gleichwohl erbittert statt.²² Immer wieder zielte die CVP-Presse auf den CDU-Saar-Vorsitzenden Ney, warf ihm sein früheres Eintreten für die Franzosen und seine Mitgliedschaft in der CVP bis 1952 vor.²³ Dies vertrage sich nicht mit dem von ihm erhobenen Vorwurf des Separatismus. Siegesgewiss

¹⁹ Vgl. hierzu auch die detaillierte Darstellung bei BAUER, Hundert Jahre christliche Politik an der Saar, S. 43 ff.

²⁰ Siehe dazu eine undatierte „Stellungnahme“ der CDU-Saar „[z]u den Vorgängen und Zwischenfällen der letzten Tage“, enthalten im Dep. SZ 356 im Stadtarchiv Saarbrücken.

²¹ Ebd.

²² Vgl. BAUER, Hundert Jahre christliche Politik an der Saar, S. 48 ff.

gab sich die CVP bis zuletzt, doch die Geschichte sollte zeigen, dass dies keine Grundlage in der Stimmungslage der Saar-Bevölkerung hatte. Kurz vor der Abstimmung versuchten Ney und die Heimatbundkräfte, die bejahende Position der Bundes-CDU und somit auch diejenige von Bundeskanzler Adenauer zum Saarstatut zu relativieren.²⁴ Auch wurde in den *Neuesten Nachrichten* eine Emnid-Umfrage veröffentlicht, die ein klares „Nein“ der Saarländer zum Saarstatut prognostizierte.²⁵ Sodann versuchte die CDU-Saar mit einer Denkschrift, eine präzise Auslegung, eine „authentische Klärung“ des zur Abstimmung gestellten Saarstatuts zu erzwingen.²⁶

Auf ihrem nichtöffentlichen Delegiertentag im September 1955 bekräftigte die unterdes auf 15.000 Mitglieder angewachsene Partei noch einmal ihr „Nein“ zum Statut, und die Delegierten sprachen Hubert Ney ihr Vertrauen aus.²⁷ Über die völkerrechtlichen Fragen, die damit zusammenhingen, referierte der nachmalige Ministerpräsident Egon Reinert (ebenfalls mit Porträt in diesem Band).²⁸ Die CDU-Saar war inzwischen „zur stärksten Partei an der Saar geworden“ und legte bereits ein eigenes Wirtschaftsprogramm vor.²⁹ In einer Flugschrift³⁰ äußerte sich auch die Junge Union Saar zur entscheidenden Frage der Zeit: Indem sie darin französische Politiker zitierte, welche nach einer allfälligen Annahme des Status die endgültige Klärung der Saarfrage bis zu einem Friedensvertrag mit Deutschland hinauszögern trachteten, sollte der Argwohn der Saarländer gegenüber dem Statut verstärkt werden. Ferner wurde auf „[d]ie christliche Sittenlehre“ abgehoben, die gemäß der stets prodeutschen Positionie-

²³ Siehe hierzu etwa die Titelseite der SVZ vom 30. August 1955 und vom 1. September 1955. Dort wurde auf einen im Jahr 1945 an den französischen Präfekten gerichteten Brief rekuriert, der Loyalität gegenüber Frankreich zum Ausdruck brachte und anscheinend von Ney auf dem Landratsamt in Saarlouis unterzeichnet worden war. Ney muss dies eingeräumt, zugleich jedoch den Vorwurf eines von ihm unterstützten Separatismus zurückgewiesen haben. Dadurch wurde indes die sozialdemokratische Zeitung *Volksstimme* nicht daran gehindert, ihm auf ihrer Titelseite vom 1. September 1955 vorzuwerfen, dass er Abtrennungsambitionen unterstützt habe, und damit zum „Landesverräter“ geworden sei.

²⁴ Vgl. BAUER, Hundert Jahre christliche Politik an der Saar, S. 45 ff.

²⁵ Neue Zürcher Zeitung vom 31. August 1955.

²⁶ FAZ vom 7. September 1955 und SZ vom 9. September 1955.

²⁷ FAZ vom 19. September 1955. Vgl. die SZ vom selben Tage.

²⁸ Ebd.

²⁹ Ebd. sowie Agenturmeldungen (dpa und UP) vom 28. September 1955.

³⁰ Aufzufinden in der Zeitungsausschnittssammlung Dep. SZ 356 im Stadtarchiv Saarbrücken.



Die „Heimatbundkräfte“ im Landtag am 23. Oktober 1955
Von links nach rechts: Hubert Ney, der Sozialdemokrat Kurt Conrad und der DPS-Chef Heinrich Schneider

zung der katholischen Kirche den Gläubigen jedwedes Bejahren einer Abtrennung vom Vaterland untersage. In einem eigens für den Abstimmungskampf entwickelten Presseerzeugnis, der „Wahlzeitung“ *Im Kreuzfeuer*, legte die CDU-Saar der Saarbevölkerung ihre Positionen dar.³¹ Sie setzte dabei auf starke Polemik wie auch auf

nationales Pathos.³² Jene kam etwa zum Ausdruck, indem man „den charakterlosen separatistischen Verwandlungskünstlern“ zuschrieb, das propagierte Deutschtum der Saar „mit falschem Zungenschlag“ zu „stammeln“ und ihnen ein „Pfui der Schande“ entbot. Diese zeigte sich in einer dezidierten Feststellung zum Mitgliederstamm der Partei: „Fest und treu, eine unüberwindliche Phalanx“, so heißt es, „stehen diese deutschen Männer und Frauen. Sie sind jetzt und immer unüberwindlich.“ Wiederum wurde auf eine prodeutsche Äußerung im *Paulinus*, dem Blatt des Bistums Trier, hingewiesen. Publizistisch trat die CDU-Saar auch mit den beiden anderen Heimatbundparteien auf.³³ Ihr Wirken war erfolgreich, denn die Saarländer lehnten das Statut am 23. Oktober 1955 mit großer Mehrheit ab. Am Abend desselben Tages trat die Regierung Hoffmann zurück, so dass der Weg für eine gänzlich neue Gestaltung der Saarpolitik frei wurde. An dieser mitzuwirken, war der CDU-Saar über lange Jahre vergönnt.

³¹ Ebd. Die Ausgabe datiert vom 4. Oktober 1955. Weitere Ausgaben, die einen ähnlichen Tenor aufweisen, erschienen am 17. Oktober und am 21. Oktober 1955. In Letzterer wird auf das „wahre europäische Wollen“ hingewiesen, das durch eine Annahme des Statuts eine Einbuße erfahre.

³² Vgl. hierzu BAUER, Hundert Jahre christliche Politik an der Saar, S. 49. Dort stellt er entgegen älterer Forschung fest, dass die Kampagne des Heimatbundes durchaus nationalistisch war.

³³ Siehe hierzu ein gemeinsames Flugblatt, enthalten in der Zeitungsauschnittssammlung Dep. SZ 356 im Stadtarchiv Saarbrücken.

2. Vom Heimatbund zur Christlichen Einigung

Nach einer Übergangsregierung, die von Heinrich Welsch geleitet wurde, avancierte nämlich Hubert Ney zum ersten frei gewählten Ministerpräsidenten des Saarlandes. Er setzte sich gemeinsam mit seinen Koalitionspartnern, den beiden Heimatbundparteien, intensiv für eine Angliederung des Saarlandes an das westdeutsche Staatsgebiet, die Bundesrepublik, ein. Und ihm war beschieden, dass dieses Bemühen am 1. Januar 1957 bereits eine Form der Vollendung fand.³⁴

Sein Widerstand gegen die immer notwendiger erscheinende „Christliche Einigung“ zwischen den einstmals völlig gegnerischen Kräften der CDU-Saar und der CVP, die Zusammenführung und Versöhnung des christlichen Lagers im nunmehr jüngsten Bundesland, kostete ihn schließlich noch im Jahr 1957 seine sämtlichen Ämter.

An seine Stelle rückte – auch als Ministerpräsident – der Saarbrücker Rechtsanwalt Egon Reinert, der willens war, die Vereinigung zu forcieren. Nach intensiven Verhandlungen mündeten diese Bestrebungen im Jahr 1959 in die Selbstauflösung der CVP, ihr Aufgehen in der CDU-Saar: Abgesehen von Splittergruppen, die sich aus der einstigen CVP heraus bildeten, war die „Christliche Einigung“ vollzogen, wenn auch die einstigen politischen und menschlichen Gräben zwischen den Vertretern der beiden Parteien nur sukzessive überwunden werden konnten.³⁵ Infolge des Ausscheidens der DPS aus der Landesregierung saßen am Kabinetttisch nurmehr Christ- und Sozialdemokraten. Daran änderte sich auch nach dem Tod Egon Reinerts kurz nach dem Abschluss der „Christlichen Einigung“ zunächst nichts. Es begann jedoch eine neue Ära.

³⁴ Vgl. hierzu BAUER, Hundert Jahre christliche Politik an der Saar, S. 67 ff.

³⁵ Siehe zu Details BAUER, Hundert Jahre christliche Politik an der Saar, S. 52 ff., Markus GESTIER und Armin HERRMANN: Die Christliche Einigung an der Saar. CVP und CDU 1955–1959. – In: Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend 48 (2000), S. 276–308 sowie die Ausführungen des Verfassers dieser Zeilen in: 65 Jahre Union Stiftung. Eine Festschrift. – Saarbrücken 2024, S. 45–64.

3. Die CDU-Saar während der langen Amtszeit von Franz-Josef Röder

Nach dem Ableben Reinerts trat einer der CDU-Saar-Mitgründer, der promovierte Philologe und Studienrat Franz-Josef Röder, für eine zwanzigjährige Amtszeit an die Landesspitze.³⁶ Seinem ersten, 1959 gebildeten Kabinett gehörten noch SPD-Minister an, die 1961 Ministern des zurückkehrenden



Fernsehinterview mit Franz-Josef Röder (1978)

und nunmehr alleinigen Koalitionspartners DPS/FDP zu weichen hatten.³⁷ Unter seiner Führung konnte die CDU-Saar eine Zeitlang – entgegen bundespolitischer Strömungen – sogar alleine regieren, um sich dann wieder in eine Koalition mit der FDP zu begeben.³⁸

Die Ägide des charismatischen und eloquenten Ministerpräsidenten zeichnete sich durch wichtige Weichenstellungen für das Saarland, vornehmlich in der Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik, aus.³⁹ Um das Land machte er sich zudem durch den Ausbau der Infrastruktur verdient. In der Sozialpolitik hatte Röder derweil klare Vorstellungen: Sie waren konservativ geprägt, kreisten um die Familie als gesellschaftliche und staatliche Keimzelle, jedoch auch um soziale Gerechtigkeit, Freiheit, Abkehr von jedwedem Hedonismus und rücksichtslosem Kapitalismus.⁴⁰ „Im Kern seiner Person und seiner Gesin-

³⁶ Siehe hierzu BAUER, Hundert Jahre christliche Politik an der Saar, S. 74 sowie die ausführliche Darstellung von Heinrich KÜPPERS: Franz Josef Röder (1909–1979). Baumeister des Bundeslandes Saarland. – St. Ingbert 2015, die der Verfasser allerdings als lediglich vorläufig und eine Monografie über Röder als Forschungsdesiderat betrachtet (ebd., S. 11). Um diese Forschungslücke zu schließen, wurde zwischenzeitlich von Hans-Christian HERRMANN eine Monografie vorgelegt: Franz Josef Röder. Das Saarland und seine Geschichte. – St. Ingbert 2017.

³⁷ Vgl. den Überblick über die Kabinette Röders bei KÜPPERS, Röder, S. 140 ff.

³⁸ Ebd. sowie BAUER, Hundert Jahre christliche Politik an der Saar, S. 74–89.

³⁹ Ebd., S. 67 ff.

⁴⁰ Ebd., S. 70 f. Vgl. BAUER, Hundert Jahre christliche Politik an der Saar, S. 76.

nung“, so befindet der Historiker Heinrich Küppers, „war Röder ein katholischer Sozialethiker“, es sei unter ihm „staatstragend und sozial“ zugegangen.⁴¹

Wie aber bot sich die CDU-Saar unter ihrem seit 1959 tätigen Parteichef und ihr ein Gutteil Identität verleihenden Ministerpräsidenten dar? Beider Verhältnis war spätestens seit dem Jahr 1970 gespannt, als Röder eine Amtsmüdigkeit bekannt und seinen politischen Rückzug angekündigt hatte.⁴² Die trotzdem von der Partei und ihm glänzend gewonnene Landtagswahl führte nicht zu einer Beilegung innerer Unzufriedenheit in der CDU-Saar.⁴³ Infolgedessen übernahm Kultusminister Werner Scherer (mit biografischer Darstellung im zweiten Teil dieser Schrift) im Jahr 1973 die Parteiführung.⁴⁴ Obwohl Röder als Ministerpräsident unangefochten und in der letzten Periode seiner Amtszeit besonders erfolgreich war, gab es Reibungen in der Partei, da sich die Trennung des Amtes des Ministerpräsidenten von demjenigen des Landesparteivorsitzenden als Fehlschlag erwies.⁴⁵ Unmut erregte des Weiteren die Beobachtung, dass Röder seine Rolle als Landesvater stets wichtiger zu sein schien „als das Wohlergehen ‚seiner‘ CDU“:⁴⁶ Auch zeitweise gesundheitlich angeschlagen, sei er, wie die Presse wusste, „nicht unbedingt ein Mann der nahtlosen Teamarbeit“.⁴⁷ Sein Ringen um einen fähigen Nachfolger wurde innerhalb der Partei kaum wohlwollend rezipiert.⁴⁸ Beugen musste sich der Ministerpräsident dem heute als fortschrittlich wahrgenommenen Willen des Landesverbandes, die Konfessionsschule abzuschaffen, dieser aber hatte sich seiner Auffassung, dass eine neue Ostpolitik vonnöten sei, unwillig unterzuordnen.⁴⁹ Der Historiker

⁴¹ Ebd., S. 71, S. 83. Dennoch war Röder bewusst, dass es nicht das Eintreten für christliche Werte, sondern der Glaube an die CDU als „Garant“ für den „wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt“ sei, welcher der Partei ihre Erfolge bescherte. Siehe hierzu Röders Ausführungen anlässlich des Landesparteitages im Jahr 1965, wiedergegeben in der SZ vom 29. November 1965.

⁴² Ebd., S. 125.

⁴³ Ebd., S. 126 f.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ Ebd., S. 128.

⁴⁷ SZ vom 6. November 1970.

⁴⁸ KÜPPERS, Röder, S. 132.

⁴⁹ Ebd., S. 85, S. 135. Vgl. zum Obsiegen der liberalen Kräfte Erich VOLTMER in der SZ vom 24. Februar 1970.

Küppers stellt heraus: „Röder hatte es immer schwer, die oft dogmatisch eingefärbten Regeln seiner Partei zu tolerieren.“⁵⁰



Die CDU-Saar im Wahlkampf

Während der Ära Röder konnte die CDU-Saar auf einen hohen Mitgliederstand verweisen, der fast dreimal höher ausfiel als im Bundesdurchschnitt.⁵¹ Angestellte hatten in der Partei den Anteil der Arbeiter überflügelt.⁵² Gleichwohl waren Jüngere und Frauen in der Partei deutlich unterrepräsentiert.⁵³ Auch den Protestanten war innerhalb der Landespartei noch kein zufriedenstellender Anteil zugefallen.⁵⁴ Indessen verstärkte sich die Landtagsfraktion,

⁵⁰ Ebd., S. 134.

⁵¹ Franz-Lorenz VON TADDEN in der *Saarbrücker Landeszeitung* (SLZ) vom 30. Oktober 1967. Im Jahr 1974 konnte sogar das 25.000. im Jahr 1975 das 27.000. und im Jahr 1976 das 30.000. Parteimitglied gezählt werden. Siehe hierzu die SZ vom 25. Mai 1974, vom 17. Februar 1975 und vom 22. September 1976. Damit rückte die CDU-Saar zunächst den Mitgliederzahlen der SPD nahe, überflügelte sie dann.

⁵² Ebd.

⁵³ Ebd.

da zwei Abgeordnete von einer Splittergruppe der einstigen CVP zur CDU übertraten.⁵⁵ Als nicht zu unterschätzen zeigte sich wiederholt der Einfluss der JU-Saar auf innerparteiliche Entscheidungen.

Ökonomische Fragen wurden 1967 auf dem Landesparteitag diskutiert, da die Delegierten über den wirtschaftlichen Rückgang der Montanindustrie besorgt waren.⁵⁶ Häufig setzte sich die CDU-Saar für eine „Stärkung selbständiger Existenzen“ sowie das Ausschöpfen von Wirtschaftsförderung zugunsten der Ansiedlung von Betrieben ein.⁵⁷ In der Bildungs- und Sozialpolitik überflügelten liberale Kräfte nach harten Auseinandersetzungen allmählich die Konservativen in der Partei.⁵⁸ Für den Bevölkerungsnachwuchs wurde nun die Schaffung eines allgemein verfügbaren Kindergartenplatzes angestrebt, der Ausbau vorschulischer Erziehung gefordert und die später kritisch beäugte Gesamtschule auf dem Weg zur „besten Schule“ als mögliche Lehranstalt gutgeheißen.⁵⁹ Mithin fand ein Aufgreifen von Themen statt, die noch immer in der politischen Debatte gegenwärtig sind. Progressiv wirkt darüber hinaus das Postulat, einen Verkehrsverbund zu organisieren.⁶⁰ Auch der nie realisierte Plan, eine bündelnde „Hochschule des Saarlandes“ zu schaffen,⁶¹ demonstriert die Zukunftsgerichtetetheit der Partei. Unter dem Leitbild „Modern regieren – fortschrittlich verwalten“ suchte die CDU-Saar 1970 einen Staat der Zukunft zu konkretisieren.⁶²

Als Aufgaben der Zeit wurden im Vorfeld des Landesparteitages 1970 die „Rundfunkneuordnung im Südwesten“ und die Gebietsreform benannt.⁶³ Im Jahr darauf sah Franz-Josef Röder nach außen hin durch die Entwicklungen

⁵⁴ Ebd. Um das zu verändern, bildete sich 1976 in Völklingen der evangelische Arbeitskreis der CDU-Saar von Neuem. Siehe hierzu die SZ vom 30. März 1976.

⁵⁵ SZ vom 1. Oktober 1965.

⁵⁶ Hermann KRESSE in der SLZ vom 9. Mai 1967.

⁵⁷ SZ vom 4. März 1970 sowie die SZ vom 24. Februar 1970.

⁵⁸ Erich VOLTMER in der SZ vom 24. Februar 1970.

⁵⁹ Ebd.

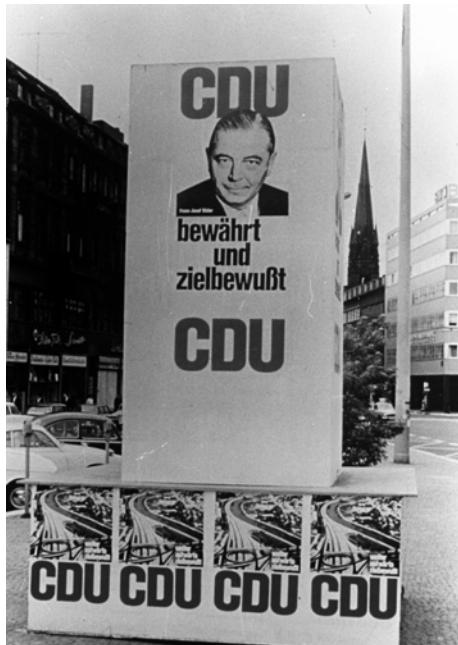
⁶⁰ Ebd.

⁶¹ SZ vom 24. Februar 1970.

⁶² Bericht über den CDU-Landesparteitag in der SZ vom 23. Februar 1970.

⁶³ Bericht über den CDU-Landesparteitag in der SZ vom 6. November 1970.

auf Bundesebene eine Gefahr für den Föderalismus entstehen, und er befürchtete einen ideologiegeleiteten gesellschaftlichen Umbau.⁶⁴ Um dem aus dem Saarland heraus entgegenzuwirken, betonte der Landeschef auf dem außerordentlichen Landesparteitag im August 1972 eine alle Bereiche der politischen Arbeit umfassende Strukturpolitik.⁶⁵ Als deren wirtschaftlichen Kern bezeichnete Röder die Vollbeschäftigung der Saarländer und eine Angleichung des Erwerbseinkommens an den Bundesdurchschnitt, als ihre langfristige Zielrichtung „ein modernes europäisches Kernland mit starker Wirtschafts- und Finanzkraft“ und seine Ausstattung „mit den modernsten sozialen und kulturellen Einrichtungen“.⁶⁶



Wahlplakate der CDU-Saar

4. Der Landesverband unter Werner Scherer und Werner Zeyer

Unter der Führung des ehemaligen Journalisten Werner Scherer, der sich partiintern schon früh „zu einem der diskussionsfreudigsten, hart, aber immer sachlich argumentierenden Politiker“ entwickelt hatte,⁶⁷ sollte die Kommunikationsstrategie der CDU-Saar neu ausgerichtet, die Basis stärker einbezogen werden.⁶⁸ Im Landtagsrestaurant führte die CDU-Fraktion nun einen Dialog

⁶⁴ SZ vom 29. März 1971.

⁶⁵ Rede vom 23. August 1972, enthalten in der Zeitungsausschnittssammlung Dep. SZ 358 im Stadtarchiv Saarbrücken.

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ Rudolf BIRCK in der SZ vom 14./15. April 1973.

⁶⁸ Ebd.

mit Kommunalpolitikern und erhellt die Vorzüge der Gebietsreform.⁶⁹ Die neue Strategie scheint aufgegangen zu sein, da der sensible Politiker Scherer „in den Ortsverbänden so viele Pluspunkte“ sammelte, „daß seine Führungsposition in der Partei unumstritten“ war.⁷⁰ Der Partei galt er als prädestinierter Nachfolger Röders im Amt des Ministerpräsidenten, in der Bevölkerung hingegen genoss der Amtsinhaber eine unangefochtene Popularität.⁷¹ Im Zuge einer Konfliktsituation mit Röder drängte Scherer 1976 auf eine Übernahme des Ministerpräsidentenamtes, da er zufolge der Presse nicht durch eine Kabinettsskrie in Mitleidenschaft gezogen werden und einen „Scherbenhaufen“ erben wollte.⁷² Die Differenzen konnten zur Wahrung der Fassade beigelegt werden, intern aber galten sie als irreparabel.⁷³

Kultusminister Scherer bewegte sich, abstrahiert betrachtet, einerseits auf dem bewährten Boden der Zurückweisung sozialistischer und kollektivistischer Politikansätze, einer realistischen Konzeption, andererseits betrat er auch Neuland: Eine zeitgemäße Auffassung der Familie, der Rolle der Frauen und der Jugend sowie den bislang wenig beachteten, nach seiner Auffassung überregional zu gestaltenden Umweltschutz nahm er in den Blick.⁷⁴ Des Weiteren plante er ein „Krankenhaus-Strukturgesetz“, die „Förderung außerschulischer Jugendarbeit“ und einen „Bildungssurlaub für Schichtarbeiter“, überhaupt eine „humane Gestaltung der Arbeitswelt“.⁷⁵ Während seiner Amtszeit sprach man auch die zu erwartende Verschiebung der Alterspyramide an.⁷⁶ Ungleich dem Ministerpräsidenten, der im akademischen Bereich ein selektives Leistungsprinzip zugrunde legte, sorgte Scherer für ein starkes Anwachsen der Studentenzahl an der Universität des Saarlandes, entwickelte – für einen konservativen Politiker eher atypisch – Verständnis für das Aufgebehen der

⁶⁹ SZ vom 30. August 1974.

⁷⁰ FAZ vom 3. Oktober 1973.

⁷¹ Ebd.

⁷² Die Welt vom 16. Oktober 1976. Vgl. die SZ vom 15. Oktober 1976.

⁷³ FAZ vom 21. Oktober 1976 und SZ vom 11. November 1976.

⁷⁴ SZ vom 3./4. November 1973. Vgl. Scherers Rede vom 23. April 1977 auf dem 25. Landesparteitag. Als unkorrigiertes Typoskript enthalten in der Zeitungsausschnittssammlung Dep. SZ 358 im Stadtarchiv Saarbrücken.

⁷⁵ SZ vom 7. und vom 9. September 1974.

⁷⁶ SZ vom 9. September 1974.

68er-Generation.⁷⁷ Gleichwohl war es ihm angelegen, durch eine Saarkoalition aus CDU und FDP ein Muster für den bürgerlichen Machtwechsel in Bonn zu geben.⁷⁸ Ferner sah Scherer das Saarland nicht als „demütige[n] Bittsteller“ in der Bundeshauptstadt, sondern war gesinnt, dort ein „massives Engagement“ einzufordern, um dem Saarland historisch erwachsene Benachteiligungen auszugleichen.⁷⁹

Die Partei, welche ihn lieber als kabinettsunabhängigen Fraktionsvorsitzenden gesehen hätte,⁸⁰ dachte derweil bereits an den „sichere[n] Weg in die achtziger Jahre“.⁸¹ Sie versicherte, dass sie ein selbstständiges Saarland in diese zu führen gedenke.⁸² Man wollte sich von Utopien fernhalten und „Politik aus einem Guß“ offerieren.⁸³ Auf dem Landesparteitag 1974 wurden SPD und FDP scharf angegriffen, dies gewiss auch in Abgrenzung zur damals rot-gelb geführten Bundesebene der Republik, deren Wiederholungskonstellation an der Saar es nach dem Parteiideal auszuschließen galt.⁸⁴

Die CDU-Saar entschloss sich, ein Leitbild vom mündigen, emanzipierten Bürger, ein leistungsangemessenes Steuersystem, eine arbeitnehmergerechte Vermögensbildung und die Mitbestimmung der Werktätigen ins Programm zu schreiben.⁸⁵ Dazu passte, dass aus der sozialpolitischen Ader der Partei heraus Fahrpreiserhöhungen der Deutschen Bundesbahn, gerade im Hinblick auf Schüler, Auszubildende und Studenten, abgelehnt wurden und eine Neujustierung des nicht immer ungetrübten Verhältnisses zu den Gewerkschaften erfolgen sollte.⁸⁶

⁷⁷ KÜPPERS, Röder, S. 86 f.

⁷⁸ Aussendung Scherers für den internen Gebrauch der CDU-Saar vom 15. Dezember 1976, enthalten in der Zeitungsausschnittssammlung Dep. SZ 358 im Stadtarchiv Saarbrücken

⁷⁹ SZ vom 25. April 1977.

⁸⁰ SZ vom 26./27. November 1977.

⁸¹ SZ vom 9. September 1974.

⁸² Ebd.

⁸³ SZ vom 11. November 1974.

⁸⁴ Ebd.

⁸⁵ Ebd.

⁸⁶ SZ vom 18. Februar 1975 und vom 14. Juni 1976.

Wiederholt erhielt die CDU-Saar bei ihren Landesparteitagen Unterstützung von außerhalb: Es sprachen Kurt Biedenkopf, Helmut Kohl und Franz Josef Strauß.⁸⁷ Wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* feststellte, war dabei die CDU-Saar „[t]reu der Bundespartei und doch etwas fremd“, was auf die außergewöhnliche Gründungsgeschichte zurückgehe.⁸⁸ „Ein Mitglied der Saar-CDU“ fühle sich eben „zunächst einmal und vor allem als Saarländer und erst in zweiter Linie der übrigen CDU im Bundesgebiet verbunden.“⁸⁹ Dass es der CDU-Saar nicht an politischer Kampfeslust gebrach, zeigte 1976 die Verwendung des Wahlkampslogans „Freiheit statt Sozialismus“, der den Sozialdemokraten bitter aufstieß.⁹⁰ Konsequenterweise wurde damals Kritik an der hohen Staatsquote und der Bürokratisierung geübt sowie ein Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft abgelegt.⁹¹ Auch ließ sich die Landtagsfraktion nicht von der harschen Kritik der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur TASS an einer Berlinreise beirren: Die Sowjets fürchteten, dass hierdurch die Souveränität der DDR infrage gestellt werden könnte.⁹²



Franz-Josef Röder mit dem damaligen rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Helmut Kohl (1975)

In die Geschicke der CDU-Saar während dieser Zeit wirkte ein einschneidendes, gänzlich unerwartetes Ereignis ein – der gesundheitlich und politisch motivierte Rücktritt Werner Scherers vom Amt des Landesvorsitzenden und

⁸⁷ Vgl. hierzu etwa den Parteitagsbericht in der SZ vom 7. April 1975.

⁸⁸ Knut BARREY in der FAZ vom 12. April 1977.

⁸⁹ Ebd.

⁹⁰ SZ vom 13. Juli 1976.

⁹¹ Ebd. und die SZ vom 30. November 1976.

⁹² SZ vom 30. August 1976.

des Kultusministers im November 1977.⁹³ Unter dem unverändert amtierenden Ministerpräsidenten wurde ein neues Blatt der Parteigeschichte aufgeschlagen. Franz-Josef Röder und die Kreisvorsitzenden zögerten allerdings die Nachbesetzung der Ämter hinaus, sahen keinen Grund zur Eile und wollten einen Landesparteitag erst im Januar 1978 stattfinden lassen.⁹⁴ Der unterdes amtierende Landesvorsitzende und Röder-Kritiker, der im Bundestag und im Europaparlament sitzende St. Wendeler Kreisparteichef Werner Zeyer, drängte aber noch auf das Abhalten im Dezember des laufenden Jahres.⁹⁵ Er und der von Röder favorisierte Rechtspflegeminister Rainer Wicklmayr bewarben sich um den Landesparteivorsitz. Der Termin für den Parteitag wurde schließlich auf den Februar 1978 gelegt.⁹⁶ Im Vorfeld der Kommunalwahlen 1979 sowie der Landtags- und Bundestagswahlen 1980 hatte sich die CDU-Saar neu aufzustellen – und entschied sich im Landesausschuss schon vor dem Parteitag, Werner Zeyer zu küren.⁹⁷

Während dieser Zeit legte der Fraktionsvorsitzende und Studiendirektor Berthold Budell seine Vorstellungen von der weiteren Entwicklung der Landespolitik dar:⁹⁸ Angesichts der späteren CDU-Linie erstaunlich, sinnierte er über Arbeitszeitverkürzungen und eine Verminderung der Lebensarbeitszeit, da steigendes Wachstum genauso wie anwachsende Erwerbsplätze nicht garantiert werden könnten. Budell verwahrte sich sodann gegen jede „Gigantomanie“, worunter er den Weg zu immer größeren Organisationseinheiten in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft verstand. Auch widmete er sich einst vom politischen Gegner aufgeworfenen Themen, nämlich der rechtlichen Regelung des Naturschutzes und des Datenschutzes. Budell wandte sich indes auch den gerade schwebenden Personalfragen in seiner Partei zu und

⁹³ SZ vom 26./27. November 1977.

⁹⁴ SZ vom 2. Dezember 1977.

⁹⁵ Ebd. Vgl. Heiko FLOTTAU in der *Süddeutschen Zeitung* vom 13. Dezember 1977.

⁹⁶ FLOTTAU in der *Süddeutschen Zeitung* vom 13. Dezember 1977.

⁹⁷ Gysbert DETHLOFF in der *Welt* vom 25. Januar 1978.

⁹⁸ In einem von ihm gezeichneten Text in der SZ vom 21./22. Januar 1978. Vgl. Alfred SCHÖN in der SZ vom 5. Juni 1978.

forderte einen respektvollen Umgang mit Franz-Josef Röder im Hinblick auf dessen Nachfolge.⁹⁹ Diese könne nur in Abstimmung mit ihm vollzogen werden.¹⁰⁰

Der mit dem Ergehen der Partei so eng verwobene Ministerpräsident konnte derweil eine Ausstellung zum 25-jährigen Bestehen des Landesverbandes begehen.¹⁰¹ Die Diskussion über eine Amtsübergabe in der laufenden Legislaturperiode wollte aber nicht verstummen.¹⁰² Nach der Wahl Werner Zeyers zum Landesvorsitzenden wurde sie weitergeführt. Ins Zentrum der CDU-Landespolitik rückte auch die Frage, ob nach der Ära Röder die Koalition mit der FDP fortgesetzt werden kann, da deren Landesvorsitzender, Werner Klumpp, Zeyer nicht für einen geeigneten Kandidaten hielt.¹⁰³ Um nach der Landtagswahl 1980 eine Regierungsbildung ohne die CDU zu verhindern, strebte Zeyer nach der „Hälfte der Mandate“.¹⁰⁴ Der unerwartete Tod des Langzeit-Ministerpräsidenten Röder im Juni 1979 bahnte ihm jedoch endlich den Weg, auch mithilfe der FDP.



Ministerpräsident Werner Zeyer
am Schreibtisch

An politischen Zeitfragen traten der weithin diskutierten Fortbestand der saarländischen Stahlindustrie, die „Restrukturierung der Saar-Hütten“ und der Ausbau der Saar an die Partei heran.¹⁰⁵ Auch wurde über eine „Korrektur der Steuertarife zugunsten der Arbeitnehmer“, die „Radikalenfrage“ und eine familienfreundlichere Gestaltung des Rentensystems sowie „die schrittweise Einführung eines Familiengeldes für alle Frauen“ diskutiert.¹⁰⁶

⁹⁹ SZ vom 10. Februar 1978.

¹⁰⁰ Ebd.

¹⁰¹ SZ vom 11. Februar 1978.

¹⁰² Heiko FLOTTAU in der *Süddeutschen Zeitung* vom 25. Januar 1978.

¹⁰³ Heiko FLOTTAU in der *Süddeutschen Zeitung* vom 13. Februar 1978.

¹⁰⁴ SZ vom 8. Mai 1978.

¹⁰⁵ SZ vom 29. Mai 1978, vom 5. Juni 1978 und vom 12. Dezember 1978.

¹⁰⁶ SZ vom 5. Juni 1978 sowie SZ vom 13. November 1978 und vom 21. Mai 1979.

Wie der Jurist und Freizeit-Bergsteiger Werner Zeyer später einmal sagte, kostete ihn „[d]as harte Ringen um den Fortbestand“ von Saarstahl „drei Jahre seines Lebens“.¹⁰⁷ Bereits in den 1950er- und 1960er-Jahren war der Eisenbahnersohn aus Oberthal rasch aufgestiegen: zunächst vom Richter am Landgericht Saarbrücken und Amtsgericht Neunkirchen zum Regierungsrat in der Staatskanzlei unter Egon Reinert, 1961 sodann zum Landrat des Kreises St. Wendel.¹⁰⁸ Seit ihrer offiziellen Zulassung hatte er der CDU-Saar angehört, war stellvertretender Landesvorsitzender und von 1956 bis 1960 JU-Landesvorsitzender gewesen.¹⁰⁹ Zeyer galt als integer, wenn auch stets als „etwas zu spröde, zu wenig impulsiv.“¹¹⁰ Er selbst empfand wohl „die Politik [als] eine viel zu ernste Aufgabe, um sie als Showbühne zu benutzen“.¹¹¹

Den damals wirtschafts- und sozialpolitisch im Schwange befindlichen Gedanken, die Lebens- und Wochenarbeitszeit abzusenken, stand der geschäftsführende Ministerpräsident ebenso skeptisch gegenüber wie der Idee, CDU und CSU bundesweit bei Wahlen antreten zu lassen.¹¹² Als realpolitische Positionen der CDU-Saar kehrte Zeyer den Saar-Ausbau, die Errichtung umweltschonender Kohlekraftwerke, die private „Möglichkeit zum Betrieb von Rundfunk- und Fernsehveranstaltungen“ und eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen in Gestalt eines „Investivlohns“ hervor.¹¹³ Zeyer nahm die Bekämpfung der angestiegenen Arbeitslosigkeit in den Blick, setzte auf Kontinuität, bildete nach seiner Amtsübernahme das Kabinett nicht

¹⁰⁷ Werner ROHNER in der SZ vom 25. Mai 1994.

¹⁰⁸ Stichpunktartige Kurzbiografie, enthalten in der über Zeyer angelegten Zeitungsausschnittssammlung Dep. SZ 3560 im Stadtarchiv Saarbrücken

¹⁰⁹ Ebd.

¹¹⁰ Werner ROHNER in der SZ vom 25. Mai 1994.

¹¹¹ Ebd.

¹¹² Siehe hierzu ein Interview mit der SZ, abgedruckt am 18./19. November 1978, sowie Zeyers Rede anlässlich des achten Aschermittwochstreffens des CDU-Kreisverbandes Saarlouis am 28. Februar 1979, enthalten in der Zeitungsausschnittssammlung Dep. SZ 3560 im Stadtarchiv Saarbrücken. Vgl. Gernot FACIUS in der Welt vom 2. Juli 1979: Infolge des Bruderzwistes an der Saar vor 1959 habe Zeyer, gleich Röder, stets „Denkspielen mit einer „vierten Partei“ im Saarland eine Absage erteilt. – Die Arbeitszeitverkürzung hielt auch der CDU-Wirtschaftsrat für ein „untaugliches Rezept“, um die Arbeitslosigkeit zurückzudrängen. Siehe hierzu die SZ vom 29./30. Januar 1983.

¹¹³ Ebd. sowie im SZ-Gespräch mit dem Ministerpräsidenten vom 29./30. Dezember 1979 und vom 4./5. Februar 1984.

um.¹¹⁴ Wiederholt erklärte er, die Koalition mit der FDP fortsetzen zu wollen.¹¹⁵ „[D]ie Renaissance der Kohle“ ermöglichte es Zeyer, für den „Bergmann“ den Anspruch auf den „Spitzenplatz der Lohnskala“ einzufordern.¹¹⁶ Nach der Landtagswahl 1980 erst im zweiten Anlauf zum Ministerpräsidenten gewählt, sah sich Zeyer immer mehr mit dem SPD-Landesvorsitzenden Oskar Lafontaine konfrontiert, dem er, wie es wiederkehrend in der zeitgenössischen Presse heißt, an Ausstrahlungskraft nachgestanden habe.¹¹⁷ Als historische Fehleinschätzung ist rückblickend die Auffassung Zeyers zu werten, dass „Grüne und Alternative [...] eine temporäre Erscheinung“ seien.¹¹⁸ Schon früher war zu erkennen, welche Stimmenverluste für seine Partei das Heraufziehen der neuen politischen Kräfte bedeutete.¹¹⁹

Seine Partei machte sich währenddessen Gedanken um die Zukunft des Rentensystems und kündigte an, einen entsprechenden Ergänzungsantrag zum Zukunftsprogramm der Bundespartei „Aufgaben der 80er Jahre“ zu stellen.¹²⁰ Auch wurde im Landesverband die Ämtertrennung erwogen, diese jedoch verworfen.¹²¹ Im Jahr 1980 war der Landesverband noch unbesorgt, denn man sah eine „CDU-Erfolgskurve“ im „hochindustrialisierten Ballungsgebiet“ und „damit [...] die These widerlegt, daß mit fortschreitender Industrialisierung der CDU-Stimmenanteil schrumpft.“¹²² Die Ursache dafür wurde „in einer programmatischen Grundkonzeption, die offenkundig eine besonders intensive, gerade in den letzten Jahren überdurchschnittlich gewachsene Identifikation mit der Union förderte“, gesehen, ferner in der Erarbeitung eines „Vertrauenskapital[s]“ durch „Regierungsaktivität“.¹²³ Auf demoskopischer

¹¹⁴ SZ vom 6. Juli 1979 und das SZ-Gespräch mit dem Ministerpräsidenten vom 29./30. Dezember 1979.

¹¹⁵ Vgl. hierzu etwa die SZ vom 29. Dezember 1979.

¹¹⁶ Im Interview mit der SZ vom 15. Februar 1980.

¹¹⁷ SZ vom 22. und vom 23. Mai 1980.

¹¹⁸ Aussage in einem SZ-Interview mit ihm vom 29. Dezember 1982.

¹¹⁹ SZ vom 3. Mai 1980.

¹²⁰ Das geht aus einem Interview der SZ mit Zeyer vom 7./8. März 1981 hervor.

¹²¹ SZ vom 17. März 1981.

¹²² Dies ist einem Dossier mit dem Titel „Profil der CDU Saar“ zu entnehmen, das in der Zeitungsausschnittssammlung Dep. SZ 358 im Stadtarchiv Saarbrücken enthalten ist.

¹²³ Ebd.

Grundlage ermittelte man, dass die CDU-Saar „für mehr als 60 Prozent der Saarländer nicht nur als Partei der Beamten und Unternehmer“ gelte.

„[S]ie ist gleichzeitig auch die Partei der Leute mit mittlerer Reife und Abitur sowie andererseits der Personen ohne Berufsausbildung; ihre Hochburgen hält die Union an der Saar weiter unangefochten bei den Selbständigen und Rentnern. Die CDU Saar konnte in der Vergangenheit sowohl in der höchsten als auch in der niedrigsten Einkommensklasse besser abschneiden als die SPD.“¹²⁴

Sodann wurde festgehalten, dass die CDU „im Saarland ein recht modernes Image“ habe:

„Von der Bevölkerung wird sie als eine gerechte, fortschrittliche saarländische Volkspartei charakterisiert. Als hervorstechendste Eigenschaft wird ihre Verbundenheit mit dem Saarland hervorgehoben [...]. Gerechtigkeit ist eine andere Eigenschaft, die in allererster Linie der CDU als Partei zuerkannt wird. Die der CDU im Bund wie auch in anderen Bundesländern noch stärker zugeordneten Eigenschaften wie ‚konservativ‘ und ‚national‘ [...] treffen im Saarland nur in einem signifikant geringeren Maße zu.“¹²⁵

Im Wahlkampf 1980 hoffte die CDU-Saar, durch rund 100 Veranstaltungen mit Bundespolitikern überzeugen zu können.¹²⁶ Dennoch war wenig später darüber nachzudenken, ob man sich zu Recht „als gottgegebene Führungselite des Landes betrachtete.“¹²⁷ Um die Vorrangstellung zu erhalten, wurden erneut sozial- und umweltpolitische Themen als Fragen der Gegenwart sowie als Ziele die Ansprache der Jugend, der Frauen und der Arbeitnehmer benannt.¹²⁸ Die Sozialausschüsse der Partei plädierten für eine „Verbesserung der Zukunftschancen von Ausländerkindern in Schule und Beruf, aber auch im Kindergarten“, des Weiteren für ein „Ja zur Integration der Ausländer [...] unter Beachtung

¹²⁴ Ebd.

¹²⁵ Ebd.

¹²⁶ SZ vom 14. Februar 1980. Die SPD dagegen beraumte rund 200 derartige Veranstaltungen an.

¹²⁷ Karl FREUND in der SZ vom 15. Mai 1980.

¹²⁸ Dazu zählte auch, dass die CDU-Saar vor einer Vereinnahmung des DGB durch die SPD warnte. Siehe hierzu die SZ vom 23. Juni 1980 sowie die SZ vom 17./18. Mai 1980 und vom 25. August 1980.

ihrer Lebensvorstellungen.“¹²⁹ Auch warnte man vor „weiteren Einschnitten in das Netz der sozialen Sicherheit“.¹³⁰ Gegensätzlich dazu verhielt sich das später der Kritik unterzogene Konzept des CDU-Wirtschaftsrates, öffentliche Leistungen zu privatisieren.¹³¹ Die Erwartung, dass diese „preiswerter und mit mindestens gleicher Qualität durchgeführt“ würden, sollte sich vielfach nicht bewahrheiten.¹³²

Die zeitgemäße Beobachtung, dass sich die Rolle der Frau „grundlegend gewandelt“ habe, brachte die CDU-Frauenvereinigung Saar in den politischen Diskurs ein.¹³³ Daraus wurde schlüssig abgeleitet, dass sich „Frauen und Männer“ in „ihren Lebenserwartungen und -planungen [...] stark angenähert“ hätten und „nach Möglichkeiten gemeinsamer Zukunftsbewältigung“ suchten:¹³⁴ Arbeit und Beruf seien als Wünsche der Frauen wahrzunehmen, sodann eine „gerechte Lastenverteilung in der Familie“ und die ebenbürtige Aufnahme in Ausbildungsberufe.¹³⁵ In einem neuen Wirtschaftsprogramm wollte die CDU-Saar im Jahr 1983 weniger die Montanindustrie als die mittelständischen Betriebe berücksichtigen, da in ihnen die Zukunft für die ökonomische Entwicklung des Saarlandes liege,¹³⁶ ferner stimmte man Vorrustungsregelungen zu, um auf diese Weise die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.¹³⁷ Richtungsgebend wirkte das 1984 beschlossene Wirtschaftsprogramm, in dem eine Umstrukturierung der Saarwirtschaft durch Berücksichtigung neuer Technologien, das Zusammenspiel von Wirtschaft und Wissenschaft, etwa durch ein Stärken der anwendungsorientierten, technisch-naturwissenschaftlichen Fächer an der Universität des Saarlandes, vorgesehen wurde.¹³⁸

Von neuem in die erste Riege der Parteiarbeit gehoben und damit Kontinuität markierend, wurde Werner Scherer 1981 Fraktionsvorsitzender im

¹²⁹ SZ vom 18./19. Oktober 1980.

¹³⁰ SZ vom 22. Juni 1982.

¹³¹ SZ vom 22. September 1983.

¹³² Das Zitat ebd.

¹³³ SZ vom 30. Mai 1983.

¹³⁴ Ebd.

¹³⁵ Ebd.

¹³⁶ SZ vom 25./26. Juni 1983.

¹³⁷ SZ vom 2. Februar 1984.

Landtag.¹³⁹ Er stellte eine neue Landesbauordnung in Aussicht, so dass der Bau von Familienhäusern erleichtert werde.¹⁴⁰

Indessen wuchs die innerparteiliche Unzufriedenheit mit dem Landesvorsitzenden Zeyer, denn bei der Bundestagswahl 1983 hatte die CDU-Saar nur knapp vor dem Ergebnis der SPD gelegen.¹⁴¹ Es war die Rede von einem schwer beweglichen Regierungsapparat: „In der Partei gebe es eine ‚skeptische Grundströmung‘, ein ‚Defizit an Gefühlen‘ und eine ‚Welle der Verzagtheit‘.“¹⁴² Der öffentlichen Wahrnehmung des Ministerpräsidenten half es auch nicht, dass er sich in Bonn hartnäckig um Strukturhilfen für die in problematischer Lage sich befindende Saarwirtschaft bemühte.¹⁴³

Tatsächlich konnte die CDU-Saar unter der Führung Werner Zeyers vom bundespolitischen Trend zuletzt nicht profitieren. Die Landtagswahl im März 1985, bei der sie nur gut 37 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte, bedeutete ein zweifaches Ende: dasjenige der politischen Karriere Werner Zeyers – der sich in seinen bürgerlichen Beruf zurückzog – und das vorläufige Ende der über knapp 30 Jahre hinweg CDU-geführten Regierungen im Saarland. Die CDU-Saar befand sich daraufhin unter dem neuen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine auf lange Jahre in der Opposition und musste sich neu aufstellen. Ein weiteres Kapitel ihrer Geschichte begann. Deren erster Teil hatte sich durch ein vom politischen Mehrheitswillen der Bevölkerung getragenes Ringen um die angemessenen gegenwartsbezogenen und zukunftsweisenden Entscheidungen für das Saarland ausgezeichnet.

¹³⁸ SZ vom 14./15. April 1984.

¹³⁹ SZ vom 2. Oktober 1981.

¹⁴⁰ SZ vom 8. Mai 1984.

¹⁴¹ Günter HOLLENSTEIN in der *Frankfurter Rundschau* vom 6. Juni 1983.

¹⁴² Ebd.

¹⁴³ Vgl. hierzu Eckhart KAUNTZ in der FAZ vom 4. Juli 1984.

Vom Jahr 1985 bis in die Gegenwart

Peter Müller im Interview mit Dominik Holl

Sie gehören zum Kreis der Größen der CDU-Saar, und wir fangen aber mal bei Ihrem CDU-Vorgänger im Amt als Ministerpräsident an: Werner Zeyer. Wie haben Sie denn die Zeit unter ihm erlebt, als er noch Ministerpräsident war und auch CDU-Chef? Wie haben Sie ihn auch persönlich wahrgenommen?

Die Zeit damals war sehr stark geprägt durch die Auseinandersetzungen um die Stahlindustrie. Werner Zeyer hat sich enorm engagiert, man hat es ihm allerdings nicht gedankt. Er war ein absolut zuverlässiger, seriöser Mann, ein ehrlicher Schaffer, im persönlichen Umgang angenehm. Aber: Er war kein Volkstribun, das war seine Sache nicht. Das hat sicher mit dazu beigetragen, dass wir dann die Wahl verloren haben.

Was meinen Sie mit: „Er war kein Volkstribun“? Was heißt das? Was war er nicht und was hätte er vielleicht sein können?

Er wirkte manchmal etwas hölzern, etwas zurückhaltend. Er war nicht derjenige, der direkt auf die Menschen zugeht. Menschenfänger, das war nicht sein Thema. Er war aber absolut verlässlich, absolut seriös. Er hat rund um die Uhr für sein Saarland gearbeitet. Aber Politik ist halt manchmal auch undankbar. Und er ist jemand, der die Undankbarkeit der Politik am eigenen Leib erlebt hat.

Ja, so kann es manchmal gehen und er hat ja dann auch die Wahl verloren gegen Oskar Lafontaine, hat sich zurückgezogen. Danach musste sich die CDU-Saar personell und inhaltlich neu aufstellen. Wie hat sich dieser Wandel vollzogen? Was ist Ihnen in Erinnerung geblieben?

Der Verlust der Mehrheit war ein Schock für die CDU. Die CDU im Saarland konnte Opposition nicht. Sie war Regierung gewöhnt. Daher war es notwendig, einen neuen Anfang zu machen. In dieser Situation hat Werner Scherer sich in die Pflicht nehmen lassen. Das war alles andere als selbstverständlich. Er war gesundheitlich angeschlagen, aber er hat sich nicht verweigert und hat versucht, konsequent die Weichen auf Erneuerung zu stellen. Er war nicht lange im Amt, sondern ist leider sehr schnell verstorben. Aber er hat inhaltlich Akzente gesetzt und eine Zukunftskommission mit spannenden Persönlichkeiten berufen, die man der CDU nicht unbedingt zugetraut hätte. Er hat erkennbar auf die Nachfolge- und die Nachnachfolgegeneration in der Partei gesetzt und damit einen Erneuerungsprozess eingeleitet, der dann konsequent fortgeführt wurde, als er nicht mehr Landesvorsitzender war. Das ist sicherlich sein bleibender Verdienst.

So ein Neuanfang oder wenn man verliert und dann in eine neue Rolle hineinfinden muss, dann gibt es ja oftmals den Streit zwischen Vergangenheit, also denjenigen, die sagen, wir müssen noch einmal zurück zu unseren Wurzeln und uns auf das besinnen, was funktioniert hatte. Und den anderen, die sagen, jetzt machen wir was ganz anderes. Wenn Sie sich zurückerinnern: Zu welcher Fraktion haben Sie damals gehört oder waren die Richtungsstreite ganz anders?

Ich kann mich gar nicht erinnern, dass wir einen fundamentalen Richtungsstreit gehabt hätten. Die CDU-Saar war immer eine Partei, die stark durch die christliche Soziallehre geprägt war. Dieser Aspekt ist sicherlich dann nach der verlorenen Wahl noch mal stärker hervorgetreten, aber dass es fundamentale Auseinandersetzung mit dem wirtschaftsliberalen Flügel gegeben hätte oder mit dem eher konservativen Flügel, das war nicht so. Es gab, glaube ich, eher ein unausgesprochenes Bedürfnis, wieder zu den eigenen Wurzeln zurückzukehren und zu sagen: Das ist CDU pur, das wollen wir, dafür stehen wir ein und mit diesem Angebot treten wir vor die Menschen.

Würden Sie denn sagen, dass unter Werner Zeyer das ein Stück weit verloren gegangen ist? Kann man das so sagen?

Die Regierungsarbeit war naturgemäß geprägt durch die aktuellen Probleme, den Strukturwandel und die Auseinandersetzungen um die Stahlindustrie. Da war für politische Grundsatzarbeit wenig Raum. Es ist ja sowieso ein Problem,

dass Regierungen oder Parteien in der Regierung durch das tägliche Regierungs geschäft davon abgehalten werden, sich auf ihre Grundsätze zu besinnen. Das war bei der CDU-Saar auch so. Aber es gibt nichts Schlechtes, was nicht auch etwas Gutes hat: Mit dem Verlust der Mehrheit bestand dann die Möglichkeit, sich doch stärker wieder an den eigenen Wurzeln zu orientieren.

Also eine große Chance und natürlich war man aber trotzdem dann auch den zeitlichen Gegebenheiten irgendwo ausgeliefert. Man musste sich mit der SPD in der Regierung arrangieren. Ministerpräsident Oskar Lafontaine hat das Saarland sehr lange geprägt. In welchem Verhältnis stand denn die CDU-Saar zu Oskar Lafontaine als Person?

Ich glaube, da gab es tatsächlich einen Generationenunterschied. Die Älteren, die noch in der Regierung tätig waren, hatten vor Oskar Lafontaine viel Respekt. Das war der Mann, der gegen die CDU gewonnen und sie aus der Regierung vertrieben hatte. Die Jüngeren hatten diesen Respekt nicht. Die gingen unbefangen mit den Dingen um. Lafontaine ist jemand, der unheimlich gut austeilen kann, aber überhaupt nichts einstecken. Und als da plötzlich junge Leute von der CDU kamen, die vor ihm und der selbst empfundenen Großartigkeit überhaupt nicht gekuscht haben, konnte er damit nicht umgehen.

Wie hat er dann reagiert?

Sehr dünnhäutig, zum Teil sehr arrogant. Er hat versucht, deutlich zu machen, dass niemand ihm das Wasser reichen kann. Er hat nach der Pensionsaffäre bisweilen demonstrativ den Landtag verlassen, wenn ich geredet habe. Ich fand das super und es hat mir sicher im weiteren Werdegang auch geholfen.

Das war also der öffentliche Streit, wie war es denn intern? Wie hat man denn mit der SPD damals zusammengearbeitet? War man wirklich Fundamentalopposition, dass man gesagt hat, wir arbeiten gar nicht mit denen zusammen, wir versuchen auch gar nicht, mit denen irgendwas zusammen zu machen? Oder hat man dann doch irgendwo im Hinterzimmer zusammen versucht, Politik zu machen?

Also zur Fundamentalopposition taugt die CDU nicht. Die CDU empfindet in erster Linie Verantwortung für das Land und die CDU-Saar damit Verantwortung für das Saarland. In zentralen Fragen war die CDU immer zu Recht



Oskar Lafontaine und Peter Jacoby reichen einander die Hand

kompromissbereit, immer bereit, sich an gemeinsamen Linien zu beteiligen, sich einzubringen. Das ist gut so. Das ändert nichts an der Tatsache, dass es natürlich in vielen Fragen klare Unterschiede gab. Oskar Lafontaine war ein linker Sozialdemokrat, und mit linken Sozialdemokraten können aufrechte Christdemokraten nicht viel anfangen.

Wie war so die Oppositionsarbeit im Alltag? War es dann wirklich schwierig? Und wenn ja, was gab es für Schwierigkeiten?

In der ersten Legislaturperiode Lafontaine, so ist es mir jedenfalls geschildert worden – ich gehörte dem Landtag ja noch nicht an –, hat die CDU sich sehr schwergetan mit echter Oppositionsarbeit. Viele waren im Denken immer noch Regierung und das hat sich dann eben auf die Arbeit übertragen. Aber mit zunehmenden personellen Veränderungen in der Fraktion wurde die Oppositionsarbeit frischer, offensiver und hat – das kann ich dann aus eigener

Anschauung sagen – auch ziemlich viel Spaß gemacht.

Das kann ich mir sehr gut vorstellen. Es ging ja dann auch weiter. Peter Jacoby rückte dann irgendwann an die Spitze des Landesverbandes. Welche Erinnerungen haben Sie an seine Zeit als Landesvorsitzender? Wie haben Sie ihn erlebt, bevor er reinkam – und dann: Hat er sich verändert in diesem Amt?

Peter Jacoby hat den Weg, den Werner Scherer eingeschlagen hatte, konsequent fortgesetzt. Auch sein Ziel war es, die Erneuerung der CDU voranzutreiben. Das Zweite, was ihn auszeichnete: Er hat die CDU-Saar, er hat die Sache immer über die eigene Person gestellt. Er hat nicht mit Gewalt danach gestrebt, möglichst viele Ämter in seiner Position zu vereinen. Er hat auch nicht bedingungslos darauf hingearbeitet, Ministerpräsidentenkandidat zu werden. Sein Ziel war es, die CDU zu konsolidieren und wieder nach vorne zu bringen. Dafür hat er hart gearbeitet. Dazu hat er intensiv nach innen und nach außen kommuniziert. Das hat er sehr gut gemacht und der Partei damit sicher nachhaltig geholfen.



Peter Jacoby spricht

Sie waren damals noch in der Jungen Union. Die Junge Union ist ja auch so ein bisschen interne Opposition gegen die Mutterpartei. Was haben Sie denn als Junge Union an Peter Jacoby damals auszusetzen gehabt? Also, wo haben Sie ihn auch kritisiert?

Peter Jacoby war lange Jahre Landesvorsitzender der Jungen Union. Er war ein JU-ler, wie man ihn sich nicht besser vorstellen kann. Hinzu kam eine sehr starke persönliche Verbundenheit. Wir haben in der Jungen Union einige Kämpfe miteinander gegen andere Gruppierungen durchgestanden, die andere inhaltliche und personelle Ziele verfolgt haben. Ich hatte an Peter Jacoby als CDU-Verantwortungsträger nie Grundsätzliches auszusetzen. Er hat die



Peter Jacoby und Klaus Töpfer

Er hat die Parteiorganisation ertüchtigt, er hat das Profil der saarländischen CDU als einer stark auch an sozialpolitischen Fragen orientierten, wirtschaftskompetenten Partei geschärft, und er hat intern den Laden zusammengehalten. Das war nicht selbstverständlich. Das ist eine schwierige Aufgabe, insbeson-

dere wenn man sich plötzlich in der Opposition wiederfindet. Das hat er wirklich hervorragend gemacht.

Dann kam ein Nicht-Saarländer ins Spiel. Klaus Töpfer hat sich in das regionale Politikgeschehen mit eingemischt. War dieses Nicht-Saarländer-Sein ein Hindernis für ihn und auch dann für die CDU-Saar?

Die SPD hat versucht, diese Karte zu spielen, sehr perfide, insbesondere Oskar Lafontaine. Das ist allein deshalb ziemlich absurd, weil die saarländischen Wurzeln von Reinhard Klimmt ja nicht tiefer sind als diejenigen von Klaus Töpfer. Aber es gab offensichtlich den ein oder anderen Saarländer, die ein oder andere Saarländerin, bei denen das verfangen hat. Das ändert nichts an der Tatsache, dass Klaus Töpfer eine saarländische Vergangenheit hatte, bevor er als Landesvorsitzender ins Saarland zurückkam. Er war Chef der Planungsabteilung unter Franz-Josef Röder. Er hat das Land gekannt. Er ist mit der Mentalität der Menschen sehr gut klargekommen. Die Tatsache, dass er natürlich auch durch seine bundespolitischen Aufgaben nicht permanent im Land sein konnte, war einfach nicht zu ändern. Trotzdem glaube ich, dass es richtig war, dass wir mit Klaus Töpfer als Spitzenkandidaten in die Wahl gegangen sind. Kein anderer hätte ein besseres Ergebnis erzielt.

CDU-Saar immer gut repräsentiert. Auch die Junge Union konnte sich da wiederfinden.

Was, würden Sie denn sagen, war der größte Verdienst von Peter Jacoby in seiner Zeit als CDU-Saar-Landesvorsitzender?

Was, würden Sie denn sagen, war der größte Verdienst von Peter Jacoby in seiner Zeit als CDU-Saar-Landesvorsitzender?

CDU-Saar immer gut repräsentiert. Auch die Junge Union konnte sich da wiederfinden.

Klaus Töpfer – Volkswirt, Umweltschützer und CDU-Saar-Politiker

Klaus Töpfer wurde 1938 in Schlesien geboren und wuchs in Höxter auf. Nach seinem Studium der Volkswirtschaftslehre und seiner Promotion arbeitete er in der Landesplanung. 1972 trat er in die CDU ein. Ab 1977 war er Kreisvorsitzender der CDU-Saarbrücken, später wurde er Staatssekretär in Rheinland-Pfalz und Umweltminister des Landes. Von 1987 bis 1994 war Töpfer Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Unter seiner Führung wurden die Reaktorsicherheit gestärkt, der Gewässerschutz vorangetrieben, die Kreislaufwirtschaft etabliert, die Verpackungsverordnung eingeführt und eine Abkehr von der Kernenergie gefordert.



Töpfer engagierte sich von 1990 bis 1995 als Landesvorsitzender der CDU-Saar und kandidierte 1990 sowie 1994 als Spitzenkandidat bei den Landtagswahlen gegen den SPD-Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine. Dabei unterlag er jeweils dem Amtsinhaber. Dennoch wurden unter seiner Führung die Strukturen der CDU-Saar in der Opposition modernisiert, wichtige inhaltliche Impulse gesetzt und die Basis für den Wahlsieg der Partei im Jahr 1999 gelegt.

Ihm wurde nachgesagt, dass er das umweltpolitische Gewissen der CDU sei. Besonders bei der UN-Umweltkonferenz 1992 in Rio kam ihm eine zentrale Bedeutung zu, als es darum ging, das Prinzip der Nachhaltigkeit weltweit zu verankern. 1998 wurde Töpfer Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) in Nairobi. Für sein Engagement zollte man ihm allgemeine Anerkennung. Nach zwei Amtsperioden kehrte Töpfer 2006 nach Deutschland zurück. Im Vorjahr verstarb er in München.

Der Landesvorsitzende der CDU-Saar, Stephan Toscani, würdigte Klaus Töpfer als einen verdienstvollen und vorbildlichen Menschen, der mit unermüdlichem Einsatz eine visionäre Politik betrieben habe.

Was waren denn die größten Unterschiede zwischen Peter Jacoby und Klaus Töpfer, wenn man so zurückblickt?

Klaus Töpfer war natürlich jemand, der sehr stark auch bundespolitisch eingebunden war. Er war ein überragender Kopf. Klaus Töpfer war sehr früh an Fragen der ökologischen sozialen Marktwirtschaft interessiert. Er war und ist bis heute eigentlich in diesem Bereich ein Vordenker in der Union, der die Dinge sehr grundsätzlich konzeptionell durchdacht hat. Da hat er sich etwas von Peter Jacoby unterschieden, der seine Aufgabe sehr viel stärker im regionalen Politmanagement gesehen hat, was unheimlich wichtig für uns als CDU-Saar war. So gesehen haben die beiden sich gut ergänzt.

Zweimal hat sich Klaus Töpfer dann bei den Saarländern um das Amt des Ministerpräsidenten beworben und ist beide Male gescheitert. Wie haben Sie denn die Wahlkämpfe und die Wahlabende erlebt? Was hat sich Ihnen da eingeprägt?

Die Wahlkämpfe waren engagiert, bei den Wahlkampfveranstaltungen war die Stimmung gut. Also wenn es nach den Wahlkampfveranstaltungen gegangen wäre, hätten wir beide Male gewinnen müssen. Aber scheinbar waren sie bei den anderen genauso gut. Bei der ersten Wiederwahl Lafontaines, der eine hohe Popularität hatte, war die Ausgangslage besonders schwierig. Hinzu kommt: Strukturell ist das Saarland mittlerweile ein für die CDU schwieriges Land. Die Kirchenbindung spielt keine Rolle mehr; der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist bundesweit einmalig hoch. Das hat zur damaligen Zeit noch stärker durchgeschlagen, als das heute der Fall ist. Und deshalb glaube ich, dass Klaus Töpfer unter den damals gegebenen Bedingungen für die CDU-Saar sehr respektable Ergebnisse erzielt hat.

Von den Wahlkämpfen selbst, wenn Sie das dann auch unterscheiden zu dem, was Sie später mit Ihren Wahlkämpfen erlebt haben: Was waren das für taktische und strategische Unterschiede, hat man da ganz anders agiert?

Ich hatte damals natürlich noch sehr viel größere Freiheiten. Ich war nicht in die Kabinettsdisziplin eingebunden. Ich musste auf die Bundespartei keine übertriebene Rücksicht nehmen. Ich konnte ziemlich frei von der Leber weg

sagen, was ich denke. Das habe ich dann auch gemacht, durchaus in Kauf nehmend, dass es die ein oder andere Eruption in der CDU auslöst.



Peter Müller auf dem Landesparteitag der CDU-Saar

Sie sind ja dann selbst an die Spitze der CDU-Saar gekommen und 1999 dann ja auch an die Spitze des Saarlandes. Sie wurden Ministerpräsident. Ein biografisches Porträt im zweiten Teil dieser Schrift beleuchtet dann ihr Leben und Wirken. Können Sie denn auch kurz vielleicht einige markante Stationen innerhalb der Parteiarbeit und des Wirkens der CDU-Saar auf der Regierungsbank herausgreifen? Vielleicht die drei für Sie wichtigsten Momente als Ministerpräsident.

Der erste große Themenkomplex war der Ausstieg aus dem Steinkohlenbergbau. Es war ein Tabubruch für das Saarland, da die Tradition und das Selbstverständnis des Landes über Generationen durch Kohle und Stahl geprägt waren. Und dann unsere Botschaft: „Wir müssen das sozialverträglich beenden“. Das hat viele schockiert, war aber in der Sache richtig. Die Umsetzung des Ausstiegs war ein riesiger Kraftakt. Es ist uns aber gelungen, den

Bergbau sozialverträglich – ohne betriebsbedingte Kündigungen – im Saarland auslaufen zu lassen. Wir hatten zusätzlich die Auseinandersetzungen um die Primsmulde und die Erderschütterungen, die dort stattfanden. Unvergesslich für mich ist der Abend, als in Saarwellingen bei einer dieser Erderschütterungen der Kirchturm beschädigt wurde und beinahe umgestürzt wäre. Ich bin dann gegen den Rat der Sicherheitskräfte dort hingefahren und habe mich der äußerst erregten Menschenmenge gestellt. In der Situation den Menschen zu sagen: Wir verstehen eure Probleme, aber wir können den Bergbau über Nacht nicht schließen, war nicht einfach. Das war sicherlich die emotional am stärksten bewegende Thematik in dieser Zeit.

Wenn ich da kurz einhaken darf: Wie war das vom Gefühl in der Bevölkerung? Also wenn ich jetzt heute an Diskussionen denke: mögliches Ende von ZF, das Ende von Ford. Da geht es den Menschen vor allen Dingen um ihre Arbeitsplätze. Das heißt, die meisten sind vor allen Dingen darum besorgt: Habe ich morgen noch einen Arbeitsplatz? Ja oder nein? Wenn sie das jetzt so schildern: War damals die Stimmung in der Bevölkerung eine andere, hatte man Angst vor diesem Bergbau und hat diese Angst vor dem Bergbau, die Angst vor einem Jobverlust überwogen? Oder gab es da doch zwei Lager?

Es gab zwei Lager. Es gab diejenigen, die Angst um Arbeit und Brot hatten, verständlicherweise. Nicht nur die Bergleute, auch der Zuliefererbereich, auch der Bäcker, der Metzger und so weiter und so fort. Und auf der anderen Seite stand dann zunehmend, je häufiger und je stärker die Erderschütterungen wurden, die Angst der Menschen um ihr Hab und Gut, um ihre Häuser und Wohnungen. Das hat sich auch ein Stück weit gegeneinander aufgeschaukelt. Wir haben immer versucht, eine vermittelnde Linie zu halten. Das hat dazu geführt, dass keiner zufrieden war. Die Bergbaugegner genauso wenig wie die Bergleute. Ich habe vor meinem Privathaus über Monate Demonstrationen gehabt, sowohl der einen als auch der anderen Seite. Aber wir haben es am Ende hinbekommen. Eins, glaube ich, war damals wichtig, auch wenn sowohl die eine als auch die andere Seite ihre Forderungen nicht erfüllt fand. Es war wichtig, den Leuten offen zu sagen, was man umsetzen und verantworten konnte, und keine Illusionen zu schüren. Irgendwann, nachdem das alles vorbei war, habe ich einen Ortsgruppenleiter der IG Bergbau und Energie

getroffen, der sagte mir: „Bis heute halte ich für falsch, was du gemacht hast, aber du warst einer der wenigen, der uns nie belogen hat.“



Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer

Das ist natürlich sehr schwierig in so einer Situation. Wir waren aber bei den drei wichtigsten Stationen, das war jetzt Station Nummer 1 ...

Zweiter Punkt natürlich in dem Zusammenhang: der Strukturwandel. Die Innovationsstrategie, die Industriekultur – das war ein riesiges Feld. Wir waren damals Aufsteigerland, es ist gelungen, mit vielen kleinen und manchen spektakulären Aktionen, die Forschungslandschaft auszubauen, das Ausgründungsgeschehen zu verbessern. Wir hatten starke wirtschaftliche Wachstumsraten, waren damit an der Spitze in der Bundesrepublik Deutschland. Das war ein zentraler Teil der Arbeit. Vieles geschieht da hinter verschlossenen Türen, damit können sie nicht hausieren gehen, weniger wichtig wird es dadurch nicht.

Und dann gibt es natürlich auch Dinge, mit denen man gescheitert ist. Selbst wenn man fest davon überzeugt war, dass diese Dinge notwendig und richtig

sind. Ein Beispiel ist die Schulstrukturreform. Es ist uns nicht gelungen, dafür gesellschaftliche Mehrheiten zu gewinnen, obwohl der Handlungsbedarf evident war. Ein weiteres Beispiel ist die Auseinandersetzung um nachgelagerte Studiengebühren. Damals haben mir Ärzteehepaare erzählt, sie könnten es sich nicht mehr leisten, ihre Kinder studieren zu lassen, weil sie künftig auf Darlehensbasis 500 Euro Studiengebühren zahlen müssten. Da habe ich mich schon sehr gewundert. Aber es war nicht möglich, unser Studiengebührenmodell mehrheitsfähig zu machen. Das wundert mich bis heute und wirft sehr grundsätzliche Fragen zur Reformfähigkeit unseres Landes auf.

Es ging dann weiter. Irgendwann war Ihre Amtszeit auch zu Ende und bei der Mehrheit der Saarländer stand Ihre Nachfolgerin Annegret Kramp-Karrenbauer in hohem Ansehen und auch ihr ist in dieser Broschüre eine biografische Skizze gewidmet. Wie gestaltet sich denn von Ihrer Warte aus die CDU-Saar nach Ihrer Zeit und welche Impulse konnte die Partei dem Saarland damals geben? Haben Sie das noch weiterhin aktiv beobachtet oder haben Sie sich wirklich die Hände abgeputzt und gesagt: Ich bin weg? Macht ihr eures?

Nach meiner Wahrnehmung hat Annegret Kramp-Karrenbauer mit ihrer Regierung versucht, den Strukturwandel in Richtung auf ein zukunftsfähiges Saarland weiter voranzutreiben. Sie hat mit der Frankreich-Strategie einen klaren Akzent gesetzt. Sie hat sich intensiv um den Ausbau der Forschungsstrukturen, insbesondere im IT-Bereich, gekümmert. Das war eine solide Politik der Fortsetzung des Strukturwandels in unserem Land. Sie war mutig und konsequent. Sie hat ohne Rücksicht auf die eigenen Interessen die Koalition mit der FDP beendet. Das haben die Saarländerinnen und Saarländer ihr zu Recht gedankt. Ich glaube, sie war eine gute, volksverbundene Landesmutter. Sie war nah bei den Menschen.

Das kann man wohl so sagen, ist sie ja nach wie vor. Hatten Sie trotzdem manchmal das Bedürfnis, sich noch einmal einzumischen? Oder anders gefragt: Wie schwer ist denn der Abschied aus der Landespolitik?

Ich war rund zwölf Jahre Ministerpräsident, ich habe professionell fast 25 Jahre Landespolitik gemacht. Irgendwann ist der Punkt erreicht, an dem man

sagen muss: Es ist an der Zeit, für andere Platz zu machen. Ganz typisch ist das Phänomen, dass man, wenn Leute mit viel Enthusiasmus zu einem kommen und sagen: „Ich habe eine tolle Idee“ nach drei Sätzen sagt: „Weiß ich, kenne ich, hat keinen Zweck“. Dann muss man das Feld anderen überlassen, die unbefangener an die Sache gehen, und sich selbst anderen Dingen zuwenden. Der Punkt war bei mir erreicht, deshalb war es gut und richtig, dass wir den Wechsel gemacht haben. Ich habe Annegret als meine Nachfolgerin sehr unterstützt und stehe bis heute zu dieser Entscheidung. Wenn man einen solchen Wechsel macht, muss man konsequent sein. Meine Horrorvorstellung ist die, dass man irgendwann, wie die beiden Alten in der Muppet-Show, oben auf der Tribüne sitzt und nur noch meckert, das will ich nicht. Hinzu kam das Amt des Bundesverfassungsrichters, das einem sowieso ein hohes Maß an politischer Zurückhaltung abverlangt. Deshalb: Immer wenn die Annegret einen Rat von mir wollte, hat sie ihn bekommen, aber auch nur dann habe ich mich eingemischt und noch dazu nicht öffentlich.

Noch einmal eine Frage zu Ihrer Zeit als CDU-Landesvorsitzender. Sie haben Peter Jacoby beschrieben, der die CDU gemanagt hat, der versucht hat, Strukturen zu etablieren. Wenn Sie zurückblicken: Worauf sind Sie besonders stolz, wenn Sie die CDU-Saar betrachten, auf das, was Sie dann auch angestoßen, geleistet haben? Und wo sagen Sie, hätte man vielleicht mehr machen, anders agieren können?

Die CDU-Saar war ein Landesverband mit einem hohen Organisationsgrad. Ich weiß nicht, wie das heute ist, aber wir hatten damals einen Organisationsgrad, der war höher als derjenige der CSU in Bayern. Da waren wir richtig gut aufgestellt. Darum haben wir uns aber auch intensiv gekümmert. Es gab Kreisvorsitzende wie Hans Ley, die haben rund um die Uhr an dieser Front gearbeitet. Das war das eine. Das Zweite, was wichtig war, war die Einigkeit in der Partei. Was nicht heißt, dass man nicht in einzelnen Fragen unterschiedlicher Meinung war. Aber es gab einen Team-Spirit, auch in der Landesregierung. Es gab damals den sogenannten Zweibrücker Kreis in einem Restaurant in Zweibrücken, außerhalb der Landesgrenzen. Da hat sich die Führungscrew der saarländischen CDU in regelmäßigen Abständen getroffen. Keinerlei Öffentlichkeit und wir haben uns dort die Meinung gesagt. Da flogen die Fetzen. Aber wenn die Tür aufging, waren wir absolut solidarisch zueinander. Da passte wirklich kein Blatt zwischen uns. Das hat uns, glaube ich, stark gemacht.

Der politische Gegner hat das beobachtet und bemerkt. Hat er denn einmal versucht, einen Keil zwischen die innerhalb der Partei agierenden Personen zu treiben?

Ja, aber das war vergleichsweise aussichtslos. Natürlich hat man versucht, das ein oder andere Thema zu instrumentalisieren, um die Truppen in der CDU auseinanderzutreiben. Das ist das normale politische Geschäft, sonderlich erfolgreich war es nicht.

Blicken wir nach vorn: Annegret Kramp-Karrenbauer kam, Tobias Hans. Und auch wenn es noch vielleicht zu früh ist, die CDU-Saar unter den Landesvorsitzenden Hans und dann Stephan Toscani vom historischen Standpunkt aus zu betrachten: Wie haben Sie die beiden beobachtet? Wie haben Sie auf die Politik und dann auch auf die Parteiführung geschaut als CDU-Mitglied?

Tobias Hans war ja, bevor er Ministerpräsident wurde, ein unglaublich engagierter Christdemokrat. Er hat für mich Wahlkämpfe gemacht, da war er – mit dem Peter-Müller-Team – nächtelang unterwegs. Er hatte als Ministerpräsident einen, wie ich finde, guten Start, er stand für Erneuerung und Zukunftsorientierung. Aber er hat sich im Laufe der Zeit nach meiner Wahrnehmung immer stärker isoliert. Er hat die Bindung in die Partei und in die Bevölkerung ein Stück weit verloren. Manches wurde dann auch etwas inkonsistent, und in Verbindung mit einer für die CDU nicht positiven Veränderung der gesamt-politischen Lage hat das dann halt zu der Wahlniederlage geführt, die wir erleben mussten. Überraschend war das nicht. Ich bin irgendwann einmal von der Landtagsfraktion, ich glaube zwei Jahre vor der Wahl, zu ihrer Januar-Klausurtagung eingeladen worden. Ich habe den Kolleginnen und Kollegen damals schon gesagt: Wenn ihr so weitermacht, verlieren wir die Wahl. Das hat dort große Verwunderung ausgelöst, aber es kam dann auch so.

Was hatten Sie denn bei dieser Klausurtagung für ein Gefühl von der Partei? Was war auch der Unterschied zur CDU zu Ihrer Zeit?

Manchmal macht sich so etwas an Kleinigkeiten fest. Auch zu meiner Zeit fand immer im Januar die Klausur der Landtagsfraktion statt. Es war selbstverständlich, dass kein Minister bei dieser Klausur fehlte. Die waren alle da, und die mussten sich dort auch anhören, was aus Sicht der Fraktion kritisch

anzumerken war. Als ich an der besagten Klausurtagung teilnahm, war die Landesregierung nicht vertreten. Das fand ich unfassbar. Und da wurde mir deutlich: Da sind Gräben, da fehlt es an Kommunikation, da fehlt es an Zusammenhalt. Die wirtschaftliche Entwicklung im Saarland war nicht gut. Wir lagen bei vielen Parametern am Ende der Bundesrepublik Deutschland. Da kommen die Dinge zusammen und daraus wird plötzlich ein Trend. Und dieser Trend hat sich gegen die CDU gewendet. Das hat sich dann bei der Landtagswahl niedergeschlagen.



Neuaufstellung der CDU-Saar

Stephan Toscani hatte die Aufgabe, die Werner Scherer damals auch hatte, nach einer Wahlniederlage den Laden wieder zusammenzubringen und auf Vordermann zu bringen. Wie beobachteten Sie ihn?

Zunächst einmal muss man sagen, es ist nicht selbstverständlich, dass Stephan Toscani, so wie Werner Scherer damals, sich dieser Aufgabe überhaupt gestellt hat. Es ist ausgesprochen schwierig, nach so einer krachenden Niederlage den Laden zusammenzuhalten. Das hat er bravurös geschafft. Ich glaube, das



Stephan Toscani, Landesvorsitzender der CDU-Saar

kann man ihm nicht hoch genug anrechnen. Er ist verlässlich, er kümmert sich intensiv um die Partei, er steht für Kontinuität in den politischen Linien der CDU-Saar. Er hat sicherlich in den letzten Monaten und Jahren wesentlich dazu beigetragen, dass die CDU Saar dabei ist, sich von der Wahlniederlage zu erholen und nach vorne zu marschieren.

Wo sehen Sie denn die größten Unterschiede zwischen dem damaligen und dem jetzigen Neuanfang? Gibt es da große Unterschiede, oder ist das eigentlich relativ ähnlich?

Die politischen Rahmenbedingungen haben sich fundamental verändert. Für uns war damals klar: Wir haben vor allem einen politischen Konkurrenten, das sind die Sozialdemokraten. Wenn wir sie in die Schranken weisen können, sind wir oben. Das ist heute nicht mehr so. Das Parteiensystem fächert auseinander, die Ränder werden stärker, die Unübersichtlichkeit der politischen Debatte ist größer. Und: Zur damaligen Zeit gab es kein Internet. Auch das hat Politik fundamental verändert und sicher nicht leichter, eher schwerer gemacht. Deshalb glaube ich, ist die Aufgabe heute mindestens genauso schwierig, vielleicht schwieriger als damals.

Jetzt gehen wir einmal von den Führungspersönlichkeiten weg und schauen zur Basis der CDU. Die CDU-Saar war immer eine Partei mit ausgeprägtem Mitgliederstamm. Wie sehen Sie denn rückblickend die Basis und die Basisarbeit und auch das Milieu, aus dem sich die CDU-Mitglieder konstituiert haben? Wie hat sich das alles im Laufe der Jahre gewandelt?

Das klassische Milieu ist weg. Die CDU hat sich in der Vergangenheit sehr stark auch aus kirchlichen Kreisen, aus der kirchlichen Jugendarbeit rekrutiert. Wenn sie heute einen evangelischen oder einen katholischen Kirchentag besuchen: Ich weiß nicht, ob der liebe Gott sich da uneingeschränkt wohlfühlen würde. Für Christdemokraten ist das jedenfalls ein schwieriges Terrain geworden. Das heißt, es ist schwieriger als in der Vergangenheit, Bindung an die CDU herzustellen. Außerdem ist die Bereitschaft, sich in Vereinen, Verbänden, Organisationen zu organisieren, in unserer Gesellschaft insgesamt rückläufig. Das führt dann halt dazu, dass ja nicht nur bei der CDU, sondern bei allen Großorganisationen die Mitgliederzahlen zurückgehen. Meine Wahrnehmung ist, die aktuelle Landesführung kümmert sich intensiv darum, sie pflügt den Acker und versucht, das zu machen, was möglich ist. Und bei ihrer Arbeit, die ich bewundernswert engagiert finde, kann man ihr einfach nur viel Erfolg wünschen.

Wenn Sie auch auf die Basis blicken: Wie hat sie sich verändert? Hat sich auch die Art und Weise, wie die einzelnen Mitglieder mit der Partei umgehen, verändert?

Ich war bei den Gremien-Sitzungen, Landesausschuss und so weiter ja nicht präsent. Ich habe mich bewusst aus Rücksicht auf die verfassungsrichterliche Tätigkeit rar gemacht. Ich bin insoweit jetzt etwas freier, aber in der Vergangenheit war ich nicht anwesend. Deshalb kann ich das nicht beurteilen. Ich kann aber etwas zu meinem lokalen Umfeld sagen. Da ist die CDU ziemlich lebendig, auch die Junge Union. Die haben tolle junge Leute. Ich habe den Eindruck, dass von der Quantität her die Junge Union nicht mehr das ist, was sie zu meiner Zeit war. Aber von der Qualität her ist das nach wie vor eine spannende Vereinigung. Ich erinnere mich mit Freude an einen Besuch der Union Stiftung beim Bundesverfassungsgericht vor drei oder vier Jahren. 30 junge Leute – eine starke Truppe mit viel Potenzial, mit dem man arbeiten kann. Also von der Masse

her ist das nicht mehr so wie in der Vergangenheit, aber von der Qualität her haben wir alle Chancen.

Dann gibt es ja neben der Jungen Union, die Sie jetzt schon angesprochen haben, auch verschiedene Vereinigungen und Ausschüsse. Wie haben Sie denn den Wirtschafts- und Sozialausschuss der CDU-Saar erlebt oder auch die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft oder die Frauenunion? Wie haben Sie diese einzelnen Ausschüsse und Vereinigungen in der CDU-Saar erlebt?

Zu unserer damaligen Zeit gab es ein heftiges Ringen zwischen den Vereinigungen: Wer wird auf der Landesliste wie platziert, Sozialausschüsse versus Mittelstandsvereinigung versus Frauenunion versus Junge Union. Ich glaube, das ist heute nicht mehr so. Das hat an Bedeutung verloren. Das entbindet die Parteiführung nicht davon, dafür Sorge zu tragen, dass diese Bereiche, Arbeitnehmerschaft, Frauen, Mittelstand, junge Generation, in der Partei erkennbar repräsentiert sind. Auch das ist keine einfache Aufgabe. Aber: heftige Auseinandersetzungen zwischen diesen Parteiflügeln, die scheinen mir der Vergangenheit anzugehören.

Wir kommen zum „C“ in der CDU. Sie haben es jetzt schon ein paar Mal angedeutet, dass sich da sehr viel geändert hat. Die Kirchenbindung ist weggefallen. Auch die Struktur innerhalb der noch kirchlichen Vereinigungen hat sich verändert. Das Christlich-Konservative scheint in den Hintergrund getreten zu sein. Sie haben aber gesagt, dass die CDU-Saar bei der ersten Erneuerung nach Werner Zeyer unter Werner Scherer versucht hat, sich noch einmal auf die christliche Soziallehre explizit zu beziehen. Warum ist das verloren gegangen, oder ist das nur außerhalb der CDU verloren gegangen? Welche Rolle spielt das „C“?

Ich glaube nicht, dass es verloren gegangen ist. Es wird nicht mehr so stark als „C“ gelabelt, aber dahinter steht ja ein ganz bestimmtes Menschenbild. Dahinter steht eine bestimmte Einstellung zur Schöpfung, dahinter steht eine Vorstellung des Verhältnisses von Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit und vieles mehr. Das ist alles nach wie vor präsent. Also für mich war das „C“ in der CDU immer etwas anderes als das „K“ wie Kirche. „C“ steht für ein Bild von Menschen, das davon ausgeht, dass jeder einzelne Mensch für sich selbst verantwortlich ist, dass jeder einzelne Mensch Verantwortung in dieser Gesell-

schaft und Verantwortung für diese Gesellschaft hat und dass jeder Mensch zur Sünde fähig ist, dass jeder Mensch auch in der Lage ist, sich zu verirren. Und auf der Grundlage dieser Vorstellung eines eigenverantwortlichen, selbst-bestimmten Lebens in der Gemeinschaft gilt es, Politik zu formulieren. Das hat aus meiner Sicht nichts an Bedeutung verloren. Das Label „C“ ist für die CDU möglicherweise kein Werbefaktor mehr. Trotzdem würde ich sagen, die CDU sollte das „C“ nicht aufgeben, denn wenn sie das „C“ aufgibt, verliert sie ihre Identität.

Könnte oder sollte es nochmal Werbefaktor werden?

Mit dem Hinweis, wir sind christlich, gewinnt man heute keine Wahlen mehr. Und die Kirchen sind manchmal auch mit Blick auf unsere Politik nicht der einfachste Gesprächspartner. Das haben wir im Bundestagswahlkampf gesehen. Mir war das damalige Agieren der Kirchen etwa in der Zuwendungsfrage einigermaßen unverständlich. Ungeachtet dessen kann man mit der Idee der christlichen Soziallehre, mit der Idee der Eigenverantwortung in der Gemeinschaft, die mit dem christlichen Menschenbild verbunden ist, und dem Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft nach wie vor Wahlen gewinnen. Daran sollte die CDU sich orientieren.

Last but not least: Die CDU-Saar feiert 70 Jahre, feiert ihren 70. Geburtstag. Wohin soll und wohin wird sich der Landesverband nach Ihrem Dafürhalten entwickeln?

Die CDU-Saar muss sich selbst treu bleiben, sie muss eine Partei sein, die für Wirtschaftskompetenz, aber auch für soziale Gerechtigkeit steht. Sie muss eine Kernkompetenz im Bereich der inneren Sicherheit haben. Und sie muss eine selbstbewusste und fröhliche Partei sein, die deutlich macht, dass Politik eine großartige Sache und nichts Gequältes ist. Die CDU-Saar muss von sich selbst begeistert sein. Nur wer von sich selbst begeistert ist, kann auch andere begeistern.

Vielen Dank, Herr Müller, für das Gespräch und der CDU-Saar alles Gute zum Geburtstag!

Auch von meiner Seite!

Sieben Persönlichkeiten aus sieben Jahrzehnten CDU-Saar



OLIVER SIEBISCH

Hubert Ney – der verdiente und streitbare Gründervater

Der am 12. Oktober 1892 in Saarlouis als Sohn eines Kolonialwarenhändlers geborene Hubert Ney wurde als Ministerpräsident des Saarlandes zu einer prägenden Figur der Saargeschichte in den 1950er-Jahren. Zuvor schon hatte er einen bemerkenswerten Lebensweg zurückgelegt.¹

Nach dem Abitur am Humanistischen Gymnasium seiner Heimatstadt bezog Ney die Hochschulen Freiburg im Breisgau, München, Bonn und Heidelberg, um dort einem Studium der Rechtswissenschaft nachzugehen. Im Ersten Weltkrieg rückte er an die Front, verlor infolge einer Verwundung im Jahr des Kriegsendes seinen rechten Arm. Ney ließ sich jedoch nicht entmutigen, nahm das Studium wieder auf, legte 1920 das Referendarexamen ab und wurde 1923 mit einer Schrift über *Rechtsfragen des Saargebiets auf Grund des Vertrages von Versailles* promoviert. Im Anschluss an sein in Berlin abgelegtes Assessorexamen betätigte er sich in Saarlouis als Rechtsanwalt. Ney wurde als Redner geschätzt,

¹ Die Frühzeit wird wiedergegeben nach Klaus ALTMAYER: Dr. Hubert Ney. Ministerpräsident des Saarlandes 1956–1957. – In: Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend 53/54 (2005/2006), S. 371–383 sowie nach retrospektiven biografischen Zeitungsartikeln. Erstere Veröffentlichung möge zudem für die Kenntnis von im vorliegenden Text nicht näher behandelten Einzelheiten herangezogen werden. — Die späteren Verweise auf Zeitungsartikel und Agenturmeldungen über Ney gründen sich auf eine Presseausschnittsmappe im Stadtarchiv Saarbrücken, Dep. SZ 2845.



Erste Kundgebung des Heimatbundes in der Wartburg mit Dr. Hubert Ney, Kurt Conrad und Dr. Heinrich Schneider

war als Strafverteidiger erfolgreich – und nahm als Mitglied der Zentrumspartei stets einen prodeutschen Standpunkt ein. Dies führte vor der Saarabstimmung im Jahr 1935 dazu, dass er sich innerhalb der „Deutschen Front“ betätigte. NS-Parteimitglied wurde der Jurist jedoch nie, gewiss aus christlicher Überzeugung heraus. Als unbelasteter Anwalt partizipierte er an der Gründung der *Christlichen Volkspartei des Saarlandes* (CVP) im Jahr 1946, verließ sie aber 1952 wieder, da er keine Übereinstimmung mit der von Ministerpräsident Johannes Hoffmann betriebenen Autonomiepolitik sah. Zum Vorsitzenden der CDU-Saar gewählt, die sich über lange Zeit in der Illegalität befand, ging Ney behutsam vor. In das Licht einer breiteren Öffentlichkeit rückte er, als ihm Papst Pius XII. eine Audienz gewährte, damit er seinen Standpunkt zur Saarpolitik darlegen könne.² Repressionen des Hoffmann-Staates schreckten ihn nicht. In der Abstimmung über das Saarstatut am 23. Oktober 1955 trug der

² Vgl. hierzu auch ein Schriftstück im LAS, Bestand Nachlass Heinrich Schneider 314, das die am 29. Juni 1952 stattfindende Audienz zum Gegenstand hat.

„Grandseigneur im Saarkampf“³ – die alte Parole „Ruhe ist erste Bürgerpflicht“ voranstellend⁴ – mit dem Heimatbund, den prodeutschen Parteien, den Sieg davon. Er war stets davon ausgegangen, dass man mit der „Saarfrage“ einen unzutreffenden Begriff geschaffen habe, weil „[d]ie Saar und ihre Bevölkerung [...] immer deutsch gewesen“ seien.⁵

Am 10. Januar 1956 wurde Ney, wie schon vor dem Plebisit prognostiziert,⁶ zum Ministerpräsidenten des Saarlandes gewählt und konnte für sich beanspruchen, dass dies erstmals auf völlig freier Artikulation des Mehrheitswillens der Saarländer geschah. Er hatte nun „einen der schwierigsten Posten der europäischen Politik“ inne.⁷ Der Wahl war ein zähes Ringen der Heimatbundparteien (CDU-Saar, DSP und DPS) um die Regierungsbildung vorausgegangen, bei dem ihre bisherige Einigkeit „einiges von ihrer Ansehnlichkeit eingebüsst“ hatte.⁸ Die Stellung des Politikers galt von vornherein als nicht gesichert, weil frühzeitig von Kräften innerhalb der CDU-Saar ein Zusammenwirken mit der im Landtag verbliebenen CVP-Fraktion favorisiert wurde.⁹ Eine solche „Christliche Einheitsfront“ schwiebte Ney indes nicht vor.¹⁰

Derweil war es ihm vergönnt, das Saarland am 1. Januar 1957 der Bundesrepublik beitreten zu sehen und aus diesem Anlass Bundeskanzler Konrad Adenauer in Saarbrücken zu einem Festakt begrüßen zu können.¹¹ In seiner Ansprache vor dem Staatslenker, hohen Vertretern der Bundesregierung, Ministerpräsidenten, Bischöfen und Vertretern Frankreichs erklärte Ney:

³ Meldung von Interpress (Hamburg) Nr. 191 vom 28. September 1955.

⁴ Ebd.

⁵ Siehe hierzu den „Entwurf eines Vortrags in der Sendereihe des Hessischen Rundfunks ‚Probleme deutscher Politik‘“, der wahrscheinlich im Dezember 1956 entstand. Er ist vorzufinden im LAS, Bestand StK 995. Vgl. Neys Rede beim Festakt der Regierung zum Jahrestag der Volksabstimmung am 23. Oktober 1956 (LAS, Bestand StK 7223). In dieser sah er die Entscheidung „mit der harmlosen Waffe des Stimmzettels“ herbeigeführt.

⁶ Meldung von Interpress (Hamburg) Nr. 191 vom 28. September 1955.

⁷ Meldung von Ulrich KORDT für Interpress Nr. 7 vom 6. Januar 1956.

⁸ Ebd.

⁹ Ebd.

¹⁰ Porträt Hubert Neys in: *Der Sonderdienst* Nr. 52 vom 14.3.57.

¹¹ Die CDU-Parteizeitung *Neueste Nachrichten* bezeichnete ihn am 12. Oktober 1957 als „Interpret[en] des saarländischen Wollens“. Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier erklärte in einem



Besuch von Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer im Saarland anlässlich der politischen Rückgliederung. Vor dem Eingang des Hauptbahnhofes in Saarbrücken von links: Dr. Wilhelm Kratz, ein Polizist, Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, Ministerpräsident Dr. Altmeier aus Rheinland-Pfalz und Dr. Hubert Ney

„Jeder Mensch auf der Welt, der in Liebe seinem Vaterlande verbunden ist, der sich noch ein Gefühl für sinnvolle Ordnung im Leben der Völker bewahrt hat, wird uns Deutschen an der Saar es gönnen, daß wir den heutigen Tag [...] als einen Tag inniger Freude erleben und begehen, als einen Tag der [...] Freude über die heißersehnte und unter vielen Aufregungen und Mühen erreichte Rückkehr unserer Heimat und ihrer Menschen zu unserem Volk und zum Vaterlande“.¹²

Glückwunschtelegramm an Ney vom 1. Januar 1957: „Ich gedenke dankbar des einsichtsvollen staatsmännischen Zusammenwirkens, das dieses hier der Saar, ab[e]r auch für Frankreich und ganz Deutschland unzweifelhaft segensreiche Ergebnis zustande gebracht hat“ (LAS, Bestand StK 2702). – Am 26. Januar 1957 wurde Bundespräsident Theodor Heuss bei einem Staatsakt im Saarbrücker Stadttheater willkommen geheißen, und er absolvierte ein umfangreiches Besuchsprogramm im Saarland.

¹² Enthalten in der Mappe LAS, Bestand StK 1434. Weitere Äußerungen, die offenbar auch in der *Saarbrücker Zeitung* (SZ) abgedruckt wurden, bei ALTMAYER, Dr. Hubert Ney, S. 380.

Sodann führte er aus, dass die Freude darüber

„weit entfernt ist von einer hohen Siegesstimmung, von einer triumphierenden Begeisterung, von einem betäubenden Jubelgeschrei: wir freuen uns darüber, daß wir schlicht und einfach unsere sittliche Pflicht gegenüber unserem Volk erfüllen konnten, daß wir bleiben dürften, was wir waren, Deutsche im deutschen Vaterland.“¹³

Der Ministerpräsident kehrte wiederholt die Bedeutung der deutsch-französischen Verständigung hervor, welcher das Verhalten der Saarländer „einen guten Dienst erwiesen“ habe.¹⁴ Ferner sprach er, merkwürdigerweise auch ganz in Übereinstimmung mit der früheren CVP-Position, von dem „neuen Europa“, das zu bauen sei.¹⁵

Indes zerbrach Neys Heimatbund-Regierung vorübergehend, so dass er nach einer harten Auseinandersetzung auf dem CDU-Landesdelegiertentag zugunsten des jüngeren Egon Reinert auf die Landes- und Landesparteispitze verzichtete und im neuen Kabinett nur noch als Justizminister amtierte.¹⁶ Auch diese Aufgabe war nicht von langer Dauer, denn die „Christliche Einigung“, die 1959 vollzogene Vereinigung der CVP mit der CDU-Saar, fand in Ney, der seinen Kabinettsposten zugunsten eines CVP-Mitglieds räumen sollte, starke Ablehnung, so dass an seinen Verbleib in der Regierung nicht mehr zu denken war.¹⁷ „Ich verzichte nicht“, erklärte Ney gegenüber Reinert in einem wörtlich in der Presse wiedergegebenen Briefwechsel.¹⁸ Zudem kritisierte er dessen Vorgehen als „würdelos und beschämend“, da es den im Plebisitz ausgedrückten Mehrheitswillen übergehe und „[d]ie Häupter des besiegt Separatismus“ rehabilitiere.¹⁹ Sodann hob er auf seine Aufbauleistung innerhalb der Landespartei ab, warnte Reinert vor dem Urteil der Geschichte und bezeichnete die „Christliche Einigung“ als Schlagwort.²⁰

¹³ Ebd. Wiederholt spricht Ney auch vom „Mutterland“.

¹⁴ Ebd. Immer wieder konstatierte Ney, dass eine deutsch-französische Verständigung unter Wahrung der jeweiligen Würde sowie in Partnerschaft vonnöten und es gelungen sei, sich „aus der starren Interessen- und Prestigepolitik“ herauszulösen. Vgl. hierzu seine Regierungserklärung vom 10. Januar 1956 (LAS, Bestand StK 7222) und vom 13. Dezember 1956 (LAS, Bestand StK 9821). Zeugnis davon gibt auch ein auf der Basis eines Gesprächs mit Ney entstandener Artikel des französischen Journalisten Maurice Guérin (Übersetzung in der Mappe LAS, Bestand StK 7222).



Feierlichkeiten zur politischen Rückgliederung der Saar am 1. Januar 1957: Ansprache des Ministerpräsidenten Dr. Hubert Ney, im Hintergrund Bundesminister Jacob Kaiser und Kultusminister Egon Reinert

Im Zuge des Rücktritts der Regierung von Ministerpräsident Egon Reinert verlor Ney schließlich nach einer durch ihn ausgelösten „mehrwochige[n] Regierungskrise“ im Januar 1959 sein Ministeramt und war in Reinerts zweitem Kabinett nicht mehr vertreten.²¹ Den Saarlouiser Juristen muss diese Entwicklung verbittert haben, denn er erklärte seinen Austritt aus der CDU-Fraktion und „hospitierte“ fortan bei der *Demokratischen Partei Saar* (DPS).²² Dieses Verhalten wurde als konsequent wahrgenommen und ging mit einer deutlichen Abwertung Neys einher, der „weit eher“ als „ein extremer Politiker“ der DPS zu betrachten sei denn „als ein Repräsentant der Christlich-Demokratischen Union“.

¹⁵ Ansprache anlässlich des Empfangs des CV-Rates am 31. März 1957 [Entwurf], enthalten in der Mappe LAS, Bestand StK 1434. In einer zu Jahresbeginn 1957 konzeptionierten Rundfunkansprache führte der Ministerpräsident die vielfältigen Einzelleistungen seiner Regierung im Jahr 1956 und sogar die Zahl der Kabinettsitzungen an (LAS, Bestand StK 3351). Neun Monate später, am 15. September 1956, zeigte sich Ney in einer Rede vor dem in Saarbrücken tagenden Bund deutscher Kommunalbeamter (vorzufinden im LAS, Bestand StK 7223) überzeugt davon, dass man „den stillen aber zähen Kampf, den die deutschen Parteien [...] jahrelang geführt haben“ und „dessen Richtigkeit sich in der Volksabstimmung [...] erwiesen“ habe, kenne. Seine 20 Jahre zuvor an den Tag gelegte Positionierung nicht allzu reflektierend, fuhr er fort: „Ebenso wie schon einmal im Jahre 1935 hat unsere Bevölkerung, die überwiegend eine Arbeiterbevölkerung ist, allen Verlockungen materieller oder sonstiger Art widerstanden, und ein Bekenntnis zum deutschen Vaterland abgelegt, das die verantwortlichen Staatsmänner der Welt hat aufhorchen lassen und das insbesondere Frankreich Anlaß gab, seine bisherige Haltung [...] zu ändern.“

¹⁶ Die genauen Vorgänge auf dem Landesdelegiertentag entwickelt Robert H. SCHMIDT: *Saarpolitik 1945–1957*. Bd. 1. – Berlin 1959, S. 347 f. Vgl. auch seine Darstellung der politischen Prozesse im Landtag und auf dem bewussten Parteitag in dem 1961 erschienenen Bd. 3 seines Werkes, S. 560 ff. und 593 ff., ferner weitere Angaben zu der allmählichen außer- und innerparteilichen Unterminierung der „Gruppe um Ney“ ebd., S. 584 ff. Ney hatte gegen eine „Bonner Gruppe“ innerhalb der CDU-Saar zu kämpfen und hielt, der Einflussnahme auf das Parteiorgan *Neueste Nachrichten* verlustig gegangen, am 17. Mai 1957 eine Pressekonferenz gegen das vormals ‚eigene‘ Blatt ab (Wortlaut ebd., S. 589 ff.).

¹⁷ Vgl. die SZ vom 2. Dezember 1958.

Kurze Zeit später trat Ney auch formal aus der CDU aus, war dann wieder in Saarbrücken als Rechtsanwalt tätig.²⁴ An der Entfremdung von der Partei, die er einst gründen half, änderte der Unfalltod Egon Reinerts nichts, weil dessen Weg der „Christlichen Einigung“ unabirrt beschritten worden war. Sogar gegen Bundeskanzler Konrad Adenauer opponierte Ney, als dieser sich mit dem Gedanken trug, für das Amt des Bundespräsidenten zu kandidieren, da er bei ihm kein hinreichendes Bemühen um die deutsche Wiedervereinigung erkennen konnte.²⁵ Die ihm zugesetzte Verleihung des Großen Bundesverdienstkreuzes mit Stern lehnte Ney folgerichtig ab.²⁶

Der endgültige Abstieg Neys in der öffentlichen Rezeption begann im Oktober 1960 mit der in Saarbrücken stattgefundenen Gründung einer neuen Partei, der *Christlich-Nationalen Gemeinschaft*, zu deren erstem Vorsitzenden er gewählt wurde.²⁷ Dem damit verbundenen politischen Unterfangen gab man innerhalb der bundesdeutschen Berichterstattung selbst „an der Saar geringe Chancen“, befand sogar, dass seine Laufbahn „unter einem Unglücksstern“ stehe und er „ein gut Teil Schuld an seinem politischen Niedergang“ trage.²⁸ Auch war schon von

¹⁸ SZ vom 3. Dezember 1958.

¹⁹ Ebd. In einer Rede beim Festakt der Regierung zum Jahrestag der Volksabstimmung am 23. Oktober 1956 (LAS, Bestand StK 7223) bezeichnete Ney die Einmischung fremder Staaten, hier Frankreichs, in das „wirtschaftliche, soziale, kulturelle und sittliche Leben der Nation“ als Vorboten der „Assimilation der Minderheiten mit offenen oder versteckten Gewaltmitteln.“ Er verurteilte daher den in seinen Augen gegebenen, auf „Schaffung eines saarländischen Nationalgefühls“ zielen Separatismus der CVP-Politik und führte als Beweismittel an, dass „Innen- und Kultusminister [...] naturalisierte Franzosen“ waren.

²⁰ Ebd. Siehe hierzu auch ein gemeinsam mit den Landtagsmitgliedern Erwin Albrecht und Karl Steinhauer unterzeichnetes Schreiben Neys an Reinert vom 17. Februar 1959. Die drei Unterzeichner beanstanden deutlich den anscheinend von Reinert in die Öffentlichkeit getragenen Briefwechsel und zeichneten als Szenario ein Aufgehen der CDU in der CVP. Aufzufinden im LAS, Bestand Nachlass Heinrich Schneider 314.

²¹ Vgl. eine Meldung des *Pressedienstes der Regierung des Saarlandes* vom 24. August 1959.

²² SZ vom 3. März 1959.

²³ Gy DETHLOFF in der *Deutschen Tagespost* vom 6./7. März 1959.

²⁴ SZ vom 10. März 1959 und Meldung des *Pressedienstes der Regierung des Saarlandes* vom 24. August 1959.

²⁵ Meldung von Interpress Nr. 348 vom 7. Oktober 1960.

²⁶ Ebd. Ney musste sich indes nach seinem Ausscheiden aus der Regierung um die Gewährung eines Ehrensoldes bemühen. Siehe dazu eine Beschlussvorlage des Ministers Schnur für die Landesregierung vom 4. September 1963 in seiner Personalakte im LAS, Bestand StK 1500.

²⁷ Ebd.

²⁸ Die Welt vom 4. Oktober 1960.

„einem nörgelnden Kandidaten auf die Präsidentschaft einer noch ungeborenen Splitterpartei“ die Rede gewesen.²⁹ Und wirklich führte die Parteigründung nicht zum Erfolg, woraufhin Ney sich aus der Politik zurückzog.³⁰ Später betonte er seine Nicht-Mitgliedschaft in der CDU und führte aus, dass er der Partei „weder bei der bevorstehenden Wahl noch bei künftigen Wahlen“ seine Stimme geben werde.³¹ Den aus retrospektiv-moralischer Betrachtung historischen Tiefstand erreichte der ehemalige Ministerpräsident im Jahr 1969, als er gemeinsam mit Erwin Albrecht in einer Zeitungsannonce zur Wahl der rechtsextremen NPD aufrief.³² Darin wurde unter Verweis auf die Haltung zur Saarfrage die Bundespolitik gegeißelt, die von der Wiedervereinigung Abstand genommen und freiwillig „auf völkerrechtlich garantie Ansprüche“ verzichtet habe.³³ Die Unterzeichner sahen gar „die Errichtung eines kommunistischen Rätestaates“ heraufziehen und mahnten „[n]ationales Selbstbewußtsein“ an.³⁴ In diesem wähnten sie „das direkte Gegenteil von Nationalismus, Fanatismus, Rassismus und Radikalismus.“³⁵ Dass ihr Appell zugunsten der „junge[n] Partei“ gegenteilig ausschlug, sollte die Geschichte zeigen.

Die Tatsache, dass Ney wahrscheinlich nicht der NPD beitrat und gewiss nicht für sie kandidierte, begrenzte den Schaden an seinem Ansehen kaum.³⁶ Immerhin konnte 1979 in einem mehrstündigen Gespräch mit dem CDU-Landesvorsitzenden Werner Zeyer eine Aussöhnung Neys mit seiner ehemaligen Partei erreicht werden, auch wurde ihm von Zeyer zum Geburtstag gratuliert.³⁷ Als der Saarpolitiker nach langer Zurückgezogenheit am 3. Februar 1984 in seiner

²⁹ *Echo der Zeit* vom 15. März 1959, aufzufinden im LAS, Bestand Nachlass Heinrich Schneider 314.

³⁰ SZ vom 12. Oktober 1962.

³¹ SZ vom 17. Oktober 1968.

³² In der SZ vom 15. September 1969. Die geistige Nähe beider Personen trat schon in einem Faltblatt aus den Jahren 1958/59 hervor, in dem gemeinsam mit Karl Steinhauer eine Abkehr von der Zusammenarbeit mit den als Separatisten wahrgenommenen CVP-Mandataren propagiert wurde. Aufzufinden im LAS, Bestand Nachlass Heinrich Schneider 314. Ebd. ist eine Würdigung Neys aus der Feder von Albrecht anzutreffen, die zum 70. Geburtstag, am 12. Oktober 1962, in dem national-listisch-antikommunistischen Blatt *Deutsche Soldaten-Zeitung* erschien.

³³ Ebd.

³⁴ Ebd.

³⁵ Ebd.

³⁶ Vgl. hierzu ALTMAYER, Dr. Hubert Ney, 382 f. unter Verweis auf zahlreiche Nachrufe.

³⁷ SZ vom 29. Mai 1979 und vom 13./14. Oktober 1979.

Heimatstadt starb und von Ministerpräsident Zeyer Trauerbeflaggung angeordnet wurde,³⁸ war er bei vielen Saarländern schon in Vergessenheit geraten.

Dies hatte frühe Ursachen: Über Neys politischen Bedeutungsverlust konnte bereits 1957 nicht hinwegtäuschen, dass noch „eine große Zahl von Gratulanten“ anlässlich seines 65. Geburtstages im Justizministerium erschienen war.³⁹



CDU-Kundgebung im Saalbau Saarlouis zum ersten Jahrestag der Volksbefragung. Der spätere Ministerpräsident Franz-Josef Röder begrüßt den amtierenden Ministerpräsidenten Hubert Ney am 23. Oktober 1956

Eine damals erfolgte freundliche Einladung zum Mittagessen für alle Mitarbeiter erhellt den menschlichen Zug Neys.⁴⁰ Er weise, so die Presse, „Liebenswürdigkeit im Persönlichen bis zu einer gelegentlich unbequemen Hartnäckigkeit im Sachlichen“ auf.⁴¹ Negative Facetten seines Charakters, die sich zumal auf seine politische Karriere ungünstig auswirkten, wurden indes nicht verschwiegen: Ney galt als „nicht sonderlich flexibel“,⁴² als Person, die sich

³⁸ SZ vom 4. Februar 1984.

³⁹ SZ vom 14. Oktober 1957.

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ SZ vom 12. Oktober 1957.

⁴² Die Welt vom 11. Oktober 1967. Vgl. die SZ vom 12. Oktober 1967.

emotional nicht von der Härte des Abstimmungskampfes freimachen konnte und daher nach dem ersten Erfolg angesichts von Selbstüberschätzung keine pragmatische Regierungspolitik betreiben konnte.⁴³ Die reine Fortführung des nationalen Gedankens, so heißt es weiter, habe nicht den Anforderungen der Jetzzeit standgehalten.⁴⁴ Nach außen erschien er als „ein „kühle[r] Rechner und Realist“,⁴⁵ als „[n]üchtern und sachlich denkend“⁴⁶, als unerschrocken und geradlinig⁴⁷ und hatte, wie von zeitgenössischen Journalisten bemerkt wurde, weitere Charakteristika:

„Er verachtet billige Effekthascherei im politischen Tageskampf wie im Privatleben. Sein durchgeistigtes Gesicht mit buschigen Brauen über durchdringend blickenden Augen hinter einer dicken Hornbrille, seine hohe Stirn und sein energischer Mund drücken aus, dass er [...] eine ungemein vitale Persönlichkeit ist, die genau weiß, was sie will und rasch erkennt, ob jemand lügt oder die Wahrheit spricht.⁴⁸

Der Geschichtsschreiber der Saargegend, Karl August Schleiden, hielt Ney derweil für einen noch im Geist des 19. Jahrhunderts, der damaligen nationalen Bismarckeuphorie stehenden Politiker, welcher gefülsüberladene Wahlreden gehalten habe.⁴⁹ Aus diesem Gedankengut habe seine „aufrechte Haltung, Lauterkeit und Unbestechlichkeit“ resultiert.⁵⁰ Weiter stand über ihn glaubhaft zu lesen, dass er „ein erklärter Feind aller Demagogie“ sei

„und ein Mann, der Mass zu halten weiß. In keiner seiner Wahlreden liess er sich zu billigen Effekten oder gehässigen Angriffen hinreissen – niemals aber ist er auch von seinem Ziel abgewichen, das Saargebiet wieder nach Deutschland zurückzubringen. Dass dies niemals mit Gewalt, sondern immer nur auf

⁴³ SZ vom 12. Oktober 1967.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Meldung von Ulrich KORDT für Interpress Nr. 7 vom 6. Januar 1956.

⁴⁶ „Das politische Porträt“, 26. November 1955.

⁴⁷ Gotthard LORSCHIEDER in der SZ vom 11. Oktober 1977.

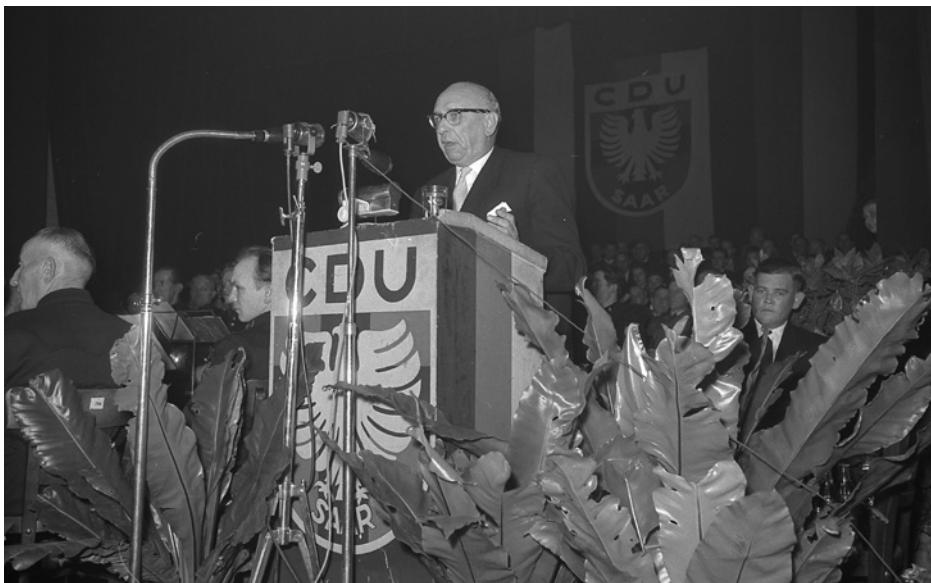
⁴⁸ Meldung von Interpress Nr. 191 vom 28. September 1955.

⁴⁹ Nachruf der Zeitschrift SAARHEIMAT, Heft 2/1984.

⁵⁰ Ebd.

der Basis der Legalität und der Verständigung mit Frankreich geschehen darf, ist ihm als einem Manne, der sein Leben lang dem Recht gedient hat, selbstverständlich.”⁵¹

Ein französischer Journalist konstatierte schlicht: „Er ist ein Deutscher von bester Art.“⁵²



*CDU-Kundgebung in Saarlouis zum ersten Jahrestag der Volksbefragung,
Dr. Hubert Ney am Mikrofon*

Wodurch aber zeichnete sich die vergleichsweise kurze Zeit seines Handelns aus, in der Ney maßgeblichen Einfluss auf die Saarpolitik hatte?

Besonders bedurfte die Regelung des künftigen Status des Saarlandes⁵³ zwischen der Bundesrepublik und Frankreich seines Augenmerks mit dem Ziel völliger Wiederherstellung der Souveränität innerhalb des westdeutschen

⁵¹ Im o.g. „Politischen Porträt“ vom 26. November 1955.

⁵² Auf der Basis eines Gesprächs mit Ney entstandener Artikel des französischen Journalisten Maurice Guérin (Übersetzung in der Mappe LAS, Bestand StK 7222). Siehe auch die weitere Einschätzung Neys durch einen *Zeit*-Journalisten, wiedergegeben von ALTMAYER, Dr. Hubert Ney, S. 372.



Stimmabgabe Neys in Saarlouis bei der Landtagswahl 1955

Staates unter besonderer Berücksichtigung ökonomischer Fragen: Der politische und wirtschaftliche Anschluss des Saarlandes wollte von der Regierung Ney bewerkstelligt oder ihm Bahn gebrochen werden. Die Kabinettsprotokolle jener Zeit durchzieren regelmäßig Berichte „über den Stand der Saar-Verhandlungen“. Ney wandte sich gegen eine abrupte ökonomische Rückgliederung, um Schaden von der saarländischen und französischen Wirtschaft abzuwenden.⁵⁴ Gegenstand der Auseinandersetzung waren auch der von ihm in Übereinstimmung mit dem Kabinett abgelehnte Bau eines Moselkanals und der von ihm heftig kritisierte, mit den Franzosen abgeschlossene „Warndtpachtvertrag“, demzufolge noch über 25 Jahre hinweg Warndtkohle von französischen Gruben in Lothringen aus ge-

⁵³ Erst in einem Kabinettsprotokoll vom 14. Juni 1956, S. 172 ist festgehalten, dass der offizielle Name des Saargebietes künftig Saarland sein soll (LAS, Bestand StK 1713). Vgl. hierzu ALTMAYER, Dr. Hubert Ney, S. 371, Anm. 1.

⁵⁴ Siehe hierzu eine Landtagsrede Neys, deren Typoskript im LAS, Bestand Nachlass Heinrich Schneider 314 enthalten ist (aus dem März oder April des Jahres 1956). Dass Ney im Zuge der Rückgliederung von einer Verschlechterung der materiellen Lage ausging, erweist seine Rede beim Festakt der Regierung zum Jahrestag der Volksabstimmung am 23. Oktober 1956 (LAS, Bestand StK 7223). Daher nahm er einen „sittliche[n] Charakter der Entscheidung“ wahr. — Siehe auch SCHMIDT, Saarpolitik, Bd. 3, S. 513: Bei einer Besprechung der Anführer der drei Heimatbundparteien mit dem Bundestagsausschuss für gesamtdeutsche Fragen am 18. November 1955 in Bonn hatte Ney bereits klare Vorstellungen von der Zukunft des Saarlandes unterbreitet. Er nannte „folgende vier Punkte als programmatisch: 1. Frankreich sollte anerkennen, daß Deutschland und das Saargebiet zusammengehören. 2. Die Saar müsse Bundesland werden. 3. Zu allen deutsch-französischen Saarverhandlungen müsse die Saar als gleichberechtigter Partner hinzugezogen werden. 4. Die Wirtschaftsunion des Saargebietes mit Frankreich sei aufzuheben, wobei man dem Saargebiet durchaus einen wirtschaftlichen Sonderstatus unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen Frankreichs gewähren könne.“

fördert werden sollte.⁵⁵ Generell wollten, so seine Ansicht, die Hoheit über die Saarbergwerke wiederhergestellt und Ausfuhren nach Frankreich sowie Abbaurechte des Nachbarlandes allein auf kompromissvoller vertraglicher Ebene geregelt werden.⁵⁶ Neben Besprechungen auf bilateraler Ebene half der saarländische Finanzminister Adolf Blind mit seinem vehementen Eintreten für die Positionen der Regierung Ney bei der Lösung dieser Probleme.⁵⁷ So konnte das befürchtete Übergehen saarländischer Interessen vermieden werden.⁵⁸ Überhaupt zeigten bei französischen Wünschen auf jedwedem Gebiet Ney und seine Koalition eine erhebliche Härte, die vom Gedanken der gänzlichen Rückgewinnung von Hoheitsrechten getragen war.⁵⁹ In dem am 27. Oktober 1956 in Luxemburg zwischen der Bundesrepublik und Frankreich geschlossenen Saarvertrag wurden sämtliche bilateralen Fragen abschließend behandelt, die Landesregierung befasste sich nunmehr mit dem „Eingliederungsgesetz“ für den Beitritt des Saarlandes zum westdeutschen Staat.⁶⁰

⁵⁵ Ebd. Vgl. ein Kabinetsprotokoll vom 12. März 1956, S. 64 (LAS, Bestand StK 1713). Es wurde festgelegt, der Bundesregierung eine auf Verhinderung des Moselkanalprojekts zielende Denkschrift einzuhändigen sowie darauf hinzuwirken, dass die französischen Abbaurechte im Warndt eine Begrenzung erfahren und die Neuerrichtung saarländischer Förderanlagen genehmigt werde. Vgl. zu den Streitfragen auch SCHMIDT, Saarpolitik, Bd. 3, S. 524 f. Dort werden diese auf der Grundlage eines von Ney am 27. April 1956 im Landtag vorgetragenen Regierungsberichts dargelegt.

⁵⁶ Ebd.

⁵⁷ Den parteilosen Wissenschaftler und Politiker würdigte Ney im Zusammenhang mit dem Rücktritt seiner Regierung in einer Rede am 30. März 1957. Sie ist aufzufinden in der Mappe LAS, Bestand StK 1961. Seine Leistung habe vornehmlich darin bestanden, die fälschlich angenommene Grundkonstruktion einer Angliederung der saarländischen an die französische Wirtschaft zu widerlegen und diese Auffassung zu verbreiten sowie als Leiter des Lenkungsausschusses der Landesregierung die Saarverhandlungen zu betreiben. Siehe zu Blinds Engagement, das auch in Paris selbst stattfand, wiederholt Kabinetsprotokolle, etwa ein solches vom 7. September 1956, S. 72 (LAS, Bestand StK 1714) oder vom 22. Oktober 1956, S. 91 f. (LAS, Bestand StK 1714).

⁵⁸ Siehe zu den Befürchtungen etwa ein Kabinetsprotokoll vom 8. Mai 1956, S. 121 f. (LAS, Bestand StK 1713).

⁵⁹ Diese betraf auch kulturelle Fragen, wie die Beibehaltung des französischen Lyzeums, die Universität sowie die Behandlung von in französischem Eigentum befindlichen Medien (worunter auch die *Saarbrücker Zeitung* fiel). Siehe hierzu beispielsweise ein Kabinetsprotokoll vom 22. Oktober 1956, S. 92 f. sowie ein weiteres vom 10. Oktober 1956, S. 108 ff. (LAS, Bestand StK 1714).

⁶⁰ Ab dem Kabinetsprotokoll vom 26. Oktober 1956, S. 132 ff. (LAS, Bestand StK 1714). Dabei schien nicht immer Konsens zwischen den bundesdeutschen Vertretern und Institutionen und der saarländischen Delegation zu bestehen. – In einer Rede vor saarländischen Bergleuten am St. Barbaratag, am 4. Dezember 1956, legte der Ministerpräsident dar, dass die Einigung mit Frankreich bezüglich der großen Kohenvorkommen im Warndt gelungen sei (LAS, Bestand StK 9821). Eine detaillierte Inhaltsangabe der die Saar betreffenden Punkte der Luxemburger Verträge ist bei SCHMIDT, Saarpolitik, Bd. 3, S. 528 ff. zu finden.



Auch ein politischer Erfolg Neys: Aufnahme der CDU-Saar in die Bundes-CDU; Feierstunde und Empfang im Kreiskulturhaus in Saarbrücken, 1956

Bei aller progressiven Behandlung der saarländischen Gegenwartsfragen, einer aktiven Sozialpolitik, eignete Ney ein kulturell und kulturpolitisch konservativer Zug: Er plädierte für Gottesfurcht, christliche Erziehung und die Beibehaltung von Bekenntnisschulen.⁶¹ Einen „flachen Rationalismus“ wies Ney von katholischer Warte aus zurück.⁶² Sein Anliegen war darüber hinaus die „Verwurzelung im heimischen, deutschen Volkstum“ und somit das primäre Unterrichten der Kinder und Jugendlichen in der Muttersprache.⁶³

Im Parteikampf an der Saar fand Ney während seiner aktiven Zeit als Politiker harte Widersacher. Seitens der CVP-Wahlpropaganda wurde nach der Abstimmung über das Saarstatut behauptet, dass Ney ein wankelmütiger Mensch sei, der in seinem Nationalismus vom Anführer der DPS, Heinrich

⁶¹ Siehe hierzu seine Regierungserklärung vom 10. Januar 1956 (LAS, Bestand StK 7222).

⁶² In einer Rede zur Einweihung der neuen Volksschule in Sulzbach-Neuweiler, abgedruckt in der Presse am 10. April 1956 (Zeitungsausschnitt, enthalten in der Mappe LAS, Bestand StK 7222).

⁶³ Ebd.



Ney als Mann der deutsch-französischen Verständigung: Eric de Carbonnel, französischer Botschafter in Saarbrücken, wird 1956 von ihm verabschiedet

Schneider, beseelt werde und sich daher auch gegen die Auffassungen der Bundes-CDU wende.⁶⁴ Der DPS-Vorsitzende konterkarriere vermittelst Ney eine Vereinigung des christlichen Lagers, damit es im Landtag nicht die theoretisch vorhandene Mehrheit nutzen könne.⁶⁵ Eine vom Ministerpräsidenten geforderte Selbstauflösung der CVP als Voraussetzung für einen Einigungsprozess dürfe, so war man sich innerhalb der einstigen Regierungspartei sicher, nicht infrage

⁶⁴ Artikel im *Rheinischen Merkur* vom 19. April 1956, abgedruckt in einer Flugschrift der CVP, die in der Mappe LAS, Bestand Nachlass Bruch 78 aufzufinden ist. In dieser wird auch ein Artikel aus dem katholisch ausgerichteten *Echo der Zeit* wiedergegeben, in dem die CDU einer NSU (Ney-Schneider-Union) gegenübergestellt wird. Des Weiteren ist die Behauptung enthalten, dass der Ministerpräsident „haßgesättigte Reden“ gehalten habe.

⁶⁵ Ebd.

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ Vom 13. Mai 1956, enthalten in der Mappe LAS, Bestand Nachlass Heinrich Schneider 314.

⁶⁸ Vor dem Landesdelegiertentag 1957 abgefasstes Schriftstück im LAS, Bestand Nachlass Heinrich Schneider 314. Für die unparteiische Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst brach Ney bereits in seiner Regierungserklärung vom 10. Januar 1956 eine Lanze. Tatsächlich aber erfolgte zumindest partiell eine Entfernung ehemaliger CVP-Parteigänger, die als neue „Epuration“ kritisiert wurde.

kommen.⁶⁶ Ney hingegen geißelte in einer Ansprache an die „Landsleute“ seinen Vorgänger Johannes Hoffmann als Separatisten, der jeder ernstlichen Verständigung im Weg stehe.⁶⁷ Noch kurz vor seinem Abtritt als Landesvater und Vorsitzender der CDU-Saar beteuerte Ney indes seine Bemühungen um eine Versöhnung „in Klarheit und Wahrheit“ des christlichen Lagers.⁶⁸ Kaum treten indes Neys Beziehungen zur SPD hervor. Allenfalls zeugt eine kurze Ansprache, die er anlässlich des Empfangs des bundesdeutschen Oppositionsführers Erich Ollenhauer hielt, von seinen Berührungspunkten mit dieser Partei.⁶⁹

Zwischen Ney und dem DPS-Mann Schneider muss derweil ob des großen gemeinsamen politischen Ziels wirklich eine enge, wenngleich nicht immer konfliktfreie Verbindung bestanden haben.⁷⁰ Ein noch in den Zeiten der Illegitimität einsetzender umfangreicher Schriftwechsel zeugt davon. Dennoch war der CDU-Chef bemüht, sie zu relativieren, und begründete dies mit Schneiders NS-Vergangenheit.⁷¹ Er selbst stehe „jeder extremistischen Richtung von links nach rechts“ fern und suche eine wahrhaftige Verständigung mit Frankreich.⁷² Bald aber bemühte sich Ney innerhalb des Heimatbundes um den Schulterschluss mit Schneider, so dass eine Landesregierung gebildet werden könne.⁷³ Die DPS aber war kein bequemer Koalitionspartner, rügte den Saarlouiser Juristen wegen seines nicht abgestimmten Kurses in der Saarfrage, und Landtagspräsident Schneider legte sein Amt nieder, die DPS verließ die Koalition.⁷⁴ Auseinandersetzungen zwischen der CDU-Saar und der DPS blieben nicht aus. Kritik des DPS-Presseerzeugnisses *Deutsche Saar* am Ministerpräsidenten

⁶⁹ Am 4. Januar 1957, erhalten im LAS, Bestand StK 7332.

⁷⁰ Dass beider Verhältnis „nie besonders gut“ gewesen sei, gibt SCHMIDT, Saarpolitik, Bd. 3, S. 538 an.

⁷¹ Undatierte maschinenschriftliche Notiz im LAS, Bestand Nachlass Heinrich Schneider 314 (wahrscheinlich aus dem Frühjahr 1955).

⁷² Ebd.

⁷³ Siehe hierzu ein Schreiben Neys an Schneider vom 29. Dezember 1955, aufzufinden im LAS, Bestand Nachlass Heinrich Schneider 314.

⁷⁴ Schreiben Schneiders an Ney vom 13. Dezember 1956 im LAS, Bestand Nachlass Heinrich Schneider 314.

⁷⁵ Von Ney durchgesehenes Typoskript vom 15. Februar 1957 mit dem Titel „Koalition mit dem Kommunismus?“, enthalten in der Mappe LAS, Bestand StK 1434.

ten führte zu einer Replik, in der behauptet wurde, dass der Liberalismus als Grundlage des Marxismus-Kommunismus zu werten sei.⁷⁵

Bei allem Zank, bei allen Niederungen und Höhen seiner Karriere wurde immer wieder Hubert Neys verdienstvolle historische Leistung betont, das Saarland Teil der Bundesrepublik werden zu lassen: Für „die gerechte und natürliche Lösung der so hartumkämpften Saarfrage“, für die er „mit dem ganzen Einsatz seiner Überzeugung“ gewirkt habe, zollte man ihm allgemeine Anerkennung.⁷⁶ Mit seinem Ableben verlor das Saarland eine prägende, streitbare Gestalt seiner wechselvollen Geschichte.

⁷⁶ Siehe hierzu die SZ vom 12. Oktober 1962 sowie vom 12. Oktober 1967. Vgl. auch Reinhard SCHREINER: Ney, Hubert. – In: NDB 19 (1999), S. 195.



OLIVER SIEBISCH

Egon Reinert – der „Präsident“

Am 21. April 1959 ereignete sich in Saarbrücken ein für die Geschichte des Saarlandes folgenschwerer Verkehrsunfall. Wegen eines von Regierungsdirektor Wilhelm Bodens übersehenen Stoppschildes kollidierte an der Kreuzung der Schillerstraße mit der Heinrich-Böcking-Straße ein von ihm gesteuerter „Personenkraftwagen“ mit einem Lastkraftwagen.¹ Der saarländische Ministerpräsident Egon Reinert, der sich in dem Automobil mit Bonner Kennzeichen befand, wurde aus dem Wagen geschleudert und schwer verletzt.² In das Heiligegeist-Krankenhaus eingeliefert, sollte er das Bewusstsein nicht wiedererlangen: Reinert erlag am 23. April, kurz nach der Mittagsstunde, seinen Verletzungen.³ Sein Tod löste in der Bundesrepublik und darüber hinaus allgemein große Bestürzung aus, und der Ministerrat ordnete ein Staatsbegräbnis an.⁴ Auch wurden bis zu seiner Bestattung die Flaggen auf Halbmast gesetzt. Der auf Reinert folgende Landesvater Röder rief ihm nach, dass er „sich ein geschichtliches Verdienst um die Rückkehr des Saarlandes zu Deutschland erworben“ habe:⁵

¹ Siehe hierzu die SZ vom 22. April 1959.

² Ebd. Vgl. die *Saarbrücker Allgemeine Zeitung* (SAZ) vom 24. April 1959.

³ Siehe die Sterbeurkunde in seiner Personalakte im LAS, Bestand StK 1501. Bodens räumte seine Schuld am Vorfall „mit sichtlicher innerer Ergriffenheit“ vollumfänglich ein und wurde zu einer halbjährigen Gefängnisstrafe mit dreijähriger Bewährungsfrist verurteilt. Siehe hierzu die SZ vom 10. Oktober 1959.

⁴ Vgl. die *Deutsche Saar* sowie die *Saarbrücker Landeszeitung* (SLZ) vom 24. April 1959.

⁵ Trauerblatt in Reinerts Personalakte im LAS, Bestand StK 1501.

„Als Regierungschef hat er in ständiger Anspannung der Kräfte seiner reichbegabten Persönlichkeit alles getan, was zum Wohle des Landes geschehen konnte. Seine ganze Sorge galt den besonderen Aufgaben der Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik. Die bedeutenden Erfolge, die er erzielt hat, werden Volk und Land zugute kommen. Im Vordergrund seines Denkens und Handelns standen das Wissen um den Menschen und die Liebe zum Menschen. Sein letztes Werk galt der inneren Befriedung des Landes.“⁶

Dazu fügt sich, dass ihm nachgesagt wurde, „sein ganzes Tun nach der christlichen Humanitas“ ausgerichtet und „das Menschliche stets in den Vordergrund seines Denkens und Handelns“ gestellt zu haben.⁷ Der zuletzt in politische Opposition zu Reinert geratene Anführer der DPS, Heinrich Schneider, stand ebenfalls nicht zurück, den Mann, mit dem ihn „eine nahezu 25jährige Freundschaft verband“, zu würdigen:

„Sein tragischer Tod ist [...] für das gesamte Land ein schwerer Schicksalschlag. [...] Wir gedenken in Ehren und Trauer eines aufrechten deutschen Mannes, der zusammen mit uns im Abstimmungskampf gestanden und der seine ganze Schaffenskraft dem Aufbau unserer Heimat gewidmet hat.“⁸

Die saarländische Presse überschlug sich angesichts des Todes des offenbar charismatischen Politikers fast in der Berichterstattung und zeichnete den letzten Weg Reinerts im Detail nach: Der Tote wurde in der Staatskanzlei aufgebahrt, wo über zwei Tage hinweg ein „nicht mehr abreißende[r] Strom junger und alter Menschen [...] ausdrückte, welche Verehrung und Wertschätzung sich der Verstorbene erworben hatte.“⁹ Nach einem vom Trierer Bischof zelebrierten Pontifikalreliquie in der Pfarrkirche St. Johann brachte man den Leichnam in einem an den Straßen dicht gesäumten Trauerzug, der aus einer „Ehrenhundertschaft der Polizei“, „Bergleute[n] in schwarzer Tracht“, Angehörigen, Vertretern der Bundesbehörden und Länder bestand, zu einem

⁶ Ebd. Das Verhältnis zwischen Röder und Reinert muss jedoch keineswegs spannungsfrei gewesen sein. Siehe hierzu BAUER, Hundert Jahre christliche Politik an der Saar, S. 125.

⁷ Postumes „Lebensbild“ Reinerts im Stadtarchiv Saarbrücken, Dep. SZ 2986.

⁸ Abgedruckt in der *Deutschen Saar* vom 24. April 1959.

⁹ Siehe hierzu die *Saarbrücker Landeszeitung* vom 27. April 1959.

Staatsakt im Saarbrücker Ludwigsgymnasium.¹⁰ Sodann wurden Reinerts sterbliche Überreste auf dem Waldfriedhof Saarbrücken-Burbach beigesetzt.¹¹



Alte Parteifreunde. Von rechts: Manfred Schäfer, Egon Reinert, Dr. Walzinger, Dr. Franz-Josef Röder, Helmut André, Dr. Kohlbecher, ganz im Hintergrund Dr. Rolf Best

Wie aber erklärt sich die große Anteilnahme am Tod des Ministerpräsidenten? Wie gestaltete sich sein Leben und Schaffen? Um dies zu ergründen, muss man in die Kaiserzeit zurückgehen. Denn am 24. September 1908 wurde Hans Egon Reinert als Sohn des Stadtkassensekretärs Hans Reinert und dessen Ehefrau Thea Reinert, geborene Herrmann, in Saarbrücken geboren.¹² Er sei, so

¹⁰ SAZ vom 28. April 1959.

¹¹ Ebd.

¹² Dieser Abschnitt stützt sich auf die Personalakte Reinerts im LAS, Bestand MJ-PA 951 (einen eigenhändigen Lebenslauf enthaltend, aus dem die wörtlichen Zitate stammen, ferner ein Schreiben des Präsidenten der Rechtsanwaltskammer in Köln an den dortigen Oberlandesgerichtspräsidenten vom 17. März 1938), den „Personalfragebogen für Beamte“ in der Mappe LAS, Mdi-PA 1846, die Kurzbiografien von Marcus HAHN: Hans Egon Reinert. – In: NDB 21 (2003), S. 351, von Peter WETTMANN-JUNGBLUT: Rechtsanwälte an der Saar 1800–1960: Geschichte eines bürgerlichen Berufstandes.



Der Ministerpräsident mit seiner Mutter an seinem 50. Geburtstag, zugleich Einweihungstag der Staatskanzlei

heißt es, „in besonderer mütterlicher Liebe geborgen“ gewesen – die Mutter sollte den Sohn überleben.

Nach vierjährigem Besuch der Volksschule ging Egon Reinert zu Ostern 1918 zum Saarbrücker Ludwigs-gymnasium über, wo er im Jahr 1927 die Reifeprüfung ablegte. Dies geschah, da Reinert sich gesundheitlich zu schonen hatte, als „Nichtschüler“: Eine infolge Ausübung des Rudersports eingetretene spinale Lähmung an beiden Beinen überschattete nämlich Reinerts Leben. An ihren Folgen litt er bis zuletzt, benutzte zum

– Blieskastel 2004, S. 524 f., abgeglichen mit Joachim CONRAD: Egon Reinert. – In: Saarland Biografien, Onlinelexikon, eingesehen am 22. Mai 2025. Ferner wurden der Nachruf von Franz-Lorenz VON THADDEN: Ministerpräsident Egon Reinert verstorben. – In: SLZ vom 24. April 1959 (Titelseite), das o. g. „Lebensbild“ Reinerts und die Ausarbeitung von Maik TÄNDLER: Die NS-Belastung saarländischer Landtagsabgeordneter. Vorstudie und Forschungsempfehlungen. – Jena 2016, S. 67 f. herangezogen.
– Reinert hatte eine Halbschwester. Siehe hierzu eine Ansprache des Chefs der Staatskanzlei, Rolf Best, vom 24. September 1958, aufzufinden im LAS, Bestand StK 660. – Wie aus der o. g. Personalakte hervorgeht, hieß Egon Reinerts Vater mit vollem Namen Johann Mathias Reinert (1879–1912), seine 1884 geborene Mutter Dorothea Herrmann (Begründerin eines Modegeschäfts in Saarbrücken, nachmals verheiratet mit dem Apotheker Paul Sauter). Beide Elternteile waren aus dem Saarbrücker Stadtteil Malstatt-Burbach gebürtig.

Gehen stets zwei Stöcke. Nach dem Abitur volontierte er ein Dreivierteljahr bei der Commerzbank des Saarlandes, leitete „nach kurzer Einarbeitung selbständig die Wechselabteilung“ und nahm in einem Betrieb „die Gelegenheit“ wahr, „weitere Einsicht in das Bankwesen und in die gewerbliche Wirtschaft zu gewinnen.“ Dabei eignete er sich „auch Kenntnisse und Übung im Buchführungs- und Bilanzwesen“ an, oblag im Anschluss in Heidelberg, Bonn und Frankfurt einem Studium der Rechtswissenschaft. Nachdem er 1933 die erste juristische Prüfung in Frankfurt am Main bestanden hatte, leistete er den Vorbereitungsdienst im Saarland ab. „Zur Ausbildung in der Verwaltung liess“ er sich „dem Finanzamt Saarbrücken-Stadt überweisen“ und erwarb dort „juristische und theoretische Kenntnisse im Steuerrecht“. Im Anschluss an das Ablegen des zweiten Staatsexamens in Düsseldorf im Jahr 1937 war er Rechtsanwalt beim Amtsgericht und Landgericht Zweibrücken ohne Praxis und fungierte als hauptamtlicher Geschäftsführer der Rechtsanwaltskammer Zweibrücken, die damals das Saargebiet und die Pfalz umfasste. Im Juni 1937 avancierte Reinert zum amtlich bestellten Vertreter der in seiner Heimatstadt ansässigen Rechtsanwälte Heinrich Schneider und Fritz Dietz. „Die Übernahme in den anwaltlichen Probedienst wurde [...] 1938 genehmigt, da eine Reihe von Saarbrücker Rechtsanwälten sehr positive Beurteilungen ausgestellt hatte, die Reinerts beruflichen Eifer, seine guten Charaktereigenschaften und seine einwandfreie politische Haltung bezeugten.“ Von Oktober 1939 an sah man Reinert für fünf Monate in der Finanz- und Innenverwaltung, ehe er 1941 als Rechtsanwalt zugelassen wurde und eine Kanzlei in Saarbrücken gründete.

¹³ Siehe hierzu: den o. g. Lebenslauf in der bewussten Personalakte, sodann TÄNDLER, Die NS-Belastung saarländischer Landtagsabgeordneter, S. 67 f. sowie WETTMANN-JUNGBLUT, Rechtsanwälte an der Saar, S. 524 f. und von THADDEN, Ministerpräsident Egon Reinert verstorben. — Dass dem Ministerpräsidenten die Jurisprudenz nicht fremd geworden war, lässt sich einer komplexen rechtsphilosophischen Ansprache entnehmen, die er am 4. Oktober 1957 „[z]u Ehren der in Saarbrücken versammelten Mitglieder der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie“ bei einem Empfang im Landtagsgebäude hielt (enthalten in der Mappe LAS, Bestand StK 1435). — Reinert scheint von den Lehren des NS-nahen Staatsrechters Carl Schmitt beeinflusst worden zu sein, denn er zitierte ihn auch in späteren Reden. Jedoch sah er in ihm wohl einen durch das Erlebte geläuterten Menschen. — Er war sich jedoch der Verbrechen der NS-Zeit durchaus bewusst. In einer im LAS, Bestand StK 1435 als Typoskript erhaltenen Rede zum Volkstrauertag 1957 fragte er sich und seine Zuhörer: „Warum war die Hölle ausgebrochen, trieb Menschen wie Vieh in die Konzentrationslager, ließ sie foltern, quälen, verhungern, vergasen, verbrennen?“

Über seine Haltung zum nationalsozialistischen Regime existieren verschiedene Feststellungen.¹³ Gesichert ist, dass Reinert bereits 1933 der NSDAP beitrat und als Rechtsreferent der Hitlerjugend tätig war. Dem NS-Rechtswahrerbund „im damaligen Saargebiet“ gehörte er seit 1934 an, und er wurde 1935 zum „Bezirksschulungsleiter für die Fachgruppe Junge Rechtswahrer“ ernannt. Als „Bezirksschulungsleiter“ hielt er nach eigenem Bekunden „häufig Referate über Probleme des nat[ional]-soz[ialistischen] Rechts“ und gestaltete „Schulungsabende“.

Indes konnte Reinert in der unmittelbaren Nachkriegszeit angeben, „dass er als Strafverteidiger in der NS-Zeit sowohl politisch Verfolgte und Juden verteidigt, insbesondere aber 1943 auch Mitglieder der französischen Widerstandsbewegung beim Volksgerichtshof vor der Todesstrafe bewahrt habe.“ Er tat dies angeblich „nicht mit der Kälte so mancher damaliger ‚Offizialverteidiger.‘“ „Auf Veranlassung von zwei geretteten Widerstandskämpferinnen sei er nach Kriegsende zur französischen Militärregierung bestellt worden, die einen offiziellen Dank ausgesprochen habe.“¹⁴

Reinert bemühte sich mit diesem Leumund um eine Wiederzulassung als Rechtsanwalt. Sie wurde im Dezember 1945 ermöglicht, da „[e]inige der damals Angeklagten [...] dafür eintraten [...] Damit klang ein Motiv in seinem Leben schon an, das ih[m] dann immer mehr zu einem Herzensbedürfnis wurde, der deutsch-französischen Aussöhnung die Wege bahnen zu helfen.“¹⁵

¹⁴ TÄNDLER, Die NS-Belastung saarländischer Landtagsabgeordneter, S. 67 f. und WETTMANN-JUNGBLUT, Rechtsanwälte an der Saar, S. 524 f. sowie VON THADDEN, Ministerpräsident Egon Reinert verstorben.

¹⁵ VON THADDEN, Ministerpräsident Egon Reinert verstorben. Vgl. auch ein in der genannten Personalakte aufzufindendes Schreiben Reiners an den Regierungspräsidenten Neureuter vom 26. Oktober 1945. Darin führte er aus, dass er in der vergangenen Woche Besuch erhalten habe „von Fräulein Dr. Dussauze und Fr[äulein] Sivadon aus Paris, die vor zwei Jahren von“ ihm „mit 11 andern hervorragenden Mitgliedern der Widerstandsbewegung vor dem Volksgerichtshof verteidigt worden sind und die von der Vollstreckung der verhängten Todesstrafen bez[iehungsweise] anderweitigen Vernichtung bewahrt geblieben sind.“



Reinert gratuliert dem NS-Gegner Pfarrer Franz-Josef Bungarten zum Geburtstag (1958)

Reinert wirkte nach einer Verteidigertätigkeit, die er zufolge einem Presseartikel „in dem Kriegsverbrecherprozeß um das Konzentrationslager *Neue Bremm* [...] vor dem französischen Generalgericht in Rastatt“ übernommen hatte,¹⁶ weitgehend unauffällig in seinem Metier. Dies, ehe er „im Frühsommer des Jahres 1951“ zu den Männern zählte, „die entschlossen waren, der politischen Entwicklung des [Saar-]Landes eine Wende zu geben.“¹⁷ Er sei damals, so erinnert sich ein Zeitzeuge, „bald der kluge und bedachte Freund und Sprecher“ gewesen:¹⁸ „Das Büro und die Wohnung Egon Reinerts waren“ in dieser Phase des Fundaments einer neuen politischen Kraft „fast allabendlich der Treffpunkt Gleichgesinnter“.¹⁹ Folglich zählte er auch 1952 zu den „sechzehn

¹⁶ Vgl. einen Artikel von Heinrich DAVID mit der Überschrift „Saar-Ministerpräsident“ in der Zeit vom 20. Juni 1957, als Abschrift enthalten in der Mappe LAS, Bestand StK 7322.

¹⁷ Helmut BERGWEILER: Hans Egon Reinert. – In: Christliche Demokraten der ersten Stunde. Bonn 1966, S. 314.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Ebd., S. 316.

Gründern der CDU-Saar“.²⁰ Auf dem erst 1955 ermöglichten Parteitag trat er als frisch gewählter „Vorsitzender des ‚Politischen Ausschusses‘“ dann prominent hervor, indem er in einem flammenden, gegen das Saarstatut gerichteten Referat die „Gewissensfrage“ stellte: „Ist es Dir erlaubt“, wollte Reinert von den Delegierten wissen, „Dich von Deinem Vaterland, von Deinem Volk und dessen Schicksal loszusagen und freiwillig Dich aus einer Gemeinschaft zu entfernen, die eben dabei ist, durch Wiedererlangung der Freiheit und Einheit die Wiedervereinigung zu verwirklichen?“²¹ Er wusste, dass die „Gegner“ die Akteure der CDU-Saar „als Nationalisten, als Europafeinde und als Störer der deutsch-französischen Verständigung verleumden werden“, und fuhr unabirrt fort:



Gute Kontakte zur Kirche: der Ministerpräsident mit dem Bischof von Trier, Matthias Wehr, beim Kolpingstreffen in Dillingen (1957)

²⁰ Siehe hierzu das „Lebensbild“ Reinerts im Stadtarchiv Saarbrücken, Dep. SZ 2986.

²¹ Zitiert nach BAUER, Hundert Jahre christliche Politik an der Saar, S. 44 und BERGWEILER, Hans Egon Reinert, S. 319 ff.

„Wir wissen uns frei von diesen Vorwürfen und glauben uns am ehesten von jedem echten Franzosen verstanden, der es unter seiner Würde halten und überhaupt nicht verstehen würde, wenn ihm die Frage einer zeitlich unabsehbaren oder gar ewigen Abtrennung von seinem Vaterland zugemutet würde.“²²

In der Treue zum Vaterland, so heißt es, sah Reinert einen „absoluten Wert“, stand daher „[i]n den letzten Tagen und Wochen vor der Volksabstimmung [...] Abend für Abend vor seinen Landsleuten“, um sie von seiner Auffassung zu überzeugen.²³ Die darauffolgende mehrheitliche Ablehnung des Statuts durch die Bevölkerung rückte den Juristen – der im CVP-Plan immer ein „irreales Gebilde“ gesehen – hatte, mitsamt der CDU-Saar in den Blick der breiteren Öffentlichkeit.²⁴ Er erkomm – nachdem er schon als Justiz- und Kultusminister amtiert hatte – im Mai 1957 die Parteispitze, und nach dem Scheitern der Regierung Ney sowie einer Regierungsbildung unter Franz-Josef Röder stand seiner Wahl zum Ministerpräsidenten am 4. Juni 1957 durch die Heimatbundparteien nichts mehr entgegen.²⁵ Reinert galt als Kompromisskandidat,²⁶ jedoch gewann sein Kurs an Konturen: Er bemühte sich, begünstigt durch „sein ausgleichendes, verbindliches Wesen“, um innerparteilichen Frieden.²⁷ Zugleich trieb er die unter Hubert Ney kaum vorstellbare Fusion von CDU-Saar und CSU/CVP

²² Zitiert nach BERGWEILER, Hans Egon Reinert, S. 320: In seiner Rede stellte sich Reinert auch hinter Bundeskanzler Adenauer, der in der Saarfrage eine von der CDU-Saar divergierende Ansicht vertrat. Durch dessen Betreiben des Saarvertrages habe er dafür gesorgt, dass sich die Saarländer „wieder als freie Menschen“ fühlen und entsprechend handeln könnten.

²³ Siehe hierzu BAUER, Hundert Jahre christliche Politik an der Saar, S. 44 und BERGWEILER, Hans Egon Reinert, S. 322.

²⁴ Das Zitat ist einem Rückblick Reinerts auf den 23. Oktober 1955 aus dem Jahr 1957 entnommen. Aufzufinden im LAS, Bestand StK 1435. Von nun an sah der nachmalige Ministerpräsident als essenziell an, dass „kleinliche Ressentiments abzustreifen“ seien und man die Aufgabe „nicht mehr im saarpolitischen [...] sondern ausschliesslich im deutschen Tun und Denken“ sehen solle.

²⁵ BAUER, Hundert Jahre christliche Politik an der Saar, S. 71. – Als CDU-Parteipolitiker trat Reinert stets sachlich auf, Wahlkampfparolen und Polemik scheinen ihm fremd gewesen zu sein. In einer Rede an seine „lieben Parteifreunde“, die er nach seiner Wahl zum Landesvorsitzenden der CDU-Saar und drei Monate vor der Bundestagswahl 1957 hielt, wies er in ruhigem Sprachduktus innerparteiliche Gegner in die Schranken und rief zur Einheit auf, da die „richtige Meinung“ obsiegen solle. Sie ist aufzufinden im LAS, Bestand StK 1435.

²⁶ Vgl. BAUER, Hundert Jahre christliche Politik an der Saar, S. 125. Man ziehe hierzu auch den o. g. Zeitungsartikel von DAVID, „Saar-Ministerpräsident“, heran: Reinert habe den Sturz Neys „nicht gewollt“ und gesagt: „Ich habe mich als Kugelfang aufstellen lassen“.

voran, begab sich auf den Weg der „Christlichen Einigung“. Diese konnte während seiner Amtszeit nach schwerem Ringen mit der christdemokratischen Schwesterpartei, der eigenen Partei und den Koalitionspartnern abgeschlossen werden. Kurz vor seinem Tod war sie vollzogen.²⁸



Das erste Kabinett Reinert (1957)

Jenseits davon hatte der Ministerpräsident – der häufig in gravitätischer Schlichtheit einfach „Präsident“ genannt wurde – politisch etliche Fragen zu klären. Er sprach sie bereits in seiner mit einem signifikanten ökonomischen Schwerpunkt angelegten Regierungserklärung vom 13. Juni 1957 an, die in der Rückschau auf zuvor bewegte Monate als „bemerkenswert nüchtern und

²⁷ Ebd. unter Berufung auf einen Artikel in der *Frankfurter Rundschau* sowie zitiert aus der *Deutschen Saar* vom 24. September 1957.

²⁸ Dass dies unter Reinerts Ägide möglich sein werde, war bereits bei seinem Amtsantritt die Hoffnung des Saarbrücker Stadtdechanten Braun. Das geht aus einem in der Mappe LAS, Bestand StK 804 aufzufindenden Glückwunschschreiben Brauns vom 10. Juni 1957 hervor.

zugleich versöhnlich“ rezipiert wurde.²⁹ Reinert musste die Angleichung der Saarwirtschaft an das nach seiner Darstellung höhere ökonomische Niveau der Bundesrepublik meistern, und es galt für ihn, die „Wiedergewinnung des Absatzmarktes im übrigen Bundesgebiet, vor allem für die verarbeitende Industrie“ zu gewährleisten.³⁰ Damit das geschehen könne, postulierte er eine zügige Einbindung des saarländischen Eisenbahnnetzes in das bundesdeutsche Schienensystem und seine Elektrifizierung auf wichtigen Strecken, sodann einen Anschluss des Saarlandes an die Bundesautobahnen.³¹ Ferner hatte er für die rechtliche Regelung des in Zukunft geplanten hohen Austausches wirtschaftlicher Produkte mit Frankreich Sorge zu tragen, warnte gar die Saarländer vor einem Boykott von Waren des Nachbarlandes, denn es dürften „allein Qualität und Preis entscheiden“.³² Des Weiteren waren die Auswirkungen der französischen Devisenpolitik auf die Saarwirtschaft zu bewältigen.³³ Konkret ging es auch um die „Frage der Umwandlung der Saarbergwerke“, die Überführung der saarländischen Gruben in eine neu gegründete Aktiengesellschaft.³⁴

²⁹ Vgl. den o. g. Zeitungsartikel von DAVID, „Saar-Ministerpräsident“ und die Druckfassung der Regierungserklärung im LAS, Bestand Nachlaß F. J. Röder 3800. Die Schwerpunktsetzung mag ebenso sehr auf die biografische Prägung Reinerts wie auch auf das politische Gebot der Stunde zurückzuführen sein.

³⁰ Das geht aus der genannten Regierungserklärung, S. 2–7 hervor.

³¹ Ebd., S. 11 f.

³² Dies ist einem Interview der *Deutschen Tagespost* mit Reinert vom 15./16. August 1958 sowie der genannten Regierungserklärung, S. 13 zu entnehmen.

³³ Ebd. Die französische Regierung hatte, wie aus dem Interview mit Reinert hervorgeht, „einschneidende Maßnahmen [...] im August 1957 auf den Gebieten der Währung und der Einfuhrpolitik“ getroffen, die „für das Saarland und sein Wirtschaftsleben eine Lage“ evoziert hätten, „die ein wesentliches Ziel der Übergangszeit: Die Wettbewerbsbefähigung für den künftigen deutschen Markt – noch weiter erschwert[e].“

³⁴ Siehe hierzu die *Neuesten Nachrichten* (NN) vom 25. September 1957 sowie das undatierte Schreiben von Wirtschaftsminister Heinrich Schneider an Reinert im LAS, NL Schneider 323. Gemäß dem Saarvertrag musste der Vorstand der Saarbergwerke bis zum 30. September 1957 neu besetzt werden. Siehe dazu ein hierum kreisendes Schreiben Schneiders an Reinert vom 28. Juli 1957, das ebd. aufzufinden ist. Wie ebd. aus einem undatierten Kommuniqué Schneiders hervorgeht, sah er die Wirtschaftslage bedroht und bat daher Reinert, auf Paris einzuwirken sowie das Bonner Auswärtige Amt zu bemühen.



Beim Empfang der Rechtsphilosophen in Saarbrücken (1957)

Offen sprach Reinert die aus der bevorstehenden wirtschaftlichen Rückgliederung resultierenden Probleme des Bundeslandes 1958 auf dem Neujahrs-empfang im Landtag an, wollte damit auch die Bonner Regierung wachrütteln. „Er nannte besonders das Zusammentreffen der Währungslabilität mit der Aufgabe der wirtschaftlichen Umorientierung und sagte wörtlich:

„Es war ein Wagnis aus einer statistischen Betrachtungsweise, die dynamischen Entwicklungskräfte eines hochindustrialisierten Landes über Jahre hinaus übergangsweise in die Bindungen fester Normen zu fassen. Die beste Anpassungsformel ist noch nicht gefunden. Noch müssen wir uns, wo überhaupt möglich, mit einem System der Aushilfen begnügen, bis die Einsichten der deutschen Bundesregierung zu wirksamen Hilfen und neuer Behandlung der neu aufgeworfenen Fragen geführt haben werden.“³⁵

³⁵ Zitiert nach den NN vom 13. Januar 1958.

Das Referieren dieser Problematik vor der Bundesregierung führte zum Kanzlerwort: „Selbstverständlich darf kein Saarländer infolge der wirtschaftlichen Rückgliederung an der Saar an die Bundesrepublik irgendwie Schaden erleiden.“³⁶ Indes hatte Reinert seinen Blick vielen Detailfragen, etwa dem Erhalt spezifisch saarländischer Sozialleistungen, zuzuwenden,³⁷ all das vor dem so genannten „Tag X“. Dieser bezeichnete die ökonomische Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik am 6. Juli 1959. Im Vorfeld hatte der Landesvater vor übertriebenen Erwartungen gewarnt und den Saarländern dazu geraten, bei allen Vorteilen dieses Prozesses auch die Nachteile in Kauf zu nehmen und hochtrabende Vorstellungen „von dem ‚sozialen Besitz- oder Besserstand‘ fallen“ zu lassen.³⁸

Immer wieder wurde Reinert vom „Bevollmächtigten der Regierung des Saarlandes bei der Bundesregierung“ über das Saarland tangierende Bonner Entscheidungsprozesse informiert – unabdingbar, da die Saarländer auf nationaler Ebene oft als „unerwünschte Bittsteller angesehen“ wurden.³⁹ Ein für den Ministerpräsidenten vorbereiteter „Sprechzettel“ für eine im Januar 1959 stattfindende Unterredung mit Bundeskanzler Konrad Adenauer und Wirtschaftsminister Ludwig Erhard zeigt eines deutlich: dass sich angesichts der französischen Währungspolitik, der Abwertung des Frankens, vor dem „Tag X“, bis in Verästelungen hinein um die wirtschaftliche Entwicklung des Bundeslandes und den Wohlstand der Saarländer zu sorgen war.⁴⁰ Die infolge „zweier Abwertungen“ eingetretenen „Erschütterungen des Lohn- und Preisgefüges“ beklagte der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung vom 26. Februar 1959,⁴¹ war ob der Unruhe in der Bevölkerung aber willens, sich den Problemen der Zeit durch „Aufzeichnung eines Ordnungsbildes“ zu stellen. Reinert sah sodann die Aufgabe seiner Regierung darin, „Vorschläge zur

³⁶ Nach dem o. g. Interview mit der *Deutschen Tagespost*.

³⁷ Ebd.

³⁸ So ausgeführt in seiner Weihnachtsansprache aus dem Jahr 1958, erhalten im LAS, Bestand StK 1432.

³⁹ Dies war Regierungsdirektor Walzinger. Das Zitat nach einem Artikel von Willi Gasper in der Rubrik „Die Stimme des Tages“ mit der Überschrift „Umbildung des Lenkungsausschusses“ vom 4. Juli 1958, womöglich die Verschrifitung eines Radiobeitrages. Aufzufinden im LAS, Bestand StK 7451.

weiteren Anpassung der Landesverfassung an das politische Gesamtgefüge der Bundesrepublik“ zu „unterbreiten“, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken sowie eine „Rechtsangleichungsgesetzgebung“ an das Bundesrecht zu befördern.



Besuch des französischen Botschafters Couve de Murville (Bildmitte) in Saarbrücken (1958)

Daneben setzte sich Reinert für eine neue Form der deutsch-französischen, insbesondere der saarländisch-französischen Verständigung ein.⁴² Diese im Saarland auf einer veränderten Grundlage aufzubauen, muss ihm ein Anliegen

⁴⁰ Vom 23. Januar sowie ein darauf folgendes Communiqué der Beteiligten, aufzufinden in der Mappe LAS, Bestand StK 2738.

⁴¹ Aufzufinden im LAS, NL Schneider 323.

⁴² Der Ministerpräsident betonte in einer Rede zum dritten Jahrestag der Abstimmung über das Saarstatut im Saarbrücker Stadtheater, dass deren Ergebnis „offen und ohne Vorbehalt anerkannt worden“ sei. Er sah darin „eine restlose Bereinigung des deutsch-französischen Verhältnisses“ sowie einen Beitrag „zur Festigung der Freundschaft“ mit dem Nachbarland. Siehe hierzu das entsprechende Typoskript vom 23. Oktober 1958 im LAS, Bestand StK 1432.

gewesen sein, sah er doch die Beziehungen des einst teilautonomen Landstrichs zum Nachbarland als unfreiwillig hergestellt und auf tönerne Füße gestellt. Das damalige Kulturabkommen mit Frankreich hielt er für nicht „einer echten Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet dienlich“⁴³ und fuhr fort:

„Verschiedene der dort festgelegten Bestimmungen stießen in gleicher Weise bei den Eltern, den Erziehern wie den Schülern auf Ablehnung, weil sie den geschichtlichen und natürlichen Bindungen unserer Bevölkerung nicht entsprachen. Das galt insbesondere für die Einführung des französischen Unterrichts in Volksschulen von Beginn des 2. Schuljahres an, eine Regelung, die auch allen pädagogischen und psychologischen Erfahrungen widersprach. Auch die Universität, deren Gründung ungeteilte Anerkennung verdient, war in ihrer Entwicklung dadurch belastet, daß in ihrem Statut eine wenig glückliche Mischung des deutschen und französischen Hochschulsystems versucht wurde.“⁴⁴

Demgegenüber hielt es der Ministerpräsident für angezeigt, den Französischunterricht erst in der fünften Klassenstufe auf freiwilliger Basis beginnen sowie frankophonen Kindern die Lehre an einem „französische[n] Lyzeum in Saarbrücken“ zuteilwerden zu lassen.⁴⁵ Des Weiteren stellte Reinert in Aussicht, dass von der Regierung in Paris ein „französisches Institut“ errichtet werden könne, das „der Universität des Saarlandes eine wertvolle wissenschaftliche Bereicherung bringt.“⁴⁶ In einer Empfangsrede für den französischen Botschafter Maurice Couve de Murville gebrauchte Zitate von Montesquieu und Bossuet erweisen, wie der Saarbrücker Jurist auf die benachbarte Nation einzugehen bemüht war.⁴⁷ „Wir können uns“, sagte Reinert vor dem hohen Gast, „heute offen in die Augen sehen und vertrauensvoll werken und wirken an den guten freundnachbarlichen Beziehungen und dem Werden Europas.“⁴⁸

⁴³ Egon REINERT: Neue Impulse für eine echte Zusammenarbeit. – In: Europa. Magazin für Wirtschaft, Politik und Kultur 8 (1957), S. 52 ff.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Ebd., S. 54 f.

⁴⁶ Ebd., S. 55.

⁴⁷ Vom 31. Januar 1958, enthalten in der Mappe LAS, Bestand StK 1432.



Demokrat Reinert: bei der Stimmabgabe zur Bundestagswahl 1957

Einen weiteren Schwerpunkt seiner Tätigkeit legte der „Präsident“ mit Bedacht auf das „Flüchtlingsproblem“, das während seiner Amtszeit in Gestalt von „Sowjetzonen-Flüchtlingen, Heimatvertriebenen [und] Aussiedlern“ drängend war.⁴⁹ Er abstrahierte es als das „Problem der Heimatlosigkeit“, forderte ein „Recht auf Heimat“, jedoch auch greifbare Hilfe für alle Betroffenen.⁵⁰ Sie zu unterstützen, stand er persönlich nicht hintan. Überhaupt galt – als auch über nationale und internationale Zusammenhänge reflektierender Politiker – seine Sorge den „Brüdern und Schwestern jenseits der Zonengrenze.“⁵¹ Was

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ Siehe hierzu die Verschriftung eines Interviews, das er dem Saarländischen Rundfunk im Vorfeld seines 50. Geburtstages am 23. September 1958 gab. Der Fragesteller war Willi Gasper. Enthalten in der Mappe LAS, Bestand StK 1432.

⁵⁰ Ebd. Die Forderung einer Heimatgarantie kommt auch in der o. g. Rede zum dritten Jahrestag der Saarstatut-Abstimmung vor.

⁵¹ Siehe dazu die o. g. Rede und Reinerts Weihnachtsansprache aus dem Jahr 1958, erhalten im LAS, Bestand StK 1432.

das Saarland selbst tun könne, um die Lage der als „Zuwanderer“ bezeichneten „Vertriebenen und Flüchtlinge“ zu heben, wurde von dem von Reinert eingesetzten „Beauftragten für das Flüchtlingswesen“ regelmäßig schriftlich zusammengefasst.⁵² Für die Jahre 1957 und 1958 erwartete man rund 16.000 entwurzelte Menschen im Saarland, denen zuvorderst Wohnraum zu schaffen sei.⁵³ In dieser Situation konnte sich „der Präsident“ über die vom belgischen Dominikanerpater und Friedensnobelpreisträger Dominique Pire betriebene Grundsteinlegung des fünften, nach Albert Schweitzer benannten „Europa-Dorfes“ in Spiesen freuen. Allen Beteiligten sah Reinert sich „in diesem Augenblick voll Hoffnung die Herzen all der Heimatlosen zu[zu]wenden, denen der Weg in ihr Heimatland versperrt ist und die hier eine neue Heimstätte finden sollen.“⁵⁴

In Verbindung mit dieser humanen Auffassung sei auf Reinerts Persönlichkeit eingegangen, die mit seiner Popularität und seinem politischen Erfolg in unlösbarer Verbindung stand. Die CDU-Saar-Parteizeitung *Neueste Nachrichten* brachte anlässlich des 49. Geburtstages des Ministerpräsidenten einen Artikel über seine menschlichen Eigenschaften, der trotz seiner besonders wohlwollenden Färbung wichtige Wesenszüge erkennen lässt. „Seine Bescheidenheit“, so heißt es dort,

„ist bei seinen zahlreichen Freunden schon fast sprichwörtlich, aber diese Bescheidenheit und seine menschlich warme, ja herzliche Art sind es, die ihm so viele Sympathien in weiten Kreisen der saarländischen Bevölkerung[,] selbst bei seinen politischen Gegnern eingebracht haben. Egon Reinert ist heute der erste Politiker unseres Landes, und seit Jahren schon steht er im Vordergrund des politischen Geschehens. Aber er ist in erster Linie Mensch, und er gibt seiner ganzen Umgebung eine menschliche Atmosphäre. [...] Bei allem anstrengenden Dienst, der ihn von morgens früh bis zum späten Abend an die

⁵² Vgl. hierüber entsprechende Berichte in der Mappe LAS, Bestand StK 7469.

⁵³ Ebd. sowie eine in der Mappe enthaltene Rundfunkansprache Reinerts „zum Flüchtlingsproblem“ vom 29. November 1957.

⁵⁴ Umfangreiches Material hierzu in der Mappe LAS, Bestand StK 7452. Die Rede Reinerts datiert vom 21. September 1958.

Pflichten in seinem Amtssitz und an die zahlreichen offiziellen Verantwortlichkeiten bindet, weiß er auch die private Sphäre zu schätzen. [...] Er ist ein unermüdlicher Schaffer, aber unkonventionell nutzt er die stillen Abendstunden mit besonderer Vorliebe für intensives Arbeiten, so daß die Passanten jenseits der Saar die Fenster seines Amtssitzes zu später Stunde noch beleuchtet finden. [...] In seiner Umgebung ist er vor allem wohlbekannt und geschätzt als Freund der schöngestigten Bildung, die ihn zum Kenner der Literatur, der Kunst und der Musik werden ließ. In Freundeskreisen wendet man sich gerne an ihn um zuverlässige Auskunft, wenn es z[um] B[eispiel] gilt, zu klären, welches Zitat von welchem griechischen Philosophen stammt.“

Auch der Chef der Staatskanzlei, Rolf Best, hatte im Jahr 1958 bei einer Ansprache zur Einweihung seines neuen Dienstgebäudes am Saarbrücker Ludwigsplatz warme Worte für den „Präsidenten“ parat:⁵⁵ Er sei „ein *Mann der Mitte*“, der „immer – sei es der Arbeiter, der Bauer, Künstler, Kaufmann oder Beamte – den Menschen [...] in seiner Ein- und Zuordnung in die Ganzheit der Ordnung von Kirche und Staat“ anspreche.⁵⁶ Best zeichnete das Bild einer konservativen, von christlichen Überzeugungen geprägten Persönlichkeit mit besonderer Ausstrahlung.⁵⁷ Reinert war – auch aus historischen Erfahrungen heraus – ein bewahrender Mensch. Dies tritt etwa in seiner herkömmlichen Annahme zutage, dass die Bürger seines Bundeslandes „in der Tat, im Glauben und aus der Überlieferung Christen sind.“⁵⁸ Aus seiner Form des Konservatismus resultierte zudem eine durchaus antitotalitäre Geisteshaltung. „Macht im modernen Totalstaat“, so sagte er einmal, „ist immer unecht, entspringt nicht

⁵⁵ Siehe oben.

⁵⁶ Ebd.

⁵⁷ Reinert sinnierte in einer 1957 gehaltenen, in der Mappe LAS, Bestand StK 1435 enthaltenen Festrede über die Stellung des Christen in der Gegenwart. „Was uns not tut“, so sagte er, „ist die kristalline Klarheit unserer Anschauungen, die allein den anderen ansprechen kann, ist jene Transparenz des Wesens und Tuns, die uns als Christen das Ansehen des Vollmenschen erwirken.“ Vor dem Landesparteitag der CDU-Saar im Jahr 1958 zitierte Reinert den christlichen Soziologen Joseph Höffner mit den Worten: „Nach christlichem Verständnis ist die staatliche Gewalt weder Gott noch Dämon, sondern nach den Worten der Schrift Gottes Dienerin zu Deinem Besten.“ Typoskript vom 30. Januar 1958 im LAS, Bestand StK 1432.

⁵⁸ In einem Grußwort zum Delegiertentag des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und des Bistumstages der Diözese Trier vom 2. April 1958, enthalten in der Mappe LAS, Bestand StK 1432.

der Würde, Überlegenheit und höheren Menschlichkeit dessen, der die Macht ausübt, sondern ist lediglich Funktion und macht den Träger der Macht fragwürdig.“⁵⁹ In seiner Weihnachtsansprache im Jahr 1958 führte Reinert einen entsprechenden Gedanken aus: „Die Freiheit“, so sagte er,

„ist ein so hohes Gut, daß wir uns ihrer in der Eigenverantwortung unseres Daseins würdig erweisen müssen. Sie will von einem jeden einzelnen täglich neu erobert, verstanden und bewährt sein. Sie ist uns nicht zu Lust und Gefallen geschenkt, sondern zur Indienststellung unserer Kräfte in den Dienst der einem jeden von uns gestellten Lebensaufgabe, im Wirken für Familie, Gemeinschaft, Staat und Kirche.“⁶⁰

Und er ergänzte vor Parteifreunden:⁶¹

„Wir wissen heute, warum die Weimarer Demokratie versagt hat; wir wissen auch, zu welchen Folgen der Ruf nach dem starken Mann und die Beseitigung der freien politischen Willensbildung in Parteigruppierungen geführt hat. Wir wissen, dass die parlamentarische Demokratie nicht die idealste Form der Herrschaft durch das Volk für das Volk ist, wir wissen aber, dass diese Form der Demokratie, getragen von politischen Parteien mit verantwortungsbewussten Männern und Frauen, die beste Gewähr für den gerechten Ausgleich aller Interessen und gegen jede missbräuchliche Bildung und Anwendung der Macht darstellt.“

Davon, legitimierte Macht für hehre Ziele einsetzen zu wollen, zeugt nicht allein das Eintreten des Ministerpräsidenten für eine positive saarländisch-französische Beziehung, sondern ebenso sein Wunsch, das junge Bundesland

⁵⁹ In seiner Rede vor saarländischen Bergleuten anlässlich des St. Barbaratages am 4. Dezember 1957, enthalten in der Mappe LAS, Bestand StK 1435.

⁶⁰ Im o. g. Text. Dazu fügt sich eine Passage in seiner im LAS, Bestand StK 1432 vorzufindenden Neujahrsansprache 1958/59: „Die unentrinnbare Verstrickung des Menschen in Machtapparate ist ein Kennzeichen totalitärer Systeme, die oft unter dem Vorwand sozialer Fürsorge und angeblicher Gemeinschaftshilfe die Entfaltung der Persönlichkeit, der Selbstverantwortung und der Selbsthilfe verhindern, und mit der existuellen Unfreiheit auch die persönliche und geistige Unfreiheit heraufbeschwören.“

⁶¹ In einer Rede auf dem dritten CDU-Landesparteitag 1958.



*Neujahrsempfang im saarländischen Landtag:
Dem Ministerpräsidenten wird ein Glücksschwein überreicht (1958)*

auch nach innen sozial zu befrieden.⁶² Dies erhellt aus den Schlussworten seiner Regierungserklärung vom Juni 1957:

„Es ist [...] mein Anruf an alle Männer und Frauen in unserem Saarlande, einig zu sein, sich nicht in kleinlichem Gezänk um unwichtige Verschiedenheiten der Meinungen zu verzehren, sondern alle Kräfte wachzurufen und einzusetzen, die Einigkeit und Einheit in unserem Lande zu erhalten und zu fördern.“⁶³

Endlich appellierte er „an alle Menschen“ der Heimat, „mitzuwirken an dem großen Werk, die zerstörerischen und trennenden Kräfte zu überwinden und

⁶² Für Reinert bedeutete das Wort „Frieden“ auch: „Soziale Gerechtigkeit, Achtung einer jeden reifen und reinen Überzeugung, Anerkennung und Würdigung jeder Arbeit und jeder Leistung.“ Siehe dazu eine Rede Reinerts zum Volkstrauertag 1957 in der Mappe LAS, Bestand StK 1435.

⁶³ Siehe den Text der Erklärung, S. 32.



Der Sarg Reinerts wird unter großer Anteilnahme zur Trauerfeier ins Saarbrücker Ludwigsgymnasium gebracht

mit der Sicherung unserer existentiellen Grundlagen auch die Kräfte frei zu machen, die das Leben des Menschen erhöhen, verschönern und ihm erst seine Würde verleihen.“⁶⁴ Das sittliche und soziale Empfinden seiner Landsleute versuchte der Saarbrücker Jurist in einer Rede wachzurütteln. „Wieviele“, so fragte er,

„leben noch im Schatten des Glücks, ja, entbehren oft des Notwendigsten! Die Gemeinschaft darf sie nicht vergessen: die Alten, denen die erlahmte Schafenskraft nicht mehr den Selbsterwerb ermöglicht, die Opfer des Krieges und der Arbeit, ihre Hinterbliebenen, und vor allem unsere Jugend, die oft mehr an Geist und Seele verarmt ist als am Leibe und dies nicht immer durch *eigene* Schuld.“⁶⁵

Auf sein überwiegend von sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten geprägtes Wirken für das Saarland blickte der „Präsident“ unmittelbar vor

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ Worte zu Weihnachten 1958, enthalten in der Mappe LAS, Bestand StK 1432.

⁶⁶ In dem o. g. Interview mit dem Saarländischen Rundfunk.

seinem 50. Wiegenfest zurück. „Persönlich gesehen“, so befand er, „darf ich wohl sagen, was mir als Auftrag und Gnade gegeben worden ist, ist schön gewesen, und was ich noch vor mir habe, ist reichhaltig, schwierig, aber auch dankbar.“⁶⁶ Mit einer abrupt an Gestalt gewonnenen „Philosophie des Unvollendeten und auch Unvollkommenen, die“ ihm anlässlich seines Geburtstages „zum Bewußtsein“ kam, hatten schon wenige Monate später die Bürger in Gestalt seines Todes umzugehen: gewiss auch eine Ursache ihrer Bestürzung.

Mit Egon Reinert, dem verehrten „Präsidenten“ des Saarlandes, starb ein überzeugter Demokrat auf der Höhe seiner Zeit, ein philosophisch kultivierter, willensstarker und erfolgreicher, jedoch gänzlich unprätentiöser Politiker. Er galt den Saarländern zu Recht als Hoffnungsträger.



OLIVER SIEBISCH

Alois Becker – der Vermittler

Ministerialdirektor Alois Becker, der als enger Vertrauter des Ministerpräsidenten Franz-Josef Röder galt, wurde im Februar 1960 zum Chef der saarländischen Staatskanzlei ernannt. Ein gutes Jahr später brachte die *Saarbrücker Landeszeitung* ein Porträt des in seinen frühen Fünfzigern stehenden Menschen.¹ Becker sei, heißt es darin,

„ein bescheidener Mann. Er sieht sich nicht gerne im Rampenlicht. Er liebt nicht Pathos oder große Worte. Was ihn beseelt, ist die stille Arbeit. Alois Becker ist der Typ des ruhigen Verhandlungspartners, der gerne zuhört, sich informieren lässt, und erst dann seine Entscheidungen trifft. Alois Becker ist ein ‚Frühaufsteher‘. Tag für Tag kommt er mit seinem Volkswagen von Primstal in die Landeshauptstadt. Wer morgens um 7.30 Uhr bei ihm anklopft, findet ihn schon zur Stelle. ‚Die halbe Stunde vor Dienst‘, so kommentiert er freundlich, ‚ist die schönste Zeit am ganzen Arbeitstag.‘ Selbst am freien Wochenende führt sein Weg oft in die Staatskanzlei, um in aller Ruhe, ohne jeden hektischen Betrieb, wichtige Fragen klären und den Plan für die kommende Wochenarbeit vorbereiten zu können.“

Es existieren zwei stichpunktartige Kurzbiografien Beckers: Joachim CONRAD: Alois Becker. – In: Saarland Biografien (Onlinelexikon) sowie Alois Becker. – In: Die Staatskanzlei des Saarlandes. Eine Geschichte in Bildern. Hrsg. von Ulli Meyer. Saarbrücken 2016, S. 178 f.

¹ Vom 23. Mai 1961.

Welche bisherige Biografie aber stand hinter dem in den 1960er-Jahren erfolgenden steilen politischen Aufstieg des Alois Becker? Um sie zu ergründen, muss man auch in diesem Fall in den späten Wilhelminismus zurückgehen.



Als Student (1933)

Seine Wiege stand in Mettnich im Kreis St. Wendel.² Am 30. September 1910 erblickte er dort in einem katholischen Milieu das Licht der Welt. Die seit 1901 verheirateten Eltern, der Landwirt Johann Becker und seine Ehefrau Elisabetha, geborene Becker, legten ihm die Vornamen Aloysius Matthias bei.³ Als viertes Kind der Familie wuchs er auf. Weil sein Vater im Ersten Weltkrieg eingezogen wurde, übernahm zur Entlastung der Mutter der in Eiweiler wohnhafte Onkel die Erziehung.⁴

Vom Jahr 1916 an besuchte Alois Becker die Volksschule, kehrte nach Kriegsende ins Elternhaus zurück.⁵ Seiner eigenen Darstellung zufolge habe er den Vater bewegen können, ihm den Besuch einer höheren Schule zu ermöglichen.⁶ Seit 1924 war er dann Eleve des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums in Trier, wo er 1932 das Reifezeugnis erhielt.⁷ Gleich darauf nahm er ein Studium

² Dies geht aus Beckers Geburtsurkunde hervor, enthalten in seiner Personalakte. Sie lagert im Landesarchiv Saarbrücken (LAS), Bestand MJ-PA 635. Die ersten Abschnitte der vorliegenden Zeilen beziehen sich auf diesen Archivbestand, die folgenden auf eine Presseausschnittsmappe im Stadtarchiv Saarbrücken (Dep. SZ 1978) mit von Günter Brozio, Joachim PENNER und Alfred SCHÖN gezeichneten sowie ungezeichneten Artikeln.

³ Siehe die Geburtsurkunde sowie die Heiratsurkunde der Eltern. In frühen Dokumenten wird sein Vorname auch häufig „Aloys“ geschrieben.

⁴ Siehe hierzu Beckers in Arnsberg verfassten eigenhändigen Lebenslauf vom 15. November 1935.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ Ebd.

der Rechtswissenschaft auf, das er aus dem ihm vom Vater ausgezahlten Erbteil finanzieren konnte.⁸ Es führte ihn für fünf Semester nach Bonn und für ein Semester nach Königsberg (Ostpreußen), ferner nach Köln. Im Oktober 1935 legte Becker schließlich am Oberlandesgericht Köln ein „befriedigendes“ Referendarexamen ab.⁹

Die frühen Selbstzeugnisse Beckers atmen den typischen Geist der NS-Diktatur: Während des Studiums habe er sich, wie er vermeldet, im „Wehrsport“ geübt.¹⁰ So erstaunt es nicht, dass er während des dritten Semesters, am 15. Mai 1933, der SA beitrat, seine Ableistung des Arbeitsdienstes hervorstrich und glaubte, „das erreicht zu haben, was Volk und Staat von einem gewissenhaften Studenten erwarten.“¹¹ Vier Tage nach seiner Prüfung, so konnte Becker stolz festhalten, sei er „zur Ableistung eines Freiwilligendienstjahres“ beim „Jägerregiment in Arnsberg“ eingetroffen. Dort hoffte er, „die Schulung zu erhalten“, durch die er sein „Vaterland auch mit der Waffe verteidigen“ könne.¹² Nach seiner „Militärzeit“ wollte er jedoch „den praktischen Ausbildungsdienst am Gericht aufnehmen.“¹³

Wirklich bemühte sich Becker um eine Ernennung zum Gerichtsreferendar, die daraufhin am 21. Februar 1936 erfolgte.¹⁴ Von der Pflicht, am Sitz des Amtsgerichts, dem er zuzuweisen war, wohnen zu müssen, bat er abzusehen, um bei seinen Eltern Unterkunft zu finden.¹⁵ Als Begründung führte der noch immer in der Wehrmacht befindliche Becker völlige Mittellosigkeit an.¹⁶ Sein Wunsch ging zunächst dahin, am Amtsgericht Saarlouis tätig sein zu dürfen.¹⁷ Als sich abzeichnete, dass dies nicht möglich sei, schlug er vor, am Amtsgericht Lebach

⁸ Ebd. sowie ein Schreiben an den Oberlandesgerichtspräsidenten in Köln vom 7. September 1936.

⁹ Ebd. sowie ein Zeugnis darüber vom 25. Oktober 1935.

¹⁰ Ebd. Ferner gibt er in einem handschriftlichen Lebenslauf vom 27. Juni 1935 an, sich im „Ruder- und Segelsport“ betätigt zu haben.

¹¹ Ebd. Vgl. seinen handschriftlichen Lebenslauf vom 27. Juni 1935.

¹² Ebd.

¹³ Ebd.

¹⁴ Siehe hierzu seine Schreiben an den Oberlandesgerichtspräsidenten (OLGP) in Köln vom 15. November 1935 und vom 5. Januar 1936.

¹⁵ Schreiben an den OLGP in Köln vom 7. September 1936.

¹⁶ Ebd. sowie ein Schreiben an den OLGP in Köln vom 22. August 1936.

eingesetzt zu werden.¹⁸ Anfang Oktober 1936 wurde Becker schließlich als „Gefreiter der Reserve und Offiziersanwärter“ aus der Wehrmacht entlassen, so dass er, von der Wohnaufage befreit, in Lebach seinen Dienst aufnehmen konnte.¹⁹

Nachdem er dort seinen „ersten Ausbildungsabschnitt“ absolviert hatte, betrieb er seine Versetzung an das Landgericht Saarbrücken, der für die Zeit ab April 1937 stattgegeben wurde.²⁰ Seinen Dienst versah er dort regulär, um sodann zur Saarbrücker Staatsanwaltschaft überwiesen zu werden.²¹ Unverändert litt der noch immer in seiner Heimatgemeinde ansässige Becker unter finanzieller Kalamität.²² Daher suchte er wiederholt um einen Unterhaltszuschuss an, wollte fortan in Saarbrücken wohnen.²³ Becker drang damit durch.²⁴ Seine Leistungen bei der Staatsanwaltschaft wurden von höchster dienstlicher Ebene gewürdigt, er galt offenbar als guter Jurist: Becker, so heißt es, habe in verschiedenen Fällen „durchaus brauchbare Entwürfe vorgelegt“, er verfüge „über gute Rechtskenntnisse und einen sicheren Blick über das Wesentliche“.²⁵ Ferner sei „sein Vortrag [...] gewandt und bestimmt“, es komme ihm zupass, „dass er sich auch in die Lage eines Arbeiters bez[iehungsweise] eines kleinen Handwerkers hineinversetzen konnte und die Gründe, welche die Leute zu ihren strafbaren Handlungen geführt haben, richtig abzuwägen verstand.“²⁶ Der Saarbrücker „Leiter der Referendararbeitsgemeinschaften“ benannte Züge

¹⁷ Schreiben an den OLG in Köln vom 22. August 1936. Becker unterstrich diesen Wunsch mit dem Hinweis, dass die Bahnverbindung dorthin eine günstige sei, zudem auf dem Weg die für seinen „Heimatort zuständige Dienststelle“ der SA liege. Scheinbar hatte er aber schon damals kulturelle Interessen, denn er erhoffte, vom räumlichen Ausgangspunkt „auch schon mal Gelegenheit“ zu haben, „Theater oder Oper in Saarbrücken zu besuchen.“

¹⁸ Ebd. sowie ein Schreiben an den OLG in Köln vom 7. September 1936.

¹⁹ Das ist einer im ersten Passus abgewandelten „Ernennungsurkunde“ des OLG in Köln vom 15. September 1936, einem Schreiben des aufsichtsführenden Amtsrichters in Lebach vom 13. Oktober 1936 sowie einem Gesuch Beckers vom 16. Oktober 1937 zu entnehmen.

²⁰ Gesuch Beckers vom 29. März 1937 und Schreiben des OLG in Köln vom 3. April 1937.

²¹ Gesuch Beckers an den OLG in Köln vom 13. August 1937, dem am 20. August des Jahres entsprochen wurde.

²² Gesuch Beckers an den OLG in Köln vom 15. Oktober 1937. Als Argument brachte er vor, dass er seinen Obliegenheiten bei einer täglichen Bahnfahrt von fünf Stunden „sehr schwer [...] in der gewünschten Weise“ gerecht werden könne.

²³ Ebd. Siehe auch weitere entsprechende Anträge in seiner Personalakte.

²⁴ Schreiben des OLG in Köln vom 16. November 1937.

des Menschen und Juristen Becker, die seinen weiteren Lebensweg mitprägen sollten: Er sei „ein vornehmer Charakter, zuverlässig, höflich und bescheiden.“²⁷ Seine Energie, seine Zähigkeit und Zielstrebigkeit“ seien „vorbildlich.“²⁸ Einschränkend merkte er indes an, dass Becker „mehr aus sich herausgehen und entschiedener auftreten“ sollte.²⁹

Beim damals namhaften Saarlouiser Rechtsanwalt Hubert Ney durfte Becker auf fünf Monate zur Ausbildung eintreten. Dieser attestierte ihm „eine offene, gerade Art und einen festen Charakter“ sowie ein „sichere[s] Auftreten“, vermutete als Grundlage seiner fachlichen Eignung „Selbstzucht“ und „gewissenhaftes Selbststudium“.³⁰ Becker ging bis Anfang September 1938 nach Danzig, damit er sich, wie er selbst sagte, in juristischen „Kenntnisse[n]“ der „deutschen Grenzgebiete im Osten“ schulen könne.³¹ Der prominente Jurist Otto Palandt hatte dies zuvor seitens des Reichsjustizministeriums genehmigt.³² Auch diese Station seines Lebens meisternd, hatte Becker zum „Lagerdienst“ des „Reichsnährstands“ im „Gemeinschaftslager“ anzutreten, wobei er sich für die „Landesbauernschaft Rheinland in Bonn“ empfahl.³³ Dort wurde er „zur weiteren Ausbildung in Verwaltungssachen“ gastweise der „Rechtsabteilung der Landesbauernschaft“ zugewiesen, auch im „Neuen Lager“ des „Gemeinschaftslagers Hanns Kerrl“ in Jüterbog eingesetzt.³⁴ An diesem Ort hielt er vor „Kameraden“ einen „Vortrag über ‚Die Entstehung der freien Stadt Danzig und ihre Stellung nach dem Versailler Friedensvertrag‘“.³⁵ Ende April 1939 schied Becker aus der NS-Einrichtung aus, so dass er seinen

²⁵ Zeugnis des Saarbrücker Oberstaatsanwalts vom 18. November 1937.

²⁶ Ebd.

²⁷ Siehe darüber ein Zeugnis vom 17. Mai 1938.

²⁸ Ebd.

²⁹ Ebd.

³⁰ Siehe hierzu ein Schreiben des OLGP in Köln vom 22. November 1937 sowie das Zeugnis Neys vom 30. Mai 1938.

³¹ Ebd. Siehe auch ein Gesuch Beckers vom 18. Januar 1938 an den OLGP in Köln.

³² Vgl. dessen Schreiben an den Präsidenten des Obergerichts in Danzig vom 3. März 1938.

³³ Formulierung in einem Schriftstück des Präsidenten des Danziger Obergerichts vom 13. August 1938 sowie ein Schreiben Beckers an den OLGP in Köln vom 8. August 1938.

³⁴ Siehe hierzu einen Schriftwechsel in Beckers Personalakte, der am 8. August 1938 einsetzt, insbesondere ein Schreiben des OLGP in Köln vom 31. Oktober 1938.

³⁵ Das ist einem Zeugnis des Lagerkommandanten vom 3. Dezember 1938 zu entnehmen.

vorläufigen Platz am Zweibrücker Oberlandesgericht einnehmen konnte.³⁶ Die aufgrund des inzwischen begonnenen Zweiten Weltkriegs vereinfachte große Staatsprüfung vor dem Reichsjustizprüfungsamt bestand Becker im September 1939 erneut mit „befriedigender“ Leistung.³⁷

Becker, am 1. Juli 1937 in die NSDAP eingetreten, rückte während des Weltkrieges als Infanterist an die Ostfront und blieb bis Kriegsende in der Wehrmacht.³⁸ Kurz nach Beginn der Kampfhandlungen forcierte er indes vom militärischen Einsatzort aus seine „Übernahme als Anwärter für das Amt des Richters und des Staatsanwaltes“.³⁹ Da er den Eindruck erweckt hatte, ein „überdurchschnittlich befähigte[r] Rechtswahrer“ zu sein, wurde er, seinem Wunsch gemäß, dem Oberlandesgericht Zweibrücken zugewiesen, in der Mitte des Jahres 1940 zum außerplanmäßigen Reichsbeamten mit der Amtsbezeichnung „Gerichtsassessor“ ernannt. Es folgte für ihn die Zuständigkeit des Amtsgerichts in Landstuhl.⁴⁰ Anscheinend widerfuhr dem bald zum Unteroffizier, dann zum Feldwebel, später zum Leutnant und Hauptmann beförderten Becker während der Kampfhandlungen eine Verwundung, weshalb er sich zeitweise in einem Thüringer Reservelazarett befand.⁴¹ Im Frühjahr 1941 lag er dann „an der Front in einem kleinen Ort im Südosten“, wurde im Sommer bei „den Balkankämpfen“ eingesetzt und mit dem „Infanteriesturmabzeichen“, sodann mit dem Eisernen Kreuz erster Klasse dekoriert.⁴² Zeitgeisttypisch-belobigend sah man in Becker einen „zuverlässige[n] und zielbewusste[n] Mann von straffer, soldatischer Haltung, der im Kameradenkreise wegen seiner Offenheit und Geselligkeit und seines gesunden Humors geachtet und beliebt ist.“⁴³ So nimmt es nicht wunder, dass er noch 1942 offiziell eine Planstelle am Amtsgericht in Kaiserslautern erhielt.⁴⁴ Infolge des Kriegsendes geriet der bis dahin aber noch nie als Richter tätige, zwischenzeitlich jedoch verheiratete Jurist in Gefangenschaft.⁴⁵

³⁶ Vgl. einen Überblick in seiner nunmehr beim Oberlandesgericht in Zweibrücken fortgeführten Dienstakte.

³⁷ Siehe ein Schriftstück des Amtes an den OLG in Zweibrücken vom 13. Oktober 1939.

³⁸ Vgl. einen weiteren eigenhändigen Lebenslauf Beckers vom 12. Dezember 1939 sowie einen Fragebogen vom April 1949.

³⁹ Vgl. hierzu ein Schreiben der Gauleitung Koblenz-Trier vom 18. Dezember 1939 sowie eine Feldpostkarte Beckers vom 27. Februar 1940.



*Vor dem Eintritt in den saarländischen
Justizdienst*

Sitzung des Ausschusses für richterliche Beamte.⁵⁰ Zwei Jahre hatte Becker jedoch zu warten, ehe er beim saarländischen Justizministerium persönlich

Daraus im April 1946 entlassen,⁴⁶ hatte Becker zunächst keine Fortune. Seine formal nachweisbare NS-Vergangenheit hinderte ihn lange daran, in den neu aufgestellten Justizdienst übernommen zu werden.⁴⁷ Doch allmählich wichen die Vorbehalte, die milder voranschreitende Epuration (Entnazifizierung) kam dem Saarländer zugute.⁴⁸ Zunächst war er mit seiner Bewerbung um Wiedereinstellung beim Amtsgericht Kaiserslautern nicht erfolgreich.⁴⁹ Im Januar 1947 aber nahm das rheinland-pfälzische Justizministerium den Vorgang auf und ersuchte die Zentrale Säuberungskommission um Überprüfung der Personalie Becker in „der nächsten

⁴⁰ Siehe dazu ein vorgefertigtes Schreiben des zu diesem Zeitpunkt in Ludwigshafen befindlichen OLGP in Zweibrücken an den Reichsjustizminister vom 4. April 1940 und ein Schriftstück des Reichsjustizministers vom 6. Juni 1940 sowie ein Schreiben des Oberamtsrichters in Landstuhl vom 18. Juli 1941.

⁴¹ Schreiben Beckers aus Oberhof vom 1. Juli 1940 und von nicht genanntem Ort aus vom 30. August 1940. In diesem führt er aus, dass ihm das Eiserne Kreuz zweiter Klasse verliehen worden sei.

⁴² Schriftstücke des Oberamtsrichters in Landstuhl vom 11. März 1941, vom 18. Juli 1941 und vom 5. Mai 1942.

⁴³ Charakterzeugnis des Oberlandesgerichtspräsidenten in Zweibrücken vom 13. Mai 1942.

⁴⁴ Schreiben des Reichsjustizministeriums vom 1. Dezember 1942.

⁴⁵ Seit 1944 mit Dorothea Jochum.

⁴⁶ Das genaue Entlassungsdatum gibt er in einem Wiedereinstellungsgesuch an den Amtsgerichtsdirektor in Kaiserslautern vom 18. November 1946 an.

⁴⁷ Siehe hierzu das Gesuch des wieder in Primstal wohnenden Alois Becker an das Regierungspräsidium in Saarbrücken vom 2. Juni 1946 sowie dessen Antwort vom 5. Juli 1946.

⁴⁸ Vgl. seinen Entnazifizierungs-Fragebogen vom 2. Juni 1946 sowie ein weiteres, nach Kaiserslautern gerichtetes Gesuch vom 18. November 1946.

⁴⁹ Siehe das o. g. Gesuch.

⁵⁰ Schreiben vom 27. Januar 1947.

vorsprechen konnte, um als Richter am Landgericht eingesetzt zu werden.⁵¹ Er wurde indes „belehrt, daß zunächst das Epurationsverfahren abgeschlossen werden müsse.“⁵² Dennoch forderte man seine zeitweise beim Oberregierungspräsidium in Neustadt lagernde Personalakte an.⁵³ Als im April 1949 im Zuge der Vereinfachung der Entnazifizierung ein Bescheid erging, wonach gegen Becker kein Verfahren eingeleitet werde,⁵⁴ wichen für ihn die Schatten der jüngeren Vergangenheit – er wurde zunächst als Hilfsrichter in Lebach eingesetzt.⁵⁵

Seine schon in der Vorkriegszeit festgestellte fachliche und menschliche Eignung für das Richteramt wurde nunmehr in Lebach bestätigt, eine Planstelle für ihn anempfohlen.⁵⁶ Dem kam das Justizministerium nach, und im Februar 1950 erfolgte die Ernennung Beckers zum Amtsgerichtsrat, im Jahr 1952 zum Beamten auf Lebenszeit.⁵⁷ Denkwürdigerweise gehörte der Mann, der eigentlich nicht Politiker werden wollte, schon damals der illegalen CDU an.⁵⁸ Im Jahr 1956 wurde er zum Vorsitzenden des Kreisverbandes Wadern gewählt.⁵⁹ Dies, obwohl er – in keiner Weise apologetisch – bekannt hatte, „[n]ach der Nazizeit [...] einfach ‚die Nase voll‘ von Politik“ gehabt zu haben.⁶⁰ Wie die Saarbrücker Zeitung wusste, hatte der Jurist „[n]ach dem Referendum [...] ernsthaft über einen Rückzug aus der Politik“ nachgedacht:⁶¹

„Doch die ‚Mitverantwortung für das Ganze‘, wie er es formulierte, hielt ihn politisch bei der Stange. Als ein Mann, der auf dem Boden christlicher Grund-

⁵¹ Handschriftlicher Vermerk seitens des Ministeriums vom 28. März 1949.

⁵² Ebd.

⁵³ Ebd.

⁵⁴ Schreiben des Staatskommissars für die politische Säuberung des Saarlandes vom 26. April 1949.

⁵⁵ Beschluss des saarländischen Justizministeriums vom 11. Mai 1949.

⁵⁶ Schriftstück des k. Landgerichtspräsidenten vom 12. November 1949.

⁵⁷ Vgl. dessen Schreiben vom 15. November 1949 sowie die von Johannes Hoffmann unterzeichnete Ernennungsurkunde vom 9. Februar 1950 und Beckers Empfangsbestätigung der zweiten Ernennungsurkunde vom 28. Januar 1953.

⁵⁸ Siehe hierzu Informationen auf einem biografischen Blatt, enthalten in der o. g. Presseausschnittsmappe, sowie die SZ vom 28. September 1993.

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ SZ vom 28. September 1993.

⁶¹ Ebd.

werte stand, kam für ihn als Deutschen nur die Christlich-Demokratische Union als politische Heimat in Frage.“⁶²

Noch vor dem Referendum, im Jahr 1954, war Becker beruflich in Wadern anzutreffen.⁶³ Im Jahr 1959 zum Landgerichtsdirektor vorgerückt und nur wenig später in das saarländische Innenministerium abgeordnet, dort als Regierungsdirektor fungierend, gewannen sein äußeres Leben, seine Laufbahn neuerlich an Schwung:⁶⁴ Innenminister Conrad bestellte ihn zu

seinem ständigen Vertreter, übertrug ihm auch „die Dienstaufsicht über das Landesamt für Verfassungsschutz.“⁶⁵ Beckers Konnex zu Franz-Josef Röder mag sich damals neben parteiinternem Kontakt durch die besoldungsrechtlich bedingte, formale Abordnung in das Kultusministerium ergeben haben. Dieser führte letztlich dazu, dass er zum Chef der Staatskanzlei ernannt wurde, eine Entscheidung, die Becker gerne annahm, weil er glaubte, „das Vertrauen der beiden Parteien zu besitzen, die die Koalitionsregierung bilden.“⁶⁶

Franz-Josef Röder brachte den jetzigen Staatssekretär und „seinen langjährigen engsten Mitarbeiter“ 1968 als Nachfolger von Julius von Lautz für das Amt des saarländischen Justizministers ins Spiel – mit erheblichem Gegenwind seitens der oppositionellen SPD.⁶⁷ Doch er wurde mit den Stimmen der Koaliti-



Becker begrüßt als Chef der Staatskanzlei General Paul F. Freeman (1963)

⁶² Ebd.

⁶³ Siehe hierzu mehrere Dokumente aus dem Jahr 1954 in Beckers Personalakte.

⁶⁴ Vgl. die Ernennungsurkunde vom 22. April 1959 und die Abordnungsverfügung vom 8. Mai 1959.

⁶⁵ Siehe dessen Schreiben vom 21. Mai 1959 und vom 30. Mai 1959.

⁶⁶ SZ vom 16. Februar 1960.

⁶⁷ SZ vom 20. Juni 1968. Vgl. die SZ vom 1. Juni desselben Jahres.

onspartner CDU und FDP/DPS gewählt.⁶⁸ Die *Saarbrücker Zeitung* bescheinigte dem Landesvater, „keinen schlechten Griff getan“ zu haben, denn als Chef der Staatskanzlei habe sich Becker „nicht nur mit heiklen politischen, sondern auch mit zahlreichen schwierigen juristischen Fragen beschäftigen müssen.“⁶⁹ Dabei ergab sich anscheinend sein Profil, „nicht nur geschickt und diplomatisch, sondern auch zäh und hart zu sein.“⁷⁰ Gleichwohl sah die Junge Union im Wahlkampf des Jahres 1970 in Becker keine überzeugende „Führungs Persönlichkeit der CDU“.⁷¹ Röder aber hielt zu seinem Vertrauten, sorgte sogar dafür, dass er neben seinem Amt in Saarbrücken auch umtriebiger „Hausherr der Bonner Saarvertretung“ werden konnte.⁷² Als Bevollmächtigter des Saarlandes beim Bund plädierte der kontaktfreudige Jurist „beispielsweise für den Bau des



Becker als Vierter von rechts im Kabinett von Franz-Josef Röder (1974)

⁶⁸ Ebd.

⁶⁹ Ebd.

⁷⁰ Ebd.

⁷¹ SZ vom 20. Juni 1970.

⁷² SZ vom 30. September 1970.

Saar-Pfalz-Kanals, für Strukturverbesserungen der Saarwirtschaft, für eine ausreichende Finanzhilfe des Bundes und für den notwendigen Ausbau des Straßennetzes“.⁷³ Die Presse kannte den „Normalfahrplan“ Beckers:

„Montags Teilnahme an der Sitzung der CDU-Fraktion im Saarlandtag; dienstags oft stundenlange Kabinettsitzungen; mittwochs werden die Antennen bereits in Richtung Rhein orientiert; donnerstags und freitags sind die eigentlichen Bonn-Tage. Sie bedeuten im raschen Wechsel Verhandeln, Appellieren, Agieren und manchesmal auch Posieren.“⁷⁴



Vor der Bonner Saarvertretung (1973)

In der 1974 zusammentretenen neuen Regierung wurde der Nordsaarländer nicht mehr Justizminister, blieb jedoch „Bevollmächtigter in Bonn“ im Rang eines Ministers, nahm auch die Aufgaben im Bundesrat wahr.⁷⁵ Ende des Jahres aber zog er sich aus der aktiven Politik zurück.⁷⁶

Das Tätigkeitsfeld Beckers hatte sich auch auf die saarländischen Medien erstreckt. Zwischen 1959 und 1961 vertrat er die Landesregierung im Rundfunkrat, im Anschluss daran saß er über zwölf Jahre im Verwaltungsrat des Saarländischen Rundfunks.⁷⁷ Der Jurist sollte später für private Radiosender

⁷³ Ebd.

⁷⁴ SZ vom 2. Oktober 1971.

⁷⁵ SZ vom 12./13. Januar 1974 und vom 28./29. September 1985.

⁷⁶ SZ vom 30. September 1980.

⁷⁷ SZ vom 8. März 1974.

plädieren.⁷⁸ Seit 1960 gehörte Becker zudem als Vertreter des Eigentümers Saarland dem Aufsichtsrat der *Saarbrücker Zeitung* an und stand vor Herausforderungen, die zu lösen ihm vom Ministerpräsidenten aufgetragen war.⁷⁹ Im Rahmen der Reprivatisierung bereitete er einen ins Parlament eingebrachten Gesetzentwurf vor.⁸⁰ Bei der komplizierten politischen Gemengelage wurde schließlich eine „saarländische Lösung“ gefunden.⁸¹ Becker vertrat dabei, wie ihm später nachgesagt wurde, „seine Standpunkte mit großer Ernsthaftigkeit und gleichzeitig viel Humor, mit juristischem Scharfsinn, verbunden mit Charme und mit Fairneß sowie schauspielerischem Talent“.⁸² Fast als Sozialpolitiker agierend, erstritt Becker bei der *Saarbrücker Zeitung* eine Mitarbeiterbeteiligung von 15 Prozent.⁸³



Gesprächsrunde um den Minister in Bonn (1974)

⁷⁸ SZ vom 30. September 1980.

⁷⁹ SZ vom 29./30. September 1990 sowie vom 3. Oktober 1985.

⁸⁰ SZ vom 3. Oktober 1985.

⁸¹ Ebd.

⁸² Ebd.

⁸³ Ebd. Becker hatte 25 Prozent angestrebt.

Im Ruhestand war der unterdes auf dem Saarbrücker Rastpfuhl wohnhaft gewordene Alois Becker der Politik zwar als Kuratoriumsvorsitzender der Union Stiftung noch verbunden.⁸⁴ Es wurde jetzt aber immer mehr der Privatmann sichtbar, der viel spazieren ging, gärtnerte und in Spanien Badeurlaub machte.⁸⁵ „Politische Show und öffentliche Selbstdarstellung“, wurde ihm anlässlich seines 70. Geburtstages in der *Saarbrücker Zeitung* attestiert, „waren nicht seine Sache“. Schon zuvor hatte man ihm „eine [...] zurückhaltende Zähigkeit“ und „Angriffsgeist, der das besondere Engagement für das Saarland verriet“, zugeschrieben.⁸⁶ Ferner hieß es, dass er ein Mensch sei, „der den Ausgleich gesucht und den politischen Gegner persönlich geschätzt“ habe.⁸⁷ Von diesem sei er wahrgenommen worden als jemand, der „mit der Macht behutsam umzugehen wußte und persönlich einen wohltuenden politischen Stil pflegte.“⁸⁸ Becker galt als „Mann des Ausgleichs“, ja, er war ein Vermittler im Politischen, ein Vermittler auch im historischen Sinne: Er hatte Kaiserzeit, Republik, die NS-Diktatur, Besatzung, Teilautonomie und erneut die Republik erlebt, als er am 26. September 1993 starb. Er war unter durchgehender Wahrung seiner ruhigen Wesensart imstande gewesen, Lehren zu ziehen und sich im demokratischen Prozess zu engagieren. Das Saarland verlor mit Alois Becker einen seiner profiliertesten Politiker.

⁸⁴ SZ vom 30. September 1980.

⁸⁵ Ebd.

⁸⁶ SZ vom 15. November 1974.

⁸⁷ SZ vom 28./29. September 1985.

⁸⁸ Ebd.



Interview mit Rita Waschbüsch

Die erste saarländische Ministerin hieß Rita Waschbüsch. Sie gehörte dem Kabinett des Ministerpräsidenten Franz-Josef Röder an. Bis heute ist Rita Waschbüsch politisch und gesellschaftlich engagiert: innerhalb der Union Stiftung und als überzeugte Katholikin, die einen Gestaltungsauftrag in der Welt sieht. Im Juli 2025 bot sich die Gelegenheit, sie zu interviewen – dies mit einem Schwerpunkt auf ihren politischen Erfahrungen.

Guten Morgen, Frau Waschbüsch, in vorhergehenden Interviews wurden Ihnen vielfach Fragen zu Ihrer gesamten Lebensgeschichte gestellt. Ich möchte indes vor allem etwas von Ihrer politischen Betätigung und von Ihren Erinnerungen an die Landespolitik erfahren – unter besonderer Berücksichtigung der CDU-Saar.

Als Sie in den frühen 1960er-Jahren begannen, sich in der CDU-Saar zu engagieren, waren Sie Hausfrau und Mutter und gehörten dem Gemeinderat Landsweiler, heute ein Ortsteil von Lebach, an. Was war damals Ihre Motivation, der CDU beizutreten?

Ich bin von Jugend auf ziemlich interessiert gewesen, hatte einen guten Geschichtslehrer, der auch umleiten konnte zum Jetzt, zum Heute. Als 15-Jährige habe ich noch die heftige Diskussion um das Saarstatut miterlebt. Das hat mich – wie viele Leute im Saarland – überhaupt politisch munter gemacht, auch junge Leute eben. Das war sicher der Hintergrund, dass ich eigentlich von meinem 15. Lebensjahr an die Politik ziemlich genau verfolgt habe.

Sie setzten Ihren ersten politischen Schwerpunkt in Kultur- und Sportfragen, dann in der Familien- und Sozialpolitik. Warum eigentlich?

Ich habe Kinder bekommen und eigentlich mit jedem Kind auf dem Wickeltisch fühlt man sich schon ein bisschen verantwortlicher für die Welt und die

Gesellschaft, in die diese Kinder hineinwachsen. Das war immer ein starker Beweggrund, in die Politik zu gehen.

Im Jahr 1970 wurden Sie erstmals in den saarländischen Landtag gewählt. Es war damals in der Presse die Rede von „neuen Namen und neuen Gesichtern“. Was hat Sie damals bewogen, für den Landtag zu kandidieren, und wie haben Sie den Wahlkampf und den Wahltag erlebt?

Ich habe eigentlich nicht an den Landtag gedacht, aber animiert wurde ich dann von Kollegen, von Freunden, auch von meinem damaligen Kreisvorsitzenden Helmut Bulle. Dann habe ich auf der Gebietsliste als Letzte kandidiert. Das war im Wahlkreis Saarlouis. Es waren sechs Mitglieder abgeordnet, und wir wollten das siebte Mandat dazugewinnen. Das habe ich mal versucht, und es ist auch gelungen.

Franz-Josef Röder führte fortan für vier Jahre eine CDU-Alleinregierung an. War das ein guter Ausgangspunkt für Sie, sich politisch entfalten zu können?

Das kann man sich ja nicht aussuchen vorher, das war ein Glücksfall. Wir haben uns natürlich gefreut. Ich habe sicherlich auch manchmal das Echo gehört: Ihr habt junge Leute auf der Liste. Ich war ja damals auch noch jung, und Röder war ein kluger Politiker. Er hat schon für das Saarland sehr gut gekämpft, und das war der Hintergrund dieses Erfolgs. Es waren ein paar Leute drumherum, auch mit viel Erfahrung, für die ich auch immer dankbar war. Sie haben mir auch etwas an Erfahrung weitergegeben. Ich habe mich da gleich wohlgeföhlt.

Franz-Josef Röder stand bei den Saarländern in hohem Ansehen. Es wurden ihm hervorragende menschliche und politische Eigenschaften zugeschrieben. Wie haben Sie ihn als Menschen und Politiker erlebt?

Ich war ja die erste ziemlich junge Frau im Landtag. Es gab aber in der Fraktion vorher schon Frauen. Röder wollte mir ständig auf den Zahn fühlen, meine Ansichten erfahren, so habe ich das damals empfunden. Er hat mich manchmal zu Dingen gefragt, die gar nicht meinen politischen Bereich berührten. Ich habe ihn auch fair erlebt. Ich glaube, es war ein gutes Verhältnis. Manchmal war er auch besorgt um meine Kinder. Da konnte ich ihn beruhigen, und er hat schon dann darauf gesetzt, dass auch eine jüngere Frau in der Fraktion und in der

Partei wirkte. Ich glaube nicht, dass er sowas wie einen Feminismusdrang hatte. Darum ging es nicht. Da war ich und da waren auch ein paar andere Frauen, die seiner Meinung nach gute Arbeit machen konnten. Wir haben natürlich auch versucht, ihm nahezubringen, dass die Welt aus Männern und Frauen besteht. Nicht nur aus Männern, denn Frauen sind von der Politik genauso betroffen.

Wie haben Sie die Diskussion um den Wechsel an der Parteispitze von Röder zu Werner Scherer wahrgenommen? Wie ist Ihnen der Übergang in Erinnerung?

Es war eine schwierige Zeit. Die Diskussion um den Parteivorsitz spitzte sich stark zu. Ich war, wie übrigens auch andere Parteifreunde, hin- und hergerissen. Jede Politik hat auch mal irgendwann einen leichten Abwärtsgang und es schien so, dass auch die Bürger, die Wähler, anfingen, mehr auf Werner Scherer zu setzen als auf Röder: Na ja, jetzt war es mal lange genug, er hat es ja gut gemacht, aber es muss ja auch mal einen Wechsel geben. Das war so die Stimmung. Das war eine der schwersten Entscheidungen parteipolitisch, die ich in Erinnerung habe. Einerseits war allen klar, dass sie Röder sehr viel verdanken, auch an Fortschritt und ein vernünftiges Klima im Land zwischen den Menschen. Und dann zu sagen: Jetzt soll es jemand anderes machen, ist problematisch. Natürlich glaube ich, dass viele auch gesagt haben: Wenn jetzt nicht Werner Scherer, wann denn? Das war der Hintergrund. Das war nicht alles glücklich, aber es war eine Vernunftentscheidung. Denn auch das Image eines guten Politikers, das wird, wenn es den Leuten zu lang wird, irgendwie ein bisschen schlechter.

Im Jahr 1974 wurden Sie für drei Jahre Landesministerin für Soziales, Familie und Gesundheit. Sie waren sogar jüngster „Minister“ in der Bundesrepublik und setzten unter anderem merkliche Verbesserungen für junge Ehepaare und kinderreiche Familien durch, gingen auch das Problem der Jugendarbeitslosigkeit an. Könnten Sie die Zeit, in der Sie in der Regierung mitwirkten, skizzieren?

Das Amt war eines, das mir gelegen hat, weil das auch mit meiner ganzen Lebenssituation zu tun hatte. Die ganze Familienpolitik wird sehr stark von Bundesländern bestimmt, da kann man im Land was machen und das hat mir Spaß gemacht.

Über lange Jahre waren Sie Vizepräsidentin des Saarländischen Landtags. Gibt es aus dieser Zeit markante Punkte, die Sie für mitteilenswert halten?

Als Vizepräsidentin hat man einen Präsidenten, und mit Albrecht Herold hatte ich einen Präsidenten, mit dem ich gut klargekommen bin, mit dem ich, ohne dass es Verletzungen gegeben hat, auch manchmal kontrovers diskutieren konnte oder den ich auch mal hier und da überzeugen konnte. Auch insofern, als das Landtagspräsidium immer die Situation im Land insgesamt im Blick haben muss und nicht parteipolitisches Geringe und Gerangel, wie das natürlich auch immer mal gegeben ist.

Immer wieder haben Sie sich mit der Rolle der Frau im Leben und in der Politik beschäftigt. Es war in den 1970er-Jahren die Rede von der „Drei-K-Frau“ (Küche, Kinder und Kirche). Sie stellten, wenn ich recht informiert bin, dieses Bild nicht grundsätzlich infrage, aber forderten eine Beteiligung der Frauen am politischen Prozess. Würden Sie dabei heute den Begriff der Emanzipation verwenden?

Den darf man da verwenden. Ich bin so ein Übergangsmensch in Sachen Frauen gewesen. Kinder, Küche, Kirche, das Kabinett dazu – das Kabinett war noch nicht selbstverständlich. Ich habe aber immer in diese Richtung gearbeitet, gerade weil Kinder da sind. Ich habe gesagt: Frauen sind mehr als die Hälfte der Menschheit, und Frauen erziehen überwiegend die Kinder. Die Politik ist da ganz wesentlich beteiligt. Immer wurde von mir die Auffassung vertreten: Frauen sollen die genauso gute Ausbildung haben wie die jungen Männer. Sie sollen gleich gute Chancen haben, aber sie sollen auch, wenn sie Familie, wenn sie Kinder haben, die Möglichkeit haben, zeitweilig wenigstens dieses Familienleben so zu gestalten, dass die Arbeitsteilung Männer erwerbstätig, Frau für Familie und Haushalt zuständig genauso akzeptiert wird wie die Entscheidung, dass beide erwerbstätig sind. Und ich habe mich deswegen ja auch dafür eingesetzt – das geht auch ein Stück weit auf das Saarland zurück –, dass die Mütterrente, das Müttergeld später auf Bundesebene eingeführt worden ist. Ich war ja auch auf Bundesebene familienpolitische CDU-Frau, denn ich habe den CDU-Bundesausschuss Familie geführt. Da hat mich Norbert Blüm mal heftig bombardiert als Vorsitzende, weil ich eben nicht genug die nicht erwerbstätige Familienmutter in meinem Modell verteidigt hätte. Ich habe gesagt: Sie haben keinen Grund, mich zu kritisieren, ich habe das selbst gelebt lange Zeit. Und ich halte das für gut und für gleichwertig, denn die Freiheit

und die Entscheidung müssen sie dem Paar überlassen. Sie müssen aber dafür sorgen, dass beides nicht so kurz kommt. Einerseits die Frauen, die ihre Familie versorgen, anerkennen – und andererseits aber auch sorgen, dass Frauen, wenn sie dann im Beruf sind, auch die gleichen Chancen kriegen. Das war damals keineswegs so. Frauen wurden, wenn sie erwerbstätig waren, immer noch darauf verwiesen, dass sie in dieser Doppelrolle doch beruflich weniger leisten können. Das hat mich immer schon gestört. Und natürlich auch die mangelnde Frauenrepräsentanz in der Politik, im Bundestag, in den Landtagen, die war ja doch schlechter als jetzt. Das war ein Stück, glaube ich, meiner politischen Verantwortung, dass ich mich dafür einsetzte, dass die Hälfte der Menschen auch die Hälfte der Entscheidungen mit treffen kann. Ein Kollege hat mal gesagt: Du bist eine schreckliche Emanze, obwohl ich dich gut leiden kann. Heute stört mich aber manches an Überzogenheit.

Wie sehr war und ist Ihr christlicher Glaube, Ihre Zugehörigkeit zur katholischen Kirche ausschlaggebend für Ihr politisches Handeln, Ihre Tätigkeit in Gremien wie dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken? Wiederholt sprach die Presse davon, dass er für Sie einen Gestaltungsauftrag in der Welt bedeute. Ist das zutreffend?

Ja, Christsein heißt von der Taufe an immer auch, sich nicht zurückziehen in rein Christliches, Kirchliches, sondern stets den Blick zu haben auf die Mitmenschen. In der christlichen, in der katholischen Gemeinschaft habe ich mich immer wohl gefühlt, aber ich weiß auch, dass Katholiken nicht alleine für die Katholiken zuständig sind. Weltverantwortung, Weltgestalt mittragen, ist nicht nur für Politiker, sondern wo immer man hingestellt ist, Auftrag.

Wie beurteilen Sie die Entwicklung des christlichen Elements innerhalb der CDU?

Manche sagen, ja, das kommt zu kurz heute. Ich bin im Großen und Ganzen durchaus mit meiner Partei zufrieden. Aber es ist natürlich in dem Maß auch, wie sich generell die Gesellschaft säkularisiert, schon etwas spürbar bei der einen oder anderen politischen Entscheidung. Und dann sollen sich die, die engagiert sind, zu Wort melden. Ich kann nicht jammern, dass einer nicht mehr ganz so kirchennah ist, sondern ich muss ihm dann die Kirchennähe schmackhaft machen. Als CDU-Mitglied darf ich ja einen Brief schreiben oder einen Menschen ansprechen, der mir da vielleicht ein bisschen querliegt, um zu sagen: Hör mal, wie ist das? Aber ich muss mich zu Wort melden.

Ganz konkret gesprochen: Sie wenden sich aus Ihrer Vorstellung von der Würde der Frau und aus religiös-ethischen Gründen gegen die heute in Gestalt der Fristenlösung mögliche Abtreibung. Nun kommt sie in der Praxis, im Leben vieler Menschen dennoch vor. Wie gehen Sie damit um?

Ich finde, es ist ein Humanum und nicht nur etwas Christliches. Es steht in unserer Verfassung, dass Menschenleben geschützt wird. Wann ein Mensch ein Mensch ist, das entscheiden nicht die Politiker und auch nicht die Kirchen, das entscheidet die Wissenschaft. Und die Wissenschaft sagt: Ein Mensch ist nach der Keimzellenverschmelzung da, mit all seinen Anlagenfähigkeiten grundgelegt. Und die Politik, das hat ja das Verfassungsgericht auch anerkannt, muss diesen Beginn des Menschen dann ernst nehmen, wenn es in der Verfassung heißt: Jeder hat dann Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Als im Zuge der deutschen Wiedervereinigung die beiden Teile Deutschlands eine Lösung finden mussten, hat man den Kompromiss mit der Beratungspflicht gefunden: Es besteht Straffreiheit, wenn sich die Frau hat beraten lassen und dies dem Arzt bestätigt. Um diese Regelung wurde auch gekämpft, vonseiten der Kirchen und vonseiten aller politisch Engagierten. Diese Regelung wurde aber im vergangenen Jahr infrage gestellt, im Sinne der Selbstbestimmung der Frau. Aber bei der jetzt geltenden Regelung mit der Beratungspflicht ist ganz allein die Frau die Entscheidende über das Leben des Kindes. Die Beratung ist die einzige Schutzmaßnahme im Grunde für den ungeborenen Menschen. Und dann entscheidet eben die Frau, wenn sie diese Beratung vorgenommen hat, ob sie einen Abbruch macht oder nicht. Liberaler geht es fast nicht mehr. Aber wenn man jetzt diskutiert, dass auch die Beratungspflicht weg muss, dann glaube ich nicht, dass das Verfassungsgericht dem zustimmen könnte, nach all dem, was in der Vergangenheit auch diskutiert wurde und was Fakt ist. Ich hoffe, dass man bei der jetzigen Regelung bleibt. Die hat Frieden gestiftet. Sie erfordert allerdings auch engagierte Beratung.

Dass intakte Familien zum intakten Staat führen, war und ist – wie ich vermute – Ihre Überzeugung. Dieser in der konservativ gerichteten Politik seit Jahrzehnten wiederkehrende Gedanke zerschellt heutzutage nicht selten an der Lebenswirklichkeit. Wie kann man trotzdem ein intaktes Staatswesen erhalten?

Die Politik muss die Familien im Blick behalten und sich auch den Bedürfnissen der Zeit anpassen. Und das ist ja heute beispielsweise die Situation: beide

Elternteile in Erwerbstätigkeit – was ist mit den Kindern? Wir brauchen also eine deutliche Verbesserung der Betreuung der Kinder. Wir brauchen sodann frühkindlich und auch schulisch eine deutlich verbesserte Lage. Darauf muss man blicken. Man kann nicht den Frauen sagen: Ihr müsst erwerbstätig sein, sonst seid ihr keine vollwertigen Frauen – und gleichzeitig übersehen, dass es Familienarbeit und Kindererziehung gibt, die auch gemacht werden muss. Also muss die Politik dieses Feld sehr stark im Blick haben. In der schulischen Politik gefällt mir manches nicht: Es ist die Rede vom Personalmangel. Ich höre von vielen Lehrern, die sagen: Ich bin ja nicht Erzieher, sondern nur Bildner. Das ist falsch. Lehrer müssen auch bereit sein, Erzieher zu sein. Und dazu müssen sie auch befähigt werden. Das sind Felder, die die Politik sehen muss, und ich kann der CDU nur ans Herz legen, hier wirklich engagiert zu wirken.

Sie sind leidenschaftliche Saarländerin. Der ehemalige CVP-Generalsekretär Emil Lehnen sagte einmal: „Wer dieses Land kennt und wer seine Menschen kennt, der liebt es und wird es immer lieben.“ Geht es Ihnen ebenso?

Ich mag die Saarländer, ich bin gern Saarländerin, ich habe hier meine Wurzeln. Die Saarländer müssen aber aufpassen, dass sie nicht nur in der eigenen Suppe kochen. Frankreichnähe, aber auch die EU insgesamt, müssen mehr in den Blick rücken. Wir sind ja doch eine kleine Region in einer größeren, wichtigen Mittellage Europas. Die Welt darf nicht bei der Brücke in Luxemburg oder an der französischen Grenze enden. Ich möchte, dass die Saarländer offen sind. Sie kommen im Großen und Ganzen gut mit Ausländern, auch mit Bundesausländern, ob es nun Hamburger oder Bayern sind, zurecht.

Seit über 60 Jahren gehören Sie nun der CDU-Saar an. Sie traten damals einer jungen Partei bei. Nun steht ihr 70. Geburtstag bevor. Was wünschen Sie ihr für die Zukunft?

Dass sie klar ihren Gründungshintergrund vertritt: bürgerlich aus christlichem Denken heraus, wobei gerade das Christliche nicht ausschließt, sondern offen ist. Zudem soll sie alle Menschen im Blick haben. Nicht nur diejenigen, welche ganz dicht bei mir sind, sind wichtig. Und dass es der CDU gelingt, auch die jungen Leute zu überzeugen. Ich wünsche ihr viele Wähler für die Zukunft.

Die Fragen stellte Oliver Siebisch



PETER JACOBY

Werner Scherer – eine Legende der CDU Saar

1. Ein politisches Leben im Auf und Ab der Landespolitik¹

Ein Aufatmen, verbunden mit Hoffnung und neuer Motivation, ging durch die Reihen einer seit der dramatischen Wahlniederlage von vor Wochen, dem 10. März 1985, verunsicherten CDU Saar, als Werner Scherer nach Tagen des Nachdenkens und Abwägens, sicherlich auch der Diskussion im Familienkreis und abgestimmt mit engsten Freunden, kundtat, auf dem bevorstehenden Landesparteitag der CDU Saar am 1. Juni in der Saarlandhalle Saarbrücken zum zweiten Mal in seiner politischen Laufbahn als Landesvorsitzender der CDU Saar zu kandidieren.

Verantwortung zu übernehmen und sich in die Pflicht nehmen zu lassen – dieser Wesenszug durchzog im Grunde genommen das ganze politische Leben Werner Scherers: Vorsitzender von Jung Saarland, der Jugendorganisation der CVP, später dann, nach Vereinigung des christlichen Lagers von CDU und CVP, Vorsitzender der Jungen Union Saar, CDU-Kreisvorsitzender in Neunkirchen, CDU-Landesvorsitzender schon in den 70er Jahren, Leitungsfunktionen als Abgeordneter im Saarländischen Landtag, Kultusminister, Innenminister, um nur die wesentlichen Stationen zu benennen. Und immer wieder erwies sich Werner Scherer als Schlüsselfigur, in die man Hoffnung, Führungsverantwortung und Gestaltungskraft projizierte.

¹ Grundlage für meine Ausführungen ist insbesondere das von mir und Sybille Richter (verstorbene Tochter von Werner Scherer) im Jahr 1987 im Queißer-Verlag herausgegebene Buch „Werner Scherer“. Des Weiteren verarbeitet wurden mir vorliegende Presseausschnitte und Landtagsprotokolle von damals, einschließlich persönlicher Erinnerungen.



Wahlplakat (1970)

Diesen Prozess einzuleiten – das erwarteten viele innerhalb und außerhalb der Partei insbesondere von Werner Scherer, der im Rahmen seines schon bis dato erfolgten politischen Werdegangs auf eine beachtliche politische Leistungsbilanz, vor allem als langjähriger Kultusminister an der Saar, zurückblicken konnte.

Werner Scherer galt als Integrationspersönlichkeit, politisch erfahren und gleichzeitig ausgestattet mit dem notwendigen politischen Gespür für das, was an neuen Herausforderungen auf die Oppositionspartei CDU in den kommenden Jahren zukommen sollte. Wie kein anderer zu jener Zeit verkörperte er die CDU Saar mit ihrem Programm, ihren Argumenten, ihrer Gefühlswelt. Er stand schon zuvor und zu unterschiedlichen Zeiten seiner politischen Vita für die inhaltliche Substanz der CDU Saar, wobei ein deutlicher Akzent immer auf der christlich-sozialen Tradition und Ausrichtung der CDU Saar gelegen war. Scherers Verständnis in dieser Situation der notwendigen Neuformierung als Oppositionspartei Mitte der 80er Jahre war von Anfang an, der Parteiarbeit müsse künftig weit über die Tagespolitik hinaus, auch weit über die Parlamentsarbeit hinaus, eine neue Bedeutung und ein ganz anderer Stellenwert eingeräumt

Der erste Landesparteitag nach der verlorenen 85er-Landtagswahl stand ganz im Zeichen der Tatsache, dass infolge des Landtagswahlergebnisses die CDU Saar erstmalig in ihrer Geschichte Oppositionspartei im saarländischen Landtag geworden ist. Vorausgegangen war, dass noch am Wahlabend Ministerpräsident Werner Zeyer seinen Rücktritt als CDU-Landesvorsitzender erklärte.

Auf dem nunmehr folgenden Parteitag galt es, sich kritisch auseinanderzusetzen mit den Entwicklungen und Ergebnissen der Vergangenheit. Es galt, erste inhaltliche und personelle Konsequenzen zu ziehen im Blick auf die Zukunft.



*Mit Kurt Biedenkopf und Franz-Josef Röder
(1973)*

werden. Inhaltliche Erneuerung, Rückbesinnung auf die Wurzeln, die Notwendigkeit der Reaktivierung eines christdemokratischen Kompasses – das waren seine Leitideen in der damaligen Umbruchssituation.

Gefragt für die Spitzenposition der CDU Saar war zudem jemand mit Standing, Reputation und Profil, der es von Anfang an insbesondere auch aufnehmen konnte mit dem neu gewählten Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine und der von ihm geführten neuen Landesregierung.

Über diese Augenhöhe verfügte Werner Scherer ebenso. Er galt eben schon seit geraumer Zeit als eine der Schlüsselfiguren der saarländischen Politik und als herausragende Persönlichkeit der CDU Saar. Ihn umgab schon in relativ jungen Jahren eine gewisse Aura, hatte er doch schon wesentlichen Anteil daran, dass das christliche Lager an der Saar, CVP und CDU, in den 50er Jahren zusammenfand. Es gelang eine beachtliche Integrationsleistung und die Bündelung der Kräfte – Ausgangspunkt und Grundlage einer weiterhin kraftvollen Entwicklung der CDU Saar, in der Werner Scherer jederzeit eine besondere Rolle spielte: zwölf Jahre Kultusminister mit Tatkraft und Profil, berufen 1965 und erst 37 Jahre alt, damals zweitjüngster Kultusminister der Bundesrepublik Deutschland, später dann Dienstältester, 1973 schon einmal Landesvorsitzender der CDU Saar sowie in der Folge sozusagen präsumtiver Nachfolger des CDU-Ministerpräsidenten Franz-Josef Röder, der dieses Amt 20 Jahre lang wahrgenommen hatte. Werner Scherer hatte sich der Politik mit Haut und Haaren verschrieben.

Damals waren es politisch-persönliche Auseinandersetzungen und Zerwürfnisse mit Röder, damit einhergehend ein kräftezehrender Verschleiß und schließlich gesundheitliche Gründe, die Scherer daran hinderten, seinen Weg in der Schlussphase der Regierungszeit Röders konsequent weiterzugehen. Eine geordnete Übergabe von Röder auf ihn selbst war ihm nicht vergönnt. Er trat vorzeitig zurück, behielt nur noch ein einfaches Landtagsmandat, erlebte nach

dieser Zeit der Rückschläge und der Enttäuschungen eine Phase der Rekonvalleszenz und setzte dann in den frühen 80er Jahren in der Regierungszeit des Ministerpräsidenten Zeyer seine politische Vita als CDU-Fraktionsvorsitzender und als Innenminister des Saarlandes fort; auch hier Ausdruck von und Beispiel für Verantwortungsbereitschaft in einer politisch gerade auch für die CDU Saar als Regierungspartei zugespitzten Zeit.

All das zusammen genommen prägte das Bild von Werner Scherer als jemand, der verlässlich und integer war, sich für Kontinuität, aber auch Erneuerung aussprach, vor allem als jemand, der schon in der Vergangenheit bewiesen hatte, mit politischer Verantwortung umgehen zu können, gleichzeitig sensibel blieb im Blick auf gesellschaftliche Veränderungen und Fragen der Zukunft, der gleichzeitig als brillanter und intellektuell aufgeschlossener Debattenredner galt, als politischer Allrounder, als Mann von Format und Profil, als jemand mit Bodenhaftung und Arbeitnehmerbezug, verwurzelt in seiner Heimatstadt Neunkirchen, gleichzeitig aber auch als Mann mit Weitblick, als Strategie mit dem Gespür für gesellschaftliche Veränderungen, die es nunmehr neu aufzunehmen galt und mit denen sich auseinanderzusetzen für die CDU Saar schlichtweg eine Notwendigkeit war – vor allem jetzt im Jahre 1985, wo man als Oppositionspartei nach langen Jahren in der Regierung sich vor die Aufgabe gestellt sah, eine umfassende Regeneration der eigenen Politik und der eigenen Partei einzuleiten und zu erreichen.

2. Bildungspolitische Wegweisungen

Unter der Ägide von Werner Scherer als zuständigem Minister von 1965 bis zu seinem Rücktritt 1977 geriet die Bildungspolitik im Saarland ins Zentrum der Landespolitik; erwähnenswert vor allem der sogenannte „Scherer-Plan“, ein Struktur- und Entwicklungsprogramm vom Ende der 1960er Jahre, das die Vorhaben Scherers für das kommende Jahrzehnt umfassend benannte und zum bestimmenden Bezugspunkt saarländischer Bildungspolitik wurde.

Neben einer Neugliederung der Volksschule in Grund- und Hauptschulen und deren Neuordnung, was Einzugsgebiete und innere Struktur anbelangt, der Überwindung der Konfessionsschule und der Einführung christlicher Gemeinschaftsschulen, dem Ausbau der gymnasialen Angebote und des



Besuch in einem sozialpflegerischen Bildungszentrum

Angebote an Realschulen, Reformen im Gymnasialbereich und dem Ausbau der Hochschulen waren es insbesondere Scherers Initiativen im Blick auf eine Stärkung der beruflichen Bildung durch die Gründung einer ganzen Anzahl neuer, moderner und attraktiver Berufsbildungszentren im Saarland, die zu seinem Markenzeichen werden sollten.

Seine Vorstellungen und Projekte galten zum einen der Überwindung eines vielfach beklagten Stadt-Land-Bildungsgefälles; zum anderen sollte die Qualität eines Bildungssystems nicht mehr in erster Linie an der Zahl der Abiturienten eines Jahrgangs bemessen werden. Vielmehr war es Scherers Überzeugung, unterschiedlichen Begabungen junger Menschen im Rahmen eines differenzierten Schulangebotes bei gleichzeitiger Stärkung seiner Durchlässigkeit ein adäquates Angebot gegenüberzustellen. Konkret bedeutete dies, dass nicht mehr Herkunft, soziale Schicht, ländliches oder städtisches Umfeld über die Lebenschancen der jungen Generation entscheiden sollten – genau das entsprach den politischen Grundüberzeugungen Scherers, denen er prag-

matisch und undogmatisch, reformorientiert und realitätsbezogen über seine ganze Amtszeit als saarländischer Bildungspolitiker folgte.

Die Gründung von Sonderschulen, die flächendeckende Einführung von Kindergärten und damit einhergehend die Stärkung der pädagogischen Rolle von Vorschulen, die Ausbildung des dafür notwendigen Betreuungspersonals, schließlich die Ausweitung der Schulmitbestimmung als Zusammenwirken von Lehrern, Schülern und Erziehungsberechtigten, nicht zuletzt auch vielfache Schulversuche mit dem Ziel, traditionelle Grenzen zu überschreiten, kommen in Werner Scherers Amtszeit mit ihren wesentlichen Weichenstellungen noch hinzu.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Scherers Bildungspolitik und seine in diesem Politikbereich zum Ausdruck kommende Grundüberzeugung sozusagen die Basis bildete für seinen weiteren politischen Werdegang und Aufstieg innerhalb der CDU Saar und der Saar-Politik generell.

Nicht zuletzt auch die Tatsache, dass seine Bildungspolitik nicht nur beim politischen Gegner, sondern auch bundesweit als zukunftsweisend Anerkennung fand, war grundlegend für Wertschätzung und Standing, die Werner Scherer zeitlebens zuteilwurden.

3. Grundpositionen, Wurzeln und Perspektiven

Das politische Engagement und Profil Werner Scherers war immer geprägt von wesentlichen Kennzeichnungen, die essenziell sind, um seine Persönlichkeit und sein Wirken als politischer Generalist zu verstehen. Erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist insbesondere sein beruflicher Hintergrund als Wirtschaftsjournalist mit starkem Bezug zur Montanindustrie des Saarlandes und ihrer Arbeitnehmerschaft; einer Montanindustrie, die gerade auch schon zur damaligen Zeit einem permanenten Strukturwandel ausgesetzt war – dies mit der Folge, dass der Landtagsabgeordnete Werner Scherer sowohl vor als auch nach seiner Zeit als Kultusminister tätig war im Wirtschaftsausschuss des saarländischen Landtags, in der sogenannten Stahlfraktion, nicht zuletzt auch im Haushaltsausschuss, wo es schwerpunktmaßig um die finanzielle Begleitung des montanindustriell bezogenen Strukturwandels durch Bund und Land gegangen ist. Immer wieder brachte Scherer zum Ausdruck, wie er dachte und empfand: Hinter ökonomischen Zwängen und Unternehmensbilanzen stün-

den Menschen, Schicksale und Familien. Das zu betonen, war ihm zu jeder Zeit wichtig. Jeder Arbeitsplatz, der verloren gehe und an anderer Stelle nicht neu entstünde, bedeute eine Chance weniger, dass Jugendliche in der heimischen Region Beschäftigung und Erfüllung fänden. Solche ganzheitlichen Zusammenhänge vor Augen, Politik zu begreifen in ihren sozialen Bezügen, darin drückt sich Werner Scherers Vorstellung einer humanen Gesellschaft aus; einer Gesellschaft, für die die Gleichwertigkeit von Arbeit und Kapital, die Notwendigkeit von Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, Mitarbeiterbeteiligung, überhaupt eine Humanisierung der Arbeitswelt, berechtigte Anliegen sind.

Und Scherers Überlegungen bzw. Formulierungen gehen noch darüber hinaus: Politik dürfe nicht nur auf Mark und Pfennig ausgerichtet sein, sondern müsse die moralische Dimension aufgreifen und auch neue Empfindsamkeiten und Empfindungen ernst nehmen.

Es komme nicht darauf an, flinke und ausgewogene Antworten auf eine Vielzahl von Fragen zu finden, sondern einen Horizont aufzureißen, in dem



Mit weiteren Kabinettsmitgliedern beim Besuch des Zerstörers Lütjens

sich die Bedürfnisse unserer Zeit und die Erwartungen ihrer Menschen wider-spiegeln. Nur eine Denkweise, die über das in der Alltagspolitik orientierte Nützlichkeitsdenken hinausgehe, sei in der Lage, echte Perspektiven zu eröffnen. So sah Werner Scherer die Aufgabe der Politik und des Politischen schon Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre, also nach zwei Jahrzehnten bundesweiter Regierungsverantwortung der CDU über die ganze Nach- kriegszeit hinweg mit ihrer zwangsläufig notwendigen Konzentration auf die tagespolitischen und jeweils aktuellen Herausforderungen.

Sich jetzt nochmals ihrer geistigen Grundlagen zu vergewissern und Anschluss zu finden an die programmatischen Anforderungen jener „Nach-68er-Zeit“ – das war Werner Scherer, wie er dachte, argumentierte und fühlte. Das war Werner Scherer in seiner Bedeutung als politische Führungspersönlichkeit der CDU Saar und aus der Sicht vieler auch außerhalb der CDU, als Hoffnungsträger – schon damals und in der Folge eben auch.

Schon hier deuten sich Grundzüge seines politischen Denkens, Mosaiksteine seiner politischen Persönlichkeit an, im Grunde genommen sein ausgeprägter gesellschaftspolitischer Impuls, der bei Werner Scherer die eigentliche themen- übergreifende Orientierung seines gesamten politischen Wirkens gewesen ist.

Fragen der sozialen Gerechtigkeit, die Lebenswirklichkeit und Auf- stiegsträume der Arbeitnehmerschaft, die Wirtschaftsordnung einer sozialen (!) Marktwirtschaft, genauso aber auch neben der sozialen Komponente die ökologische Dimension unseres Wirtschaftens – das waren Grundsatzorientie- rungen Werner Scherers in einer Zeit, in der es alles andere als selbstverständ- lich war, einem solchen wertegeleiteten Politikansatz zu folgen. Gerade auch die Sehnsüchte und Hoffnungen der Menschen müssten zentraler Maßstab von Politik sein, und der, der diese Sehnsüchte und Hoffnungen ignoriere, müsse als Politiker auf Dauer unweigerlich scheitern. Neben der Rationalität



Bei der Haushaltsdebatte im Landtag (1975)

von Sachargumenten komme es also genauso darauf an, die Menschen auch emotional zu begreifen und zu erreichen, besonders in Zeiten des Umbruchs, der Veränderung und des Wandels.



Minister Scherer spricht (1977)

Aus der Fülle belegbarer Quellen, aus denen sich diese politischen Grundpositionen und Orientierungen ergeben, mögen an dieser Stelle zwei Grundsatzreden aus dem Jahr 1985 Erwähnung finden – Grundsatzreden, die beide zusammen betrachtet Persönlichkeit, politisches Credo und Format von Werner Scherer belegen und die jede für sich genommen so etwas darstellen wie das politische Vermächtnis von Werner Scherer; zum einen seine Antwort auf die erste Regierungserklärung von Oskar Lafontaine als neu gewähltem Ministerpräsidenten des Saarlandes im Juni 1985 im Plenum des Saarländischen Landtags, zum anderen seine Grundsatzrede vor dem CDU-Landesausschuss im Oktober desselben Jahres, kurz vor seinem Tod, zum Thema „30 Jahre CDU Saar“ unter besonderer Berücksichtigung der Vereinigung der beiden christlichen Parteien CVP und CDU.



Scherer blickt bei einer Informationsreise der CDU-Fraktion über Neunkirchen

In seiner Antwort auf die erste Regierungserklärung von Oskar Lafontaine positionierte Werner Scherer die CDU Saar von Anfang ihrer Oppositionszeit an als programmatisch ausgerichtet und damit ausgestattet mit einem Kompass, der allzu lange im Zuge anhaltender Regierungstätigkeit der CDU im Saarland in Vergessenheit geraten war und der auch in den Folgejahren im Zuge der programmatischen Weiterentwicklung der CDU, auch über den Tod Werner Scherers hinaus, von erheblicher Bedeutung war.

Wenn Werner Scherer sich auch an dieser Stelle ausdrücklich bezog auf programmatische Erklärungen der CDU Deutschlands aus den 70er Jahren, den Anfangsjahren der Ära Helmut Kohl, so entwickelte er diese Gedanken fort und interpretierte sie zeitgemäß. Zum einen führte er aus, eine rein quantitative Erhöhung des Sozialprodukts dürfe nicht alleiniges Ziel politischer Bemühungen sein. Zumindest ebenso wichtig sei ein an den Bedürfnissen des Marktes orientiertes qualitatives Wachstum. Dazu gehöre auch, dass unsere Umwelt nicht zerstört werde und dass über die Vermehrung von Gütern und Dienstleistungen hinaus gerade auch die Steigerung des sozialen

Wohlbefindens des Menschen durch eine Verbesserung des Umweltschutzes anzustreben sei. Wer in der Gegenwart die natürlichen Grundlagen des Lebens verantwortungslos ausbeute und ökologische Zusammenhänge störe, verletze die Solidarität zwischen den Generationen.

Dass Werner Scherer als CDU-Politiker programmatisch seiner Zeit voraus gewesen ist, lässt sich schließlich belegen mit seinem Plädoyer dafür, neben der sozialen Komponente nunmehr auch eine ökologische Komponente in die Wirtschaftsordnung der Marktwirtschaft einzuführen – ein Anliegen, das erst Jahre später zum politischen Allgemeingut von CDU-Politik werden sollte.

Sich im Übrigen immer wieder der Wurzeln christlich motivierter Politik und der Bedeutung der christlichen Soziallehre bewusst zu sein, sich gleichzeitig auf dieser Grundlage neuen Herausforderungen zu stellen – diese Grundeinstellung durchzieht das ganze politische Leben Werner Scherers.

4. Persönliche Erinnerungen an Werner Scherer – Persönlichkeit, Stil und Format

Persönlich erinnere ich mich auch 40 Jahre nach seinem Tod, unter damals großer Anteilnahme der saarländischen Bevölkerung, an die beeindruckende Trauerfeier und Beerdigung in Neunkirchen in Anwesenheit von Bundeskanzler Helmut Kohl und der Ministerpräsidenten Bernhard Vogel und Oskar Lafontaine, recht gut an Werner Scherer als Führungsfigur der CDU Saar, an seine Persönlichkeit, seinen Führungsstil, seine Art des Umgangs miteinander.

Jeder, der mit ihm zu tun hatte, konnte es miterleben und hatte zu Recht den Eindruck: Werner Scherer war jemand, der zeitlebens seine politischen Positionen, die er vielfach innehatte, nicht nur formell wahrnahm, sondern jeweils mit seiner ganzen Person lebte.

Werner Scherer – immer souverän, freundlich und kontrolliert.

Werner Scherer – nie impulsiv und hektisch,
vielmehr standhaft und überlegt.

Werner Scherer – immer gut vorbereitet und treffsicher in seiner Argumentation.

Werner Scherer – feinfühlig, dünnhäutig, leicht verletzlich; hartgesotten oder robust war er nicht.

Werner Scherer – sensibel gegenüber den politischen Herausforderungen seiner Zeit, fest verankert auf der Basis klarer Werte, öffentlichkeitsorientiert, aber kein Mann der schnellen Schlagzeilen; im Übrigen jemand, dem Loyalität viel bedeutete. Aus politischem Kalkül heraus nach dem Motto „Leg Dich quer, dann bist Du wer“ politische Positionen je nach Stimmung zu beziehen – das war seine Sache nie. Dazu war er zu seriös, zu glaubwürdig, zu sachbezogen, was alles andere als ein Fehler war.

Werner Scherer – klar in seinen politischen Positionen, klar in der Debatte, aber nie polarisierend im Inneren oder herabwürdigend, gar verletzend dem politischen Kontrahenten gegenüber; nicht boshart, zynisch oder intrigant.

Werner Scherer – über Jahre hinweg präsent im ganzen Saarland; auf politischen Veranstaltungen, als Redner oder Schirmherr bei Vereinsterminen, sei es in den Bereichen der Kultur, des Sports oder der Hilfsorganisationen. Sein Radius reichte weit.

Gleichzeitig erinnere ich mich an Werner Scherer als an jemanden, der 1985 durchaus der Meinung war, dass Parteiarbeit einen, wie man heute sagt, Relaunch brauchte, um attraktiv zu bleiben oder zu werden. Ihn trieb durchaus die Frage um, den vielen Tausenden von Mitgliedern, die damals neu zur CDU gestoßen sind, etwas zu bieten:

- Teilnahmemöglichkeiten an Sachdebatten innerhalb der Partei im Vorfeld politischer Entscheidungen in Regierung und Parlament
- interessante politische Köpfe als Vortrags- und Gesprächspartner
- neue Formate an politischen Veranstaltungen. Legendär in diesem Zusammenhang die nach ihm benannten Scherer-Foren in der Modernen Galerie in Saarbrücken mit Gästen wie Kurt Biedenkopf, Bernhard Vogel, Richard von Weizsäcker, dem Soziologen Helmut Schelsky, um nur einige zu nennen.

Ich erinnere mich an Werner Scherer als den ehemaligen Journalisten, der seinerseits hochgeschätzt war als informationsfreudiger Gesprächspartner, der in der Lage war, mit wenigen Stichworten (zuweilen aufgeschrieben auf dem



Vortragsveranstaltung des CDU-Landesvorstands in der Modernen Galerie (1974)

Deckel seiner Zigarettenpackung) Details und große Linien gleichermaßen und streckenweise brillant zu verdeutlichen.

Werner Scherer – kraftvoller Redner im Parlament, auf Parteitagen, bei der Jungen Union oder anderen Gelegenheiten. Seine Reden waren gehaltvoll, teilweise mitreißend, boten Orientierung und Halt.

Unvergessen das ein oder andere, gerade auch persönlich-politische Gespräch abseits von Gremien oder Tagesordnungen. Er konnte zuhören, war interessiert an vielem, immer offen für neue Fragestellungen und neue Antworten. Ungeduldig wurde er nur, wenn er konfrontiert wurde mit Kleingestigkeit, Intrigen, Funktionärsgehabe oder Ansprüchen ohne Berechtigung.

Vor diesem Gesamthintergrund ist es verständlich und nachvollziehbar, dass Werner Scherer mit seinem Stil, seiner Autorität und seinen Inhalten prägende Kraft ausübte – gerade auch denen gegenüber, die er förderte und die ihm nachfolgten.

In den wenigen Monaten seiner Amtszeit als Landesvorsitzender der Oppositionspartei CDU wurde unter seiner Führung und unterstützt durch

neue, unverbrauchte Kräfte im neu gewählten Landesvorstand der CDU Saar, die Werner Scherer gezielt ansprach und für eine Mitarbeit gewann – sein Plädoyer galt der notwendigen Nutzung bisher unge nutzten Potentials – das grundgelegt, was für die Legislaturperiode 1985 bis 1990 kennzeichnend werden sollte, nämlich der Beginn einer inhaltlichen Erneuerung der CDU Saar; das in Verbindung mit einer Reorganisation und personellen Erneuerung der Partei sowie dem Bemühen um eine zeitgemäße Kampagnenfähigkeit.

Muss auch das politische Werk Werner Scherers in gewisser Weise als unvollendet bezeichnet werden – er starb am 27. Oktober 1985, also vor 40

Jahren, an erneutem Herzversagen –, so bleibt er vielen dennoch in Erinnerung als sozusagen lebende Legende und eine Persönlichkeit von Rang.



Im Kultusministerium (1977)



STEPHAN TOSCANI

Peter Müller – vom „jungen Wilden“ zum erfolgreichen Ministerpräsidenten

Als Peter Müller am 5. September 1999 nach 14 Jahren SPD-Herrschaft für die CDU-Saar wieder die absolute Mehrheit eroberte, war das der vorläufige Höhepunkt eines in vielerlei Hinsicht bemerkenswerten Werdegangs.¹

Peter Aloysius Müller wurde am 25. September 1955 in Illingen geboren. Er wuchs auf in Bubach-Calmesweiler, heute Ortsteil der Gemeinde Eppelborn. Eppelborn ist bis heute sein Wohnort geblieben, was von einem hohen Maß an Bodenständigkeit und Heimatverbundenheit zeugt. Bis heute sehen ihn die Eppelborner als „einen von uns“. Das hört man immer wieder, wenn man sich mit den Menschen des Ortes unterhält.

Seine Karriere in der CDU war dabei keineswegs vorgezeichnet. Sein Elternhaus war zwar streng katholisch, dennoch war sein Vater, ein Steuerberater, SPD-Mitglied, was damals eher ungewöhnlich war.

¹ Die Informationen in diesem Aufsatz entspringen weitgehend meiner Erinnerung oder den Auskünften von Zeitgenossen. Sie sind nicht in Anmerkungen belegt. Lediglich vereinzelt, bei wörtlichen Zitaten oder wo einschlägige Literatur vorhanden ist, wird dies in Fußnoten angemerkt.

Das katholische Bürgertum tendierte in seiner großen Mehrheit eher zur Christdemokratie. Als wollte er seine Familie zu dieser „Normalität“ zurückführen, trat Peter Müller mit 16 Jahren der Jungen Union bei.

Nach seinem Abitur am Realgymnasium Lebach im Jahre 1974 leistete er seinen Wehrdienst ab und studierte im Anschluss bis zu seinem ersten Staatsexamen in Saarbrücken und Bonn Rechts- und Politikwissenschaften. Neben seinem Referendariat arbeitete er als wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht II der Universität des Saarlandes, um im Anschluss eine Richterlaufbahn aufzunehmen.

Der junge Wilde

Peter Müller war ein junger Wilder, lange bevor er dieses Etikett in den Neunzigern mit anderen aufstrebenden CDU-Politikern teilte. Anfang der achtziger Jahre wurde er in den Landesvorstand der CDU gewählt. Er machte sich schnell einen Namen als jemand, der gerne gegen den Stachel der Partei löckte. So fasste die JU-Saar den Beschluss, sich im Jahre 1980 am Wahlkampf für den Kanzlerkandidaten der Union, Franz-Josef Strauß, nicht zu beteiligen. Hauptprotagonist dieses Beschlusses war kein anderer als Peter Müller. Wenig verwunderlich, dass die Aufregung bei den CDU-Granden im Saarland groß war. Ein weiser Mann aus der älteren CDU-Generation hielt dagegen: „Man soll einen jungen Hund nicht totschlagen. Man weiß nie, was noch aus ihm wird.“

Als Vorsitzender der Jungen Union Saar von 1985 bis 1987 entwickelte er in der Tradition seines Vorgängers Peter Jacoby den Jugendverband konsequent zum Modernisierungstreiber der Union weiter. Dabei war die Situation für fortschrittliche Christdemokraten alles andere als einfach.

Zum einen galt es, der Nachfolgegeneration der 68er, der linken alternativen Bewegung, aus denen schließlich die Grünen hervorgingen, die Stirn zu bieten. Diese bestimmten weitgehend die Debattenthemen der Republik, als da waren die Umweltpolitik, die Atomkraft, die nukleare Hochrüstung, die Entwicklungspolitik und die Abwehr eines übergriffigen, im Zuge der

Bekämpfung des RAF-Terrorismus scheinbar die Grundrechte der Menschen bedrohenden Staates. Für die meisten Linksalternativen war klar: Die Bundesrepublik Deutschland ist, wenn nicht ein faschistischer, so doch mindestens ein faschistoider Staat. Für sie war die Junge Union das Sammelbecken für junge, angepasste oder gar reaktionäre Karrieristen ohne jegliche politische Legitimität.

Zum andern galt es aber auch, einem Teil der Konservativen in der Union zu trotzen. Sie standen allen jungen Linken, deren Anhänger längst nicht alles Radikale waren, ausschließlich ablehnend gegenüber. Das galt auch für deren Themen, deren Berechtigung nicht unbedingt von der Hand zu weisen war. Das kritische Hinterfragen bestehender Normen und Leitbilder, Diskussionen über die Umwelt- oder die Dritte-Welt-Politik, Kritik an überzogenen Polizeieinsätzen, die Infragestellung gesellschaftlicher Autoritäten und manches mehr, all das war für nicht wenige Amts- und Funktionsträger der Union kommunistisches Teufelszeug, das es möglichst im Keim zu ersticken galt.

Peter Müller ließ sich davon keineswegs beeindrucken. Zwischen beiden Polen richtete Müller die Junge Union Saar konsequent aus als kritisch-reflektierende und modernisierende Kraft innerhalb der Union. Peter Müller brachte Themen auf die Agenda wie eine moderne Industriegesellschaft mit menschlichem Antlitz, verantwortungsbewusste Umweltpolitik im Gefüge der Sozialen Marktwirtschaft oder neue Wege in der Entwicklungspolitik gegen den Teufelskreis der Armut. Schon unter Peter Jacoby, dann unter Peter Müller diskutierte die JU mit Kirchen und Dritte-Welt-Aktivisten, nahm an Hungermärschen teil und veranstaltete Landestage mit offenen Diskussionsgruppen aus dem vorpolitischen Raum.

Gleichzeitig vertrat Müller eine JU, die keinen Zweifel ließ: Die Bundesrepublik ist eine wahre Demokratie, eingebettet in die Bündnissysteme der freien Welt des Westens. Damit stand sie im klaren Kontrast zur DDR und zur gesamten kommunistischen Welt, deren Charakter als totalitäre Gewaltherrschaften man nicht müde wurde zu betonen. Damit war die JU die demokratische Alternative zu den Linksalternativen, die sich in Äquidistanz zwischen Ost und West sahen.

1987 beendete Peter Müller sein Engagement in der JU und in der CDU, um sich ganz und gar der Juristerei zuzuwenden. Nicht wenige waren überrascht und auch enttäuscht.

Die Rückkehr in die Politik und der Weg an die Spitze der CDU-Saar

Bei der Landtagswahl 1985 erreichte der Spitzenkandidat der SPD, Oskar Lafontaine, mit 49,2 Prozent sensationell die absolute Mehrheit. Die CDU unter dem amtierenden Ministerpräsidenten Werner Zeyer erlitt mit nur 37,3 Prozent eine historische Niederlage. Die Partei, die seit dem Beitritt zur Bundesrepublik im Jahre 1957 stets den Ministerpräsidenten stellte, war nun in die Opposition verbannt. Der einstige Landesvorsitzende Werner Scherer, der 1977 aus gesundheitlichen Gründen den Vorsitz abgegeben hatte, ließ sich nun nach dem Rücktritt Zeyers trotz seiner nach wie vor fragilen Gesundheit in die Pflicht nehmen und übernahm erneut den Landesvorsitz, erlag allerdings kurze Zeit später seiner Herzschwäche. Sein plötzlicher, unerwarteter Tod führte zu einem abrupten Generationswechsel: 1986 wurde der damals 35-jährige Peter Jacoby zum Landesvorsitzenden gewählt. Jacoby stand in der CDU für einen konsequenten Modernisierungskurs.

Um dem populären Ministerpräsidenten Lafontaine ein politisches Schwer- gewicht vonseiten der CDU entgegenzusetzen, setzte sich Jacoby allerdings schon bald dafür ein, Bundesumweltminister Klaus Töpfer als Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten zu gewinnen. Töpfer war in den 70er Jahren Planungschef in der saarländischen Staatskanzlei unter Franz Josef Röder, bevor er 1978 einem Ruf der Universität Hannover folgte. Für Töpfer, der sich von der Saar-CDU in die Pflicht nehmen ließ, war ebenso wie für Peter Jacoby klar, dass man auf den politisch talentierten Einserjuristen Peter Müller in der CDU-Führungsmannschaft nicht verzichten konnte. Beide machten ihm die Landtagskandidatur 1990 schmackhaft, indem sie ihm das Amt des parlamentarischen Geschäftsführers anboten. Müller schlug ein, seine Rückkehr in die Politik war damit besiegelt.

Die Landtagswahl 1990 bescherte der CDU mit 33,4 Prozent eine noch schlimmere Niederlage als 1985, die SPD baute ihre Mehrheit auf 54,4 Prozent

aus. Oskar Lafontaine hatte sich für die Bundestagswahl im gleichen Jahr als Kanzlerkandidat beworben und funktionierte die Landtagswahl zum saarländischen Plebisit für diese Kandidatur um – eine, wie sich zeigte, überaus erfolgreiche Strategie. Dies umso mehr, als er gleichzeitig Klaus Töpfer in die Ecke des auswärtigen Nicht-Saarländers zu rücken verstand. Damit traf er einen sensiblen Nerv der Saarländer, die sich historisch immer wieder als von außen beherrscht und damit fremdbestimmt sahen.

Mit Peter Müller und weiteren neuen Kräften in der Fraktion hatte die CDU ihren Generationswechsel konsequent fortgesetzt. Vor allem Peter Müller stach mit seiner Scharfzüngigkeit und seiner rhetorischen Brillanz schon bald hervor, und zwar so, dass er der Überfigur Lafontaine jederzeit das Wasser reichen konnte. Seine Attacken auf Lafontaine schenkten der CDU nicht nur neues Selbstvertrauen, zeigten sie doch dessen Verletzbarkeit auf. Sie ärgerten überdies den amtierenden Ministerpräsidenten in einem Maße, dass dieser gegenüber Peter Müller jede Souveränität verlor. Wenn Müller ans Rednerpult trat, verließ Lafontaine auffallend oft den Raum.

Aber nicht nur dem politischen Gegner bereitete er Kopfschmerzen. Sein Eigensinn und seine Streitbarkeit trafen auch die eigene Partei. Vor allem Helmut Kohl, seit der deutschen Einheit, seit dem gescheiterten Geißler-Putsch und auch seit dem Tod von Franz-Josef Strauß in der Union gänzlich unumstritten - ihm gegenüber glänzte Peter Müller mit geradezu demonstrativer Respektlosigkeit. Im Wahlkampf 1990 hatte Kohl noch versprochen, dass es wegen der deutschen Einheit nicht zu Steuererhöhungen kommen würde. Als dann in den Monaten nach der Wahl die Kosten der Einheit in ersten Konturen transparent wurden, sah die christlich-liberale Koalition in Bonn nun doch keinen anderen Weg als den massiven Steuererhöhungen² (so u.a. die Einführung des Solidaritätszuschlags in Höhe von 7,5 Prozent der Einkommenssteuer).

² Spiegel 10/1991 vom 3.3.1991 <https://www.spiegel.de/politik/ein-schwerer-fehler-a-8e5f5f25-0002-0001-0000-000013487357>

Für Peter Müller war das Anlass genug, öffentlich den Rücktritt von Helmut Kohl zu fordern, womit er – wenig erstaunlich – mit dem Landesvorsitzenden Klaus Töpfer kollidierte, der als Bundesumweltminister in die Bonner Kabinettsdisziplin eingebunden war.

Was folgte, war eine tiefe Auseinandersetzung in der Saar-CDU, die bis in die Mitte des Jahrzehnts reichen sollte und Peter Müller zunächst im Jahre 1994 an die Spitze der Landtagsfraktion und dann 1995 an die Spitze der Landespartei führte. Nach der abermaligen klaren Niederlage Töpfers gegen Lafontaine 1994 trotz eines um 5,2 Prozentpunkte verbesserten Wahlergebnisses sah die Mehrheit der Partei in Peter Müller mit seiner saarländischen Bodenständigkeit einen chancenreichereren Spitzenkandidaten als in Klaus Töpfer.

Als Teamplayer an der Parteispitze auf dem Weg zur Macht

Man tritt Peter Müller gewiss nicht zu nahe, wenn man ihn nur dann als Teamplayer bezeichnet, wenn er an der Spitze des Teams steht. Das teilt er wohl mit allen Alphatieren, die sich im politischen Betrieb immer wieder auf die Chefposten drängen. Einmal in der Parteiführung angekommen, verstand er es jedoch, die gespaltene Partei wieder zu einen und zur schlagkräftigen Truppe zusammenzuführen. Vor allem in der Führungsmannschaft fanden mit Peter Jacoby, Karl Rauber, Peter Hans, Klaus Meiser und Jürgen Schreier Player zusammen, die sich seit vielen Jahren in all ihren Schwächen und Stärken kannten, die gemeinsame Erfahrungen gemacht hatten und so eine Art lernendes System formten, die sich in der Zeit der Auseinandersetzung tiefe Wunden geschlagen und schmerzhafte Verletzungen zugefügt hatten, die nun aber im Angesicht der gemeinsamen politischen Herausforderung ihr Ego zurückstellten und ein hochprofessionelles Politteam bildeten. Das Ziel war der Machtwechsel im Jahr 1999.

Dieses Ziel war umso mehr hochambitioniert, als die SPD trotz gewisser Ermüdungserscheinungen nach drei gewonnenen Landtagswahlen immer noch auf einer breiten strukturellen Mehrheit ruhte. Bescherte bis in die siebziger Jahre hinein die für das Saarland ebenso typische wie eigentümliche Verbindung zwischen Arbeiterschaft und Katholizismus immer wieder der CDU

satte Wahlergebnisse, löste sich diese Verbindung im Zuge einer tiefgreifenden Säkularisierung mehr und mehr auf.³ Spätestens in den neunziger Jahren galt für das Saarland als krisengeschütteltes Industrierevier die Normalität einer linken strukturellen Dominanz.

Eine mögliche Schwäche der SPD verortete Peter Müller in ihrem „saartüm-melnden“ Strukturkonservativismus. Die Saarlandkarte konnte Lafontaine lange Zeit als schlagkräftigen Trumpf ausspielen. Ab Mitte der 1990er-Jahre machten sich im ökonomischen Gefüge der „Deutschland AG“ allerdings gewisse Verkrustungen bemerkbar. Für die Massenarbeitslosigkeit von mehr als fünf Millionen Menschen machte man nicht zuletzt die staatliche Überregu-lierung, veraltete Strukturen und eine verzagte Bunkermentalität verantwort-lich. Mit seiner „Ruckrede“ im Berliner Adlon-Hotel beschwore Bundespräsi-dent Roman Herzog im April 1997 einen neuen Geist, „eine Gesellschaft im Aufbruch ... voller Zuversicht und Lebensfreude“,⁴ die ihre Fesseln abstreift und ihr Potenzial voll zum Einsatz bringt.

Ganz in diesem Sinne verpasste Peter Müller nicht nur dem medialen Auf-tritt der Partei ein modernes Facelifting, u. a. mit einem stilisierten Raumschiff als Symbol für den technologischen Aufbruch, den die Partei fortan für sich beanspruchte. Darüber hinaus wagte Peter Müller auch programmatisch eine spektakuläre Zäsur, indem er den Auslaufbergbau an der Saar einforderte. Das war auch für viele Parteimitglieder und -anhänger insofern ein Schock, als die traditionell industrie- und arbeiterorientierte CDU-Saar mit ihrem starken Arbeitnehmerflügel den Steinkohlebergbau zuvor nie infrage gestellt hatte. Darüber hinaus gewann Müller mit Prof. Dr. August Wilhelm Scheer nicht nur den führenden Wirtschaftsinformatiker Deutschlands, sondern auch einen erfolgreichen Unternehmensgründer als Innovationsberater für sein Zukunftsteam.

³ S. hierzu Dietmar HÜSER, Wahlen, Parteien und politische Kultur im Saarland der 70er und 80er Jahre – Aspekte eines Umbruchs mit Konstanten, in: Edwin Dillmann/Richard van Dülmen (Hg.), *Lebenserfahrungen an der Saar*, St. Ingbert 1996, S. 40–65

⁴ https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Roman-Herzog/Reden/1997/04/19970426_Rede.html

Weiter denn je von der Regierungsverantwortung entfernt sah sich die CDU-Saar allerdings nach der Bundestagswahl vom 27. September 1998, als Rot-Grün die Mehrheit errang, in der Folge Oskar Lafontaine als Bundesfinanzminister nach Bonn ging und in Saarbrücken von dem durchaus beliebten Reinhard Klimmt beerbt wurde. Das Duo Lafontaine-Klimmt schien in dieser neuen Formation unschlagbar.

Alles änderte der 11. März 1999, als Oskar Lafontaine Knall auf Fall von allen Ämtern zurücktrat und dem Kanzler, der SPD, Reinhard Klimmt und all seinen einstigen Mitstreitern den Bettel vor die Füße warf. Gerhard Schröder, der mit seiner „neuen Mitte“, mit dem „Schröder-Blair-Papier“ und als „Genosse der Bosse“ vielen SPD-Mitgliedern fremd war, stand nun ohne sozialpolitisches Korrektiv da. Die Folge war, dass nun der SPD traditionelle Wählerschaften in Massen davonliefen. Bei den Europawahlen am 13. Juni 1999 gewann die CDU im Saarland mit 44,9 Prozent gegen 41,3 Prozent der SPD, bei den am selben Tag stattfindenden Gemeinderatswahlen obsiegte die CDU mit 45,9 Prozent gegen 42,3 Prozent der SPD.

Bei den Landtagswahlen am 5. September schließlich geschah das ein Jahr zuvor noch Undenkbare: Mit Peter Müller als Ministerpräsidentenkandidat gewann die CDU mit 45,5 Prozent die absolute Mehrheit. Reinhard Klimmt, der sich zuvor mit ganzer Kraft in der Öffentlichkeit gegen den neoliberalen Kurs von Gerhard Schröder gestellt hatte und dem überdies laut Umfragen in zahlreichen Politikfeldern höhere Kompetenzwerte zugemessen wurden,⁵ unterlag mit 44,4 Prozent.

Aufsteigerland Saarland – ein neuer Aufbruch mit Peter Müller

Der Weg des Saarlandes zu neuen Ufern musste sorgsam abgesteckt werden. Peter Müller hatte sich stets eher im linken Spektrum der CDU verortet. Mit seinem Modernisierungskurs und vor allem auch mit dem Auslaufberg-

⁵ Siehe hierzu Daniel KIRCH, Sonderpolitikzone Saarland. Die Entwicklung des Parteiensystems von 1985 bis 2009, Marburg 2012, S. 171.

bau drohte ihm die Entfremdung des linken CDU-Flügels. Zudem hatte er den wirtschaftsliberalen Hauptgeschäftsführer der Saar-IHK, Dr. Hanspeter Georgi, für das Wirtschaftsressort ausgewählt. Um dies auszugleichen, setzte er deutliche Zeichen nach links.

So wandte sich Peter Müller bereits im Januar 1999 lautstark gegen die von der Bundes-CDU breit angelegte Unterschriftenaktion gegen die von der rot-grünen Bundesregierung geplante doppelte Staatsbürgerschaft. Gegen „das dumpfe Sammeln von Unterschriften“ plädierte Müller für „vielfältige Aktionen, mit denen die Partei ihre Bereitschaft zur Integration von Ausländern unterstreichen wollte.“⁶ Damit grenzte er sich demonstrativ vom rechten Unionsflügel ab.

Gleichzeitig zog er den Frankfurter Rechtsanwalt, das Mitglied im Zentralrat der Juden und in Kulturfragen eher linksliberalen Publizisten Dr. Michel Friedman, als Kulturerater an seine Seite. Sowohl Friedman als auch Scheer wurde jeweils in der Staatskanzlei eine Stabsstelle unterstellt.

Ein unmissverständliches Zeichen in Richtung Sozialausschüsse setzte er, indem er das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dr. Regina Görner, zur Ministerin für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales kürte.

Nicht fehlen durfte auch ein Wink in Richtung Umweltbewegung. Zum Umweltminister machte er den saarländischen Landesvorsitzenden des Naturschutzbundes Deutschland, Stefan Mörsdorf.

Neben diesen programmatischen Akzentsetzungen setzte Peter Müller auf die Mitwirkung seiner Weggefährten: Peter Jacoby, bis dahin Bundestagsabgeordneter und Mitglied im Haushaltsausschuss, wurde Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident. Karl Rauber wurde die Leitung der Staatskanzlei übertragen. Klaus Meiser, bis dahin Bürgermeister der Gemeinde

⁶ „Wir machen Unterschriftenaktionen nicht mit“. Peter Müller verlangt Präzisierung der christdemokratischen Ausländerpolitik, Süddeutsche Zeitung vom 27.1.1999, S. 22.

Quierschied, wurde Innenminister. Jürgen Schreier, langjähriger bildungspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion, wurde Kultusminister. Müllers enger Vertrauter Peter Hans führte die Fraktion im Landtag an.

Mit dieser Mannschaft begann die neue Regierung voller Enthusiasmus und Tatendrang ihre Arbeit. Es folgte eine ganze Kaskade von Neuerungen in der Landespolitik.

Wirtschaftspolitisch setzte man ganz auf Modernisierung in Richtung neue Technologien, anstatt krampfhaft an Altem festzuhalten. Unter dem Stichwort „Zukunfts- statt Vergangenheitsbewältigung“ war Peter Müller entschlossen, das Saarland zum Aufsteigerland zu machen. Mit einem Programm, das den Kommunen die Senkung der Gewerbesteuerbesätze erlaubte, entlastete die Regierung vor allem mittelständische Unternehmen. Mit der Zusammenlegung von Behörden und Förderprogrammen, mit der Abschaffung von über 2.000 Vorschriften, mit der Privatisierung staatlicher Aufgaben, mit der Vereinfachung von Genehmigungsverfahren und der Flexibilisierung von Standards packte die neue Regierung entschlossen den Bürokratieabbau an. Mit dem systematischen Ausbau der touristischen Infrastruktur wurde ein neues ökonomisches Standbein geschaffen. Eine Innovationsstrategie wurde aufgelegt und umgesetzt, die IT-Branche substanzial gefördert. Der Technologietransfer erhielt durch zwei Science Parks neue Impulse.

Auch die Forschungslandschaft wurde weiter ausgebaut. Bereits frühere Landesregierungen von Franz Josef Röder über Werner Zeyer bis hin zu Oskar Lafontaine hatten den Strukturwandel an der Saar zielstrebig vorangetrieben, indem sie Stück für Stück an der und um die Universität neue Forschungsinstitute, hauptsächlich, aber nicht nur im Bereich der Informatik, ansiedelten. Dazu zählten renommierte Einrichtungen wie etwa das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz, das Max-Planck-Institut für Informatik, das Leibniz-Institut für neue Materialien und einige mehr. Unter Peter Müller kamen am und im Umfeld des Uni-Campus neu hinzu das Zentrum für Bio-Informatik (2001), das Max-Planck-Institut für Softwaresysteme (2004), das Kompetenzzentrum Informatik Saarland (2005), das Helmholtz-Institut für

Pharmazeutische Forschung Saarland (2009) und das Zentrum für Mechatronik und Automatisierungstechnik (2009). Damit hatte Peter Müller auch hier für einen merklichen Entwicklungsschub gesorgt.

Wenige Jahre nach dem Regierungswechsel diagnostizierte der Saarbrücker Betriebswirtschafts-Professor Heinz Kußmaul: „Seit einigen Jahren weht ein frischer Wind in der saarländischen Wirtschaft. ‚Aufsteigerland‘, das ist keine Floskel. Es ist wirklich eine Aufbruchstimmung spürbar.“⁷

All diese Maßnahmen in Verbindung mit einer blühenden Stahlkonjunktur, die der restrukturierten saarländischen Stahlindustrie volle Auftragsbücher bescherte, und einem florierenden Automobilsektor bescherten dem Saarland in der Regierungszeit Müller weit überdurchschnittliche Wachstumsquoten. Das Ergebnis waren nicht nur durchschlagende Erfolge am Arbeitsmarkt: Von 1998 bis 2011, dem letzten Jahr unter Peter Müller, ist die Arbeitslosenquote von 11,5 auf 6,7 Prozent gesunken.⁸ Das Saarland, zuvor ewiges Schlusslicht unter den westdeutschen Flächenländern, hatte sich auf den fünften Platz hochgekämpft. Ein weiteres Ergebnis: Zweimal, 2003 und 2006, wurde in dieser Zeit das Saarland von der Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ als dynamischstes Bundesland ausgezeichnet und Peter Müller zum Ministerpräsidenten des Jahres gekürt.

Hinzu kamen Reformen in der Bildungspolitik wie etwa die Einführung von G 8 als erstes westdeutsches Bundesland. Heute umstritten, war es damals doch eine bahnbrechende Maßnahme, die vom umfassenden Modernisierungswillen der Landesregierung zeugte. Hinzu kamen die Erhöhung der Zahl der Lehrerstellen, der Zahl der Wochenstunden und auch der Betreuungsplätze wie auch die flächendeckende Einführung der Ganztagschulen. Und schließlich gelang es anhand einer Grundschulstrukturreform, die Klassen zu verkleinern und die Unterrichtsausfälle deutlich zu reduzieren.

⁷ Landesregierung des Saarlandes (Hg.), *Modern und menschlich. Das Saarland auf dem Weg zur Modellregion*, Saarbrücken 2002, S. 15.

⁸ https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_deutschen_Bundesländer_nach_Arbeitslosenquote

In diesen Jahren konnte Peter Müller als Ministerpräsident seine Popularität kontinuierlich steigern. Bei den Landtagswahlen im Jahre 2004 baute er seine absolute Mehrheit auf 47,5 Prozent aus. Die SPD erlitt mit ihrem Spitzenkandidaten Heiko Maas eine schmerzliche Niederlage mit einem Verlust von 13,6 Prozentpunkten. Die Umfragen im Vorfeld hatten allerdings der CDU wesentlich höhere Ergebnisse, weit über fünfzig Prozent, vorausgesagt. Die Prognose eines so deutlichen Wahlsieges ließ dann wohl viele Wählerinnen und Wähler von der Wahlurne fernbleiben.

Vom Krisenjahr 2008 zur Jamaika-Koalition

2008 war in zweifacher Hinsicht ein Krisenjahr für das Saarland. Zunächst war da das Grubenbeben vom 23. Februar 2008. Bereits zuvor hatten sich Bergbau-Geschädigte bzw. -Gefährdete in den Abbaugebieten zu Interessengemeinschaften zusammengeschlossen und den unverzüglichen Ausstieg aus dem Bergbau gefordert. Als dann am besagten 23. Februar in der „Primsmulde Süd“ zwischen Lebach und Saarlouis die Erde mit einer Stärke von 4,0 auf der Richterskala bebte und zahlreiche Gebäude beschädigt wurden, war das die schwerste von nahezu hundert Erschütterungen im gleichen und im Jahr zuvor und das stärkste jemals vom Bergbau ausgelöste Beben überhaupt. Entsprechend aufgebracht waren die Bergbaugegner, die noch am gleichen Tag vor dem Haus des Ministerpräsidenten demonstrierten und ihrer Verzweiflung lautstark Ausdruck gaben.

Peter Müller stellte sich den Demonstranten, was der schwierigste Moment seiner Politikerkarriere gewesen sein dürfte. Es war klar, dass nun kein Weg an einem sofortigen vorläufigen und unbefristeten Abbau-Stopp vorbeiführte, was dann schließlich auch das Auslaufen des Saarbergbaus beschleunigte. Das Ende des Steinkohlebergbaus im Saarland sollte dann 2012 von Müllers Nachfolgerin Annegret Kramp-Karrenbauer besiegt werden.

2008 war gleichzeitig auch das Jahr der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, die das Saarland als exportorientierte Industrieregion mit voller Wucht erfassen sollte. Brach das BIP deutschlandweit um 5 Prozent ein, so war es im Saarland mit 9,3 Prozent der stärkste Rückgang unter allen Bundesländern.⁹ Als

Reaktion darauf legte die Landesregierung das „Konjunktur- und Investitionsprogramm Saar“ auf, das unter Einbeziehung der Maßnahmen des Bundes ein Gesamtvolumen von knapp 270 Millionen Euro umfasste. Schwerpunkte der Investitionen waren der Bildungsbereich, Infrastrukturmaßnahmen und energetische Sanierungen. Wie im übrigen Bundesgebiet griffen die Maßnahmen auch im Saarland. Im Jahr 2011 lag das BIP wieder über dem Vorkrisenniveau.

Trotz der erfolgreichen Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise war die Landtagswahl 2009 eine deutliche Niederlage für die CDU und Peter Müller. Die CDU verlor 13 Prozentpunkte und landete bei nur noch 34,5 Prozent. Was war geschehen?

Zunächst wirkte sich aus, dass die CDU im Bund seit 2005 die schwarz-rote Koalitionsregierung anführte. In mehreren Bundesländern fuhr die CDU unter Kanzlerin Merkel schmerzliche Niederlagen ein: in Hessen 2008 minus 12 Prozentpunkte, in Niedersachsen 2008 minus 5,8, in Nordrhein-Westfalen 2010 minus 10,2, in Schleswig-Holstein 2009 minus 8,9 und in Bayern die CSU 2008 gar minus 17,3 Prozentpunkte. Die in weiten Teilen unpopuläre rot-grüne Bundesregierung wirkte nun nicht mehr als Mehrheitsbeschaffer für die Union auf Länderebene.

Im Saarland kam aber eine Besonderheit hinzu: Erstmals trat nun wieder Oskar Lafontaine in einer Landtagswahl im Saarland an, diesmal als Spitzenkandidat der neugegründeten Linkspartei. Dies hatte zur Folge, dass die Wahlbeteiligung von 55,5 Prozent im Jahre 2004 auf 67,6 Prozent im Jahre 2009 hochschnellte. Zwar hatte die CDU auch absolut Stimmenverluste hinnehmen, aber längst nicht so viele, wie das relative Ergebnis suggerierte. Die CDU-Saar verlor zwölf Prozent an Wählerstimmen. Zum Vergleich: Im Jahr zuvor in Niedersachsen hatte Christian Wulf mehr als 24 Prozent der Stimmen der Landtagswahl zuvor verloren. Da aber gleichzeitig die Wahlbeteiligung im

⁹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/5039/umfrage/entwicklung-des-bruttoinlandsprodukts-vom-saarland-seit-1970/>
<https://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/monatshefte/2010/April/04-2010-260.pdf>

Gegensatz zum Saarland zurückging, betrug sein Verlust an Prozentpunkten nur 5,8. Rein optisch hatte Christian Wulf viel weniger verloren, faktisch aber sehr viel mehr Stimmen als Peter Müller.

Dennoch empfand Müller das Ergebnis als persönliche Niederlage, so dass für ihn klar war: Ein weiteres Mal würde er auf keinen Fall wieder als Spitzenkandidat antreten. Zuvor galt es jedoch, das Beste aus dem Wahlergebnis zu machen. Dass ihm genau dies gelang, war ein wahres Bubenstück: Müller schmiedete die erste Jamaika-Koalition in einem Bundesland. Heiko Maas, der sich Hoffnungen auf ein rot-rot-grünes Bündnis mit ihm als Ministerpräsident machte, hatte erneut das Nachsehen.

Jetzt zahlte es sich aus, dass Peter Müller bereits in den neunziger Jahren für schwarz-grüne Bündnisse warb. In der letzten Amtsperiode Lafontaines knüpfte er eine enge Bande zu Hubert Ulrich, Landes- und Fraktionsvorsitzender der Grünen im saarländischen Landtag. Als Köpfe der beiden Oppositionsparteien im Landtag bildeten sie eine natürliche Allianz gegen den SPD-Ministerpräsidenten, der seine Dominanz über die Opposition allzu gerne demonstrativ ausspielte. Für Ulrich war ein Bündnis mit Peter Müller in jeder Hinsicht attraktiver als eine Kooperation mit Oskar Lafontaine.

Die Chemie mit Ulrich stimmte. Dennoch war klar, dass ein Jamaika-Bündnis alles andere als einfach werden würde. Ein starker linker Flügel bei den Grünen hatte traditionsbedingt starke Vorbehalte gegenüber CDU und FDP. Dennoch war die Jamaika-Koalition nicht erfolglos. So wurde in der Bildungspolitik das Zwei-Säulen-Modell mit G 8 für Gymnasien und einem neunjährigen Abiturzyklus für die Gemeinschaftsschulen geschaffen. Dieses Modell sorgt auch nach der Rückkehr zu G 9 bei den Gymnasien bis heute für einen nachhaltigen Schulfrieden. Gleichzeitig gelang mit der Jamaika-Koalition die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise. In diese Zeit fiel zudem die Umsetzung der 2009 in der Föderalismuskommission beschlossenen Schuldenbremse, die dem Saarland jährliche Konsolidierungshilfen in Höhe von 260 Millionen Euro einbrachte. All das waren Weichenstellungen, die maßgeblich zur Zukunftssicherung des Saarlandes beitrugen.

Als Peter Müller im Jahre 2011 das Amt des Ministerpräsidenten an Annegret Kramp-Karrenbauer übergab, hinterließ er ihr ein wohlbestelltes Haus.

Peter Müller war in vielfacher Hinsicht ein bemerkenswerter Politiker. Sein Verantwortungsbewusstsein, sein Gemeinschaftsgeist, sein scharfer Verstand, seine Intelligenz, seine Rhetorik, sein Eigensinn, seine Bodenständigkeit, sein Humor: All das ist vielen Menschen im Land und in der Partei noch in bester Erinnerung. Keine Frage: Peter Müller war ein Glücksfall für die CDU-Saar und ein Glücksfall für das Saarland.



MK-Oce

STEPHAN TOSCANI

Annegret Kramp-Karrenbauer – erste Ministerpräsidentin des Saarlandes

Politikerinnen und Politiker sind in mancherlei Punkten anders als die meisten Menschen. Sie müssen eine Faszination für Politik empfinden in einem Maße, das den meisten Menschen wohl fremd sein dürfte. Anders wären sie nie imstande, im politischen Betrieb mit seinen endlosen Sitzungen, mit der permanenten Aufmerksamkeit, mit den unterschiedlichsten Widrigkeiten, mit den Konkurrenzen und auch Anfeindungen, kurz mit seinen Belastungen von morgens früh bis abends spät zu bestehen. Das Politische muss für Menschen in der Politik als besonders starke, tiefe Leidenschaft fest in die DNA eincodiert sein.

Annegret Kramp¹ wuchs als fünftes von sechs Kindern, drei Jungen und drei Mädchen, in einem bürgerlichen katholischen Beamtenhaushalt in Püttlingen auf.² Ihre Kindheit war unauffällig, mit einer Ausnahme: Während ihre Geschwister bei jeder Gelegenheit den Weg ins Freie suchten, um mit Freunden und Nachbarskindern ihre Zeit zu verbringen, versank Annegret schon in jungen Jahren lieber in der Lektüre von Büchern. In der Pfarrbücherei fiel sie auf, wenn sie sich alle möglichen Bücher, auch ausländische Lektüre, auslieh. Sie war eine Leseratte, und ihr Vater, ein Lehrer, bestärkte sie in ihrem Hobby.

¹ Die Informationen in diesem Aufsatz beruhen weitgehend auf eigenen Erinnerungen und auf Gesprächen mit Zeitgenossen. Sie sind deswegen nicht in Anmerkungen belegt.

² Zu Kramp-Karrenbauers Kindheit: Kristina DUNZ/Eva QUADBECK, Ich kann, ich will und ich werde. Annegret Kramp-Karrenbauer, die CDU und die Macht, Berlin 2018, S. 43 ff.

Genau, wie er sie zuhören ließ, wenn über Politik diskutiert wurde. Und in gleichem Maße, wie sie sich Wissen aneignete, nutzte sie es bei Diskussionen mit ihren Geschwistern. Sie diskutierte gern und war darin auch ausgesprochen stark. So kam es, dass sie sich oft durchsetzte, allein mit der Macht der Worte. Eine Eigenschaft, die schon früh auf ihren späteren Lebensweg hindeutete.

Die Anfänge in der Politik

Ihre Eltern waren überzeugte CDU-Anhänger, ihr Vater hatte als Sonder-schullehrer überdies ein Herz für Bedürftige und engagierte sich – ein typisch saarländischer CDU-Haushalt mit einer ausgeprägten sozialen Ader. Kein Wunder, dass auch Annegret den Weg in die Junge Union und in die CDU fand. Lokale CDU-Größen einschließlich des Püttlinger CDU-Bürgermeisters bestärkten sie darin und unterstützten sie bei ihren ersten kommunalpolitischen Gehversuchen. Dazu passt, dass sie nach ihrem Abitur im Jahre 1982 in Trier ein Studium der Politikwissenschaften und Rechtswissenschaften begann. Nur zwei Jahre später heiratete sie den Bergbau-Ingenieur Helmut Karrenbauer, mit dem sie dann drei Kinder großzog.

Ihre ersten politischen Jahre waren wenig spektakulär. Als junge Frau musste sie sich im Stadtrat von Püttlingen sehr wohl behaupten, später dann auch als Beigeordnete. Dies umso mehr, als damals in der CDU noch viele der Meinung waren, dass eine Mutter zu ihren Kindern im Haushalt gehört und nicht in die Politik. Als Frau in der Politik zu bestehen, war eine Herausforderung, die sie ihr gesamtes Politikerleben nicht loslassen sollte. Dennoch blieb sie beharrlich dabei, engagierte sich in der Kommunalpolitik und im Landesvorstand der Jungen Union Saar, wo sie sich als stellvertretende Landesvorsitzende auch landesweit bekannt machte.

Politisch waren die Zeiten in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ruhiger als in den Jahren zuvor. Nach der Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses durch Helmut Kohl hatte die Polarisierung zwischen Linkspazifisten und Konservativen nachgelassen. Schleichend hatte sich auch ein Wertewandel vollzogen. Die Jugend entpolitisierte sich ein Stück weit und ging in neuen Modebewegungen auf, wie etwa den Yuppies. Die linksalternative Bewegung

war in die neue Partei „Die Grünen“ gemündet, und diese fügte sich, nachdem sie im Jahre 1983 in den Bundestag eingezogen war, mehr und mehr in den parlamentarischen Betrieb ein. Die politischen Auseinandersetzungen fanden mithin weniger auf den Straßen und Plätzen, sondern nun im Parlament statt. Hinzu kam, dass unter Helmut Kohl erstmals ein Bundesumweltministerium geschaffen wurde, so dass sich auch die Union stärker als zuvor umweltpolitisch profilierte. Mit Klaus Töpfer wurde im Jahr 1987 gar ein Umweltminister berufen, der von seiner globalen ökologischen Mission beseelt war, der 1992 die erste UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro als spiritus rector maßgeblich voranbrachte und auch von vielen Ökologen anerkannt wurde.

In dieser Zeit brachte Annegret Kramp-Karrenbauer ihr Studium mit dem akademischen Grad Magistra Artium zu Ende und übernahm 1991 in der Landesgeschäftsstelle der CDU-Saar unter dem neuen Parteivorsitzenden Klaus Töpfer und unter Landesgeschäftsführer Karl Rauber die Funktion der Grundsatz- und Planungsreferentin. Sie hatte damit ihr bisheriges Hobby Politik zu ihrem Beruf gemacht und blieb auf diese Art weiter eng am politischen Geschehen, allerdings ohne ein hauptamtliches politisches Mandat.

Der Weg in die erste Reihe

Die entscheidende Wendung sollte am 2. Dezember 1993 eingeleitet werden. An diesem Tag fand in St. Ingbert die Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl 1994 statt. Von den vier bis dahin amtierenden saarländischen CDU-Bundestagsabgeordneten Klaus Töpfer, Hans-Werner Müller, Johannes Ganz und Trudi Schmidt schieden nun Müller und Ganz aus. Es kandidierten neben Klaus Töpfer und Trudi Schmidt allerdings drei neue Anwärter, nämlich Peter Jacoby aus Saarbrücken, Helmut Rauber aus St. Wendel und Peter Altmaier aus Saarlouis. Das heißt, einer von den fünf Interessenten würde auf den fünften Platz verwiesen, der keinen sicheren Einzug in den Bundestag bedeutete. In der Kampfabstimmung um den vierten Platz unterlag schließlich Trudi Schmidt aus dem Wahlkreis Homburg und verzichtete auf eine Kandidatur auf dem fünften Platz. Das war der Moment, in dem Annegret Kramp-Karrenbauer zugriff und spontan auf Landeslistenplatz 5 kandidierte.

Wie erwartet zog sie zunächst nicht in den Bundestag ein. Allerdings schied Klaus Töpfer am 15. Januar 1998 aus der Bundesregierung und aus dem Bundestag aus und wurde Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) in Nairobi. Kramp-Karrenbauer rückte nach und zog am 1. März in den Bundestag ein. Es war bis zur Neuwahl des Bundestags am 27. September 1998 nur eine kurze Zeitspanne. Aber sie nutzte die Zeit und profilierte sich in der CDU-Saar als scharfzüngige Rednerin, die bei ihren Auftritten mit Energie und Leidenschaft zu überzeugen wusste. Und was man ihr auf den ersten Blick vielleicht nicht zugetraut hätte: Sie konnte einen Saal rocken und richtig gut anheizen. Es war klar: Annegret Kramp-Karrenbauer gehörte in den Führungskreis der Saar-CDU. Nachdem sie aufgrund des enttäuschenden Wahlergebnisses bei der Bundestagswahl im September 1998 den Wiedereinzug verfehlte, kandidierte sie 1999 mit Erfolg für den Landtag und wurde sofort parlamentarische Geschäftsführerin unter dem Fraktionsvorsitzenden Peter Hans.

Aber auch dieses Amt bekleidete sie nur kurze Zeit. Kaum ein Jahr im Amt musste Klaus Meiser, Innenminister im ersten Kabinett Müller nach dem Wahlsieg 1999, im Zuge der Doerrfert-Affäre zurücktreten, als ein vom Amtsgericht Trier gegen ihn verhängter Strafbefehl wegen Beihilfe zur Untreue rechtskräftig wurde. Ministerpräsident Peter Müller berief Annegret Kramp-Karrenbauer zur Innenministerin – zur ersten Innenministerin in Deutschland wohlberichtet.

Allzweckwaffe in der saarländischen Landesregierung

Annegret Kramp-Karrenbauer erwies sich für Ministerpräsident Peter Müller als wahre Allzweckwaffe, die in den unterschiedlichsten Themen zu Hause war und sich schnell in neue Felder einarbeiten konnte.³ Bis 2004 war sie Ministerin für Inneres und Sport, von 2004 bis 2007 Ministerin für Inneres, Familie, Frauen und Sport, von 2007 bis 2009 Ministerin für Bildung, Frauen, Familien und Kultur und von 2009 bis 2011 Ministerin für Arbeit, Familie, Prävention, Soziales und Sport.

³ Für das folgende siehe Kathrin ZEHENDER, Annegret Kramp-Karrenbauer, in KAS, Geschichte der CDU, auf der Homepage der KAS: <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/personen/biogramm-detail/-/content/annegret-kramp-karrenbauer-v1#>

Zu ihren wichtigsten Leistungen in dieser Zeit gehört etwa die Vorbereitung der Verwaltungsreform, die dann von ihrem Nachfolger Klaus Meiser, der ab 2007 abermals das Innenministerium führte, umgesetzt wurde. Mit dieser Verwaltungsreform nahm die Ministerin Anregungen aus dem Gutachten von Prof. Dr. Joachim Jens Hesse zur „Überprüfung der kommunalen Verwaltungsstrukturen im Saarland“ aus dem Jahre 2013 auf. In der Folge wurden Aufgaben von der kommunalen auf die Landesebene hochgezogen, Ämter und nachgeordnete Behörden zusammengelegt und der Stadtverband Saarbrücken zum Regionalverband mit neuen Entscheidungsstrukturen umgewandelt.

Dabei war es alles andere als einfach, sich in der Männerdomäne „Innenpolitik“ zu behaupten. Aber mit ihrer unaufgeregten, sachlichen, kompetenten und pragmatischen Amtsführung hatte sie schon bald anfängliche Zweifler überzeugt. Vor allem bei der Polizei war sie beliebt und geachtet. Als Bildungsministerin widmete sie sich vor allem den Themen „Betreuung“ und „Vereinbarung von Familie und Beruf“, wo Elterngeld und Krippenausbau oben auf der Agenda standen. Gerade dieses Thema sollte sie, die mittlerweile auch Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende der Frauen Union war, auch später immer wieder begleiten.

Als 2009 bei den Landtagswahlen die CDU die absolute Mehrheit verfehlte und Peter Müller ein Jamaika-Bündnis schmiedete, fiel Bündnis 90/Die Grünen das Bildungsministerium zu. Annegret Kramp-Karrenbauer wechselte ins Sozialressort, dem auch die Bereiche Arbeit, Familie, Prävention und Sport zugeordnet wurden. Auch hier gehörte die „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ zu ihren vordringlichen Projekten, wobei sie sich diesmal vor allem auf die Verbesserung der Situation von Alleinerziehenden fokussierte.

Erste Ministerpräsidentin des Saarlandes

Als am Abend des 30. Augusts 2009 das enttäuschende Wahlergebnis der CDU verkündet wurde, war für Peter Müller schon klar, dass er nicht bis zum Ende der Legislaturperiode im Amt des Ministerpräsidenten bleiben würde. Niemand in seinem Team hatte höhere Beliebtheitswerte und niemand war in so vielen Themen bewandert wie Annegret Kramp-Karrenbauer. Somit lag

nahe, sie zur Nachfolgerin zu küren. Sowohl die Amts- und Mandatsträger der CDU-Saar als auch die Parteibasis waren mit Müllers Vorschlag einverstanden. Kramp-Karrenbauer wurde eher im linken Spektrum der Partei verortet, womit sie der Mehrheit der saarländischen CDU-Mitglieder nahe kam. Aber auch konservativere Mitglieder schätzten ihre Fähigkeit und Bereitschaft, in Diskussionen eine scharfe Klinge zu führen und, wenn es darauf ankam, auch mal heftig zu polarisieren. Sie konnte beides: den Konsens suchen und finden, aber auch Differenzen austragen und damit unverwechselbar bleiben.

Zunächst wurde sie im Mai 2011 mit einem hervorragenden Ergebnis, 326 von 342 Stimmen, auf dem Parteitag in Dillingen zur Landesvorsitzenden der CDU-Saar gewählt. Ganz so glatt sollte es dann am 10. August im Landtag bei der Wahl des Ministerpräsidenten beziehungsweise der Ministerpräsidentin nicht abgehen. Denn unerwartet trat auch der SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Heiko Maas zur Wahl an. Im ersten Wahlgang erhielten dann Annegret Kramp-Karrenbauer und Heiko Maas jeweils 25 Stimmen, obwohl die beiden Koalitionspartner FDP und Bündnis 90/Die Grünen ihre Zustimmung erklärt hatten. Erst im zweiten Wahlgang erhielt Kramp-Karrenbauer die notwendige Mehrheit von 26 Stimmen. Sie nahm es gelassen und kommentierte lakonisch: „Die schwersten Geburten bringen die schönsten Kinder zur Welt.“

*Entschlusskraft und Mut zum Risiko:
Das Ende von Jamaika und die neue große Koalition*

Die holprige Wahl zur Ministerpräsidentin war dennoch ein schlechtes Omen für den Fortgang der Jamaika-Koalition. Ursache waren die andauern den Personalquerelen innerhalb der FDP, die die Koalition als Ganzes belasteten. Das Chaos der FDP machte verlässliches Regieren unmöglich. So warfen innerhalb kurzer Zeit zwei Fraktionsvorsitzende, zunächst Horst Hinschberger und dann Christian Schmitt, ihr Amt hin. Der designierte Nachfolger im Amt, Christoph Kühn, zog seine Kandidatur zurück. Die FDP-Fraktion blieb damit ohne Führung, so dass es Annegret Kramp-Karrenbauer zu viel wurde: Am 6. Februar 2012 lud sie zur Pressekonferenz und verkündete das Ende von Jamaika.

Natürlich hatte es mit SPD-Chef Heiko Maas Kontakte bezüglich einer großen Koalition gegeben. In anschließenden Sondierungen bestand die SPD jedoch auf Neuwahlen anstelle eines Koalitionswechsels innerhalb der laufenden Legislaturperiode. Die Umfragen sagten zum damaligen Zeitpunkt mit 33 bis 34 Prozent jeweils für beide Parteien ein Kopf-an-Kopf-Rennen voraus. Dennoch ging Kramp-Karrenbauer voll ins Risiko und stimmte Neuwahlen zu. Bundeskanzlerin Merkel hatte ihr davon abgeraten, weil man nach ihrem Verständnis eine Position niemals freiwillig aufs Spiel setzt. Dennoch riskierte Kramp-Karrenbauer, saarländischer Regierungschef mit der kürzesten Amtszeit zu werden.

Aber sie wagte und sie siegte: Für alle überraschend gewann sie die Wahl klar mit 35,2 Prozent und verwies die SPD mit 30,6 Prozent auf den zweiten Platz. Damit konnte sie das Ergebnis von 2009 sogar leicht verbessern. Die SPD fügte sich in ihr Schicksal und schlug als Juniorpartner in die Koalition mit der CDU ein. Gemeinsam verfügte man nun über 37 von 51 Stimmen im Landtag. Mit genau dieser Mehrheit wurde sie schließlich am 9. Mai 2012 abermals zur Ministerpräsidentin gewählt.

Der „saarländische Weg“ zur Zukunftssicherung des Landes

Trotz der beachtlichen wirtschaftspolitischen Erfolge der Ära Peter Müller und trotz einer milliardenschweren Teilentschuldung des Landes durch den Bund in den Jahren von 1994 bis 2004 blieb das Saarland ein Haushaltsnotland. 2011, als Annegret Kramp-Karrenbauer die Regierung übernommen hatte, lag das strukturelle Haushaltsdefizit bei nahezu einer Milliarde Euro. Und dieses Defizit sollte nun in diesem Jahrzehnt ganz abgebaut werden. Das bestimmte die 2009 in der Föderalismuskommission II beschlossene Schuldenbremse.

Ministerpräsident Peter Müller hatte dem im Bundesrat zugestimmt, nicht zuletzt, weil dem Saarland jährliche Sanierungshilfen in Höhe von 260 Millionen Euro zugesagt wurden. Dennoch schien es ein übermenschlicher Kraftakt, in nur zehn Jahren das Defizit auf null zu reduzieren. Kaum jemand konnte sich vorstellen, dass und wie das gelingen könnte.

Aber es gelang tatsächlich entgegen mancherlei Erwartungen: Mit dem Doppelhaushalt 2019/2020, also kurz nach Kramp-Karrenbauers Wechsel nach Berlin, legte die saarländische Landesregierung zum ersten Mal in der Geschichte einen Haushaltssplan ohne strukturelle Nettokreditaufnahme vor.

Natürlich half dabei das niedrige Zinsniveau in den Jahren der Euro-Rettungspolitik. Aber das war längst nicht alles. Auch die Landesregierung fuhr unter Kramp-Karrenbauer einen konsequenten Konsolidierungs- und Sanierungskurs.

So wurde unter dem Stichwort „Zukunftssichere Landessverwaltung“ ein Abbau von 2.500 von den circa 25.000 Stellen in der Landesverwaltung bis zum Jahr 2020 anvisiert. Später wurde dieses Ziel vor dem Hintergrund personeller Mehrbedarfe zur Bewältigung des Flüchtlingszustroms mit 2.000 Stellen bis zum Jahr 2022 etwas abgemildert. Um diesen Prozess im Einvernehmen mit allen Beteiligten, also insbesondere auch den Personalvertretungen, zu vollziehen, konnte Annegret Kramp-Karrenbauer im Jahre 2012 DGB, DBB und CGB zur konstruktiven Mitarbeit an der aufgabekritischen Optimierung der Landesverwaltung gewinnen. Dabei sollte die Personalkostenreduzierung mit einer nachhaltigen Personalentwicklungsplanung bis zum Jahr 2020 verknüpft werden. Das Saarland sollte weiterhin als attraktiver und moderner Arbeitgeber einen hohen Stellenwert behalten. Tatsächlich gelang es, in der Amtszeit von Kramp-Karrenbauer, also bis zum Jahr 2017, über 1.000 Stellen abzubauen.

Die Einbeziehung der Betroffenen in den Umbau der Landesverwaltung war damals einmalig in der Bundesrepublik. Annegret Kramp-Karrenbauer gab dem Ganzen aus diesem Grund den Namen „Saarländischer Weg“. Er wurde auch in anderen Politikbereichen eingeführt, etwa bei der Erstellung des „Aktionsplans Armutsbekämpfung“. Überhaupt wurde unter Kramp-Karrenbauer die direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gestärkt, indem das Verfahren der Volksgesetzgebung vereinfacht, die Quoren abgesenkt, der Finanzvorbehalt gelockert und die Möglichkeit einer Verfassungsänderung durch Volksentscheid aufgenommen wurden.

Hinzu kamen weitere Maßnahmen wie verstärkte Kooperationen mit anderen Bundesländern, Konsolidierungsbeiträge der Landesgesellschaften und auch der Hochschulen oder die Intensivierung der Steuerfahndung.

Die Rückführung des strukturellen Haushaltsdefizits war eine Säule der Zukunftssicherung. Eine andere Säule betraf die Finanzkraft des Landes ab dem dritten Jahrzehnt nach dem Auslaufen der Sanierungshilfen von jährlich 260 Millionen Euro. Bei aller erfolgreichen Haushaltkskonsolidierung war klar: Allein aus eigener Kraft wird das Land nicht lebensfähig sein. Deshalb galt es, tragfähige Lösungen zu finden und auch im Bund-Länder-Konzert durchzusetzen. Hilfreich war dabei die Tatsache, dass der Stabilitätsrat, der die Haushaltkskonsolidierung überwachte, dem Saarland stets ein hervorragendes Zeugnis ausstellte.

So gerüstet ging die Ministerpräsidentin gemeinsam mit dem Verfasser als Finanzminister in die Verhandlungen mit dem Bund und mit den Ländern. Das Ergebnis dieser Verhandlungen, das am 14. Oktober 2016 erzielt wurde, war für das Saarland überaus erfreulich: Ab dem Jahr 2020 sollten jährlich unbefristet Sanierungshilfen in Höhe von 400 Millionen Euro plus Zuwendungen aufgrund des verbesserten Ausgleichssystems in Höhe von circa weiteren 100 Millionen, also insgesamt etwa 500 Millionen Euro, ins Saarland fließen. Das bedeutete für die Zukunft nicht nur dauerhaft ausgeglichene Haushalte, sondern auch den Einstieg in den Abbau des Schuldenberges. Bemerkenswert war dabei, dass die damit gefundene Lösung zur Neuordnung des ganzen bundesstaatlichen Finanzausgleichs auf einem Konzept beruhte, das vom Finanzministerium des Saarlandes entworfen wurde.

Damit war dann auch die zweite Säule der Zukunftssicherung errichtet. Unter Annegret Kramp-Karrenbauer hatte das Saarland damit seine Eigenständigkeit so gut es irgend ging sichergestellt.

Als dritte Säule galt es schließlich, die Innovationspotenziale und Wachstumskräfte des Landes anhand einer entschlossenen Hochschul- und Forschungsförderung zu mobilisieren. Annegret Kramp-Karrenbauer war ja gleichzeitig Forschungs- und Hochschulministerin und saß damit unmittelbar

an den betreffenden Schalthebeln. So gelang es ihr zum einen, mit dem Landeshochschulentwicklungsplan, mit festen Ziel- und Leistungsvereinbarungen und mit der Modernisierung der Organisationsstrukturen das Profil der Hochschulen vor allem in Zukunftsbereichen wie der Informations- und Kommunikationstechnologie oder den Life Sciences zu schärfen. Zum andern gelang ihr im Bereich der außeruniversitären Forschungseinrichtungen ein besonderer Coup: Im Jahre 2017 konnte sie verkünden, dass das 2011 gegründete Center for IT Security, Privacy and Accountability (CISPA) aufgrund einer Einigung mit dem Bund zu einem Helmholtz-Zentrum für IT-Sicherheit ausgebaut wird. Damit flossen pro Jahr zusätzlich 50 Millionen Euro an Bundesmitteln in die saarländische Forschungslandschaft. Das CISPA – Helmholtz-Zentrum für Informationssicherheit sollte sich zur weltweit führenden Forschungseinrichtung im Bereich der Cybersicherheit entwickeln.

Weitere Meilensteine unter Annegret Kramp-Karrenbauer

Eine besondere Herausforderung in der Regierungszeit von Kramp-Karrenbauer war die Bewältigung des Flüchtlingszustroms 2015. Hier erwies sich ein kluger Schachzug von ihr als schierer Glücksfall.

Im Jahr zuvor hatte der St. Wendeler Bürgermeister Klaus Bouillon sein 67. Lebensjahr erreicht und musste seinen Platz im St. Wendeler Rathaus räumen. Bouillon galt als der beliebteste Bürgermeister im Saarland. Seine oftmals unkonventionelle, manchmal hemdsärmelige, aber immer zupackende und ungemein pragmatische Art, Probleme anzugehen und auch zu lösen, war geradezu legendär. Hinzu kam, dass er offen und ehrlich die Dinge ansprach und auch vor Tabus nicht zurückschreckte.

Annegret Kramp-Karrenbauer roch die Chance, mit Klaus Bouillon als Innenminister das große Los zu ziehen. Sie berief ihn im November 2014 zum Innenminister.

Als dann im Frühjahr/Sommer immer mehr Geflüchtete aus Syrien nach Deutschland kamen, stand auch das Saarland vor gänzlich unerwarteten und nie dagewesenen Herausforderungen.

Der Aufbau einer ganzen Infrastruktur war notwendig, um eine menschenwürdige Aufnahme der Schutzsuchenden in unserem Land zu gewährleisten. Im Betreuungs-, Schul- und Hochschulsystem mussten die Kapazitäten bedarfsgerecht ausgeweitet werden. Gleichzeitig galt es, möglichst niedrigschwellige Zugänge zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu eröffnen. Und schließlich – um die Herausforderung als Chance zu begreifen – wurde die Flüchtlingsfrage frühzeitig in eine Strategie zur Fachkräftesicherung integriert.

Klaus Bouillon reagierte sofort und verlegte sein Büro aus dem Innenministerium in Saarbrücken in die Aufnahmestelle nach Lebach, so dass er höchstselbst vor Ort die Dinge in die Hand nahm und sich als oberster Krisenbewältiger bewährte. Unter anderem gelang es ihm, die Dauer der Asylverfahren im Saarland auf durchschnittlich knapp vier Monate zu verkürzen.

Das Ergebnis: Wie der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und auch die Leiterin der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit bestätigten, hat das Saarland die Flüchtlingskrise so gut wie kaum ein anderes Bundesland gemeistert – und dies, ohne dass Turnhallen über einen längeren Zeitraum belegt oder sonstige öffentliche Einrichtungen zum Nachteil der Bevölkerung in Anspruch genommen werden mussten und ohne dass die öffentliche Sicherheit in diesem Zusammenhang gelitten hätte.

Einen weiteren Akzent, der bis heute mit Annegret Kramp-Karrenbauer verbunden wird, setzte sie mit ihrer Frankreichstrategie. Im Jahr 2014 verkündete Annegret Kramp-Karrenbauer, dass sie die Mehrsprachigkeit im Saarland deutlich voranbringen und vor allem die Französischkenntnisse bis hin zur Verkehrssprache erweitern wolle. Innerhalb von drei Jahrzehnten, also im Zeitfenster von einer Generation, sollte jede Saarländerin und jeder Saarländer des Französischen mächtig sein, dies freilich nicht unter Vernachlässigung des Englischen. Dies mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen und Umsetzungsschritten, die nach einem umfassenden Konsultationsverfahren mit regionalen, nationalen und internationalen Ansprechpartnern aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in regelmäßiger Turnus in einer „Feuille de Route“ festgelegt werden sollten.

Die Frankreichstrategie ist parteiübergreifend zu einem Markenzeichen des Saarlandes geworden. Die SPD-geführte Landesregierung unter Anke Rehlinger hat sie denn auch bis heute weitergeführt. Auch wenn der Ausbau des Französischunterrichts im schulischen Bereich bislang noch hinter den Erwartungen zurückbleibt, so hat die Frankreichstrategie doch einen Schub im vorschulischen Bildungsbereich ausgelöst: 92 von bundesweit 216 „Elysée-Kitas“ sind im Saarland beheimatet. Hinzu kommen Fortschritte im Bereich der grenzüberschreitenden Berufsausbildung ebenso wie in der grenzüberschreitenden Arbeitsvermittlung. Gleichzeitig wurden die Französischangebote in den Volkshochschulen ausgeweitet. Schließlich wäre die im vergangenen Jahr erreichte Mitgliedschaft als Beobachter in der OIF, der internationalen Organisation der Frankophonie, ohne Frankreichstrategie kaum denkbar gewesen. Diese Mitgliedschaft eröffnet dem Saarland ganz neue kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen zu den 57 OIF-Mitgliedsländern.

*Annegret Kramp-Karrenbauer:
eine außerordentlich beliebte und erfolgreiche Ministerpräsidentin*

Annegret Kramp-Karrenbauer war gut sechs Jahre lang Ministerpräsidentin des Saarlandes. Sie hat in dieser Zeit Großes geleistet, vor allem was die Sicherung der Eigenständigkeit des Saarlandes betrifft. In ihrer Amtszeit wurde die Frage einer Länderneugliederung und einer Zusammenlegung des Saarlandes mit Rheinland-Pfalz auch niemals aufgegriffen.

Keine Frage: Annegret Kramp-Karrenbauer war eine überaus beliebte Ministerpräsidentin. Mit ihrer unprätentiösen Art, ihrer Nahbarkeit, ihrem offenen, freundlichen Wesen hatte sie schnell die Herzen der Saarländerinnen und Saarländer gewonnen. Gemeinsam mit engen Weggefährten wie ihrem Chef der Staatskanzlei Jürgen Lennarz, mit ihren Mitstreitern im Kabinett wie anfänglich Peter Jacoby, Andreas Storm, dann Monika Bachmann, Klaus Bouillon und nicht zuletzt auch dem Verfasser hat sie viel bewegt und Großes bewirkt. Dass sie bei der Landtagswahl 2017 den Höhenflug des damaligen SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz stoppte, für die CDU-Saar das sensationelle Ergebnis von 40,7 Prozent einfuhr und die SPD unter die 30-Prozent-Marke rückte, war eine Empfehlung für höhere Aufgaben.

Im Frühjahr 2018 trat sie als Ministerpräsidentin zurück, um als Generalsekretärin der CDU Deutschland eine bundespolitische Karriere zu starten. Nicht wenige Menschen im Saarland waren enttäuscht. Als sie dann am 19. Oktober 2018 auf dem 68. Landesparteitag den Vorsitz der CDU-Saar an Tobias Hans weiterreichte, waren die Gefühle durchaus zwiespältig. Zum einen waren viele stolz, dass „unsere Annegret“ nun bundespolitisch ganz oben mitmischte. Zum andern bedauerte man aber auch ihren Weggang. Denn die Ära Kramp-Karrenbauer war ganz ohne Zweifel eine gute, erfolgreiche Zeit für unser Land.

Abbildungsnachweis

Trotz sorgfältiger Prüfung ist es nicht in jedem Fall gelungen, den Rechteinhaber der historischen Fotografien zu ermitteln.

Cover:

Saarländisches Landesarchiv, B 348 D, Fotograf: Julius C. Schmidt,
© Stefan Andreas Schmidt

Zur Geschichte der CDU-Saar (erster Teil):

Saarländisches Landesarchiv, N PressPhA 123_19, Fotograf: Erich Oettinger
Saarländisches Landesarchiv, N PressPhA 135_19, Fotograf: Erich Oettinger
Saarländisches Landesarchiv, N StK, RegRöder 10623, Fotograf: Erich Isenhuth
Saarländisches Landesarchiv, B StK, RegRöder 4001_8, Fotograf: unbekannt
Saarländisches Landesarchiv, B StK, RegRöder 4001_3, Fotograf: unbekannt
Saarländisches Landesarchiv, B StK, RegRöder 2454, Fotograf: Erich Isenhuth
Saarländisches Landesarchiv, B 1781_1a D, Fotograf: Erich Isenhuth

Zur Geschichte der CDU-Saar (zweiter Teil):

Aufnahmen mit Peter Jacoby, Fotograf: Rolf Ruppenthal

Einzelaufnahme von Klaus Töpfer, Saarländisches Landesarchiv, N StK,
RegRöder 7136, Fotograf: Erich Isenhuth

Übrige Aufnahmen, Foto: BeckerBredel

Beitrag über Hubert Ney:

Saarländisches Landesarchiv, N PressPhA 2, Fotograf: Erich Oettinger
Saarländisches Landesarchiv, B NL_Bruch 364, Photo Actuelle, Fotograf: Erich Oettinger

Aufnahme von Hubert Ney mit Konrad Adenauer, Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung, Bildnummer 106551, Fotograf: unbekannt

Saarländisches Landesarchiv, B 1119_2 E, Fotograf: Ferdi Hartung

Saarländisches Landesarchiv, N PressPhA 39_8, Fotograf: Erich Oettinger

Saarländisches Landesarchiv, N PressPhA 40_10, Fotograf: Erich Oettinger
Saarländisches Landesarchiv, N PressPhA 124_9, Fotograf: Erich Oettinger
Saarländisches Landesarchiv, N PressPhA 319_30, Fotograf: Erich Oettinger
Saarländisches Landesarchiv, N PressPhA 299_11, Fotograf: Erich Oettinger

Beitrag über Egon Reinert:

Saarländisches Landesarchiv, B 1703_13 C, Fotograf: unbekannt
Saarländisches Landesarchiv, N PressPhA 60_6, Fotograf: Erich Oettinger
Saarländisches Landesarchiv, B 338 C, Fotograf: unbekannt
Saarländisches Landesarchiv, B StK, RegReinert 23, Fotograf: unbekannt
Saarländisches Landesarchiv, B StK, RegReinert 32,
Urheber: Fotoabteilung Saarbrücker Zeitung, Fotograf: unbekannt
Saarländisches Landesarchiv, B StK, RegReinert 72, Fotograf: unbekannt
Saarländisches Landesarchiv, B StK, RegReinert 80,
Fotograf: Annelies Mann (München)
Saarländisches Landesarchiv, B StK, RegReinert 327,
Urheber: Presse Photo Actuelle
Saarländisches Landesarchiv, B StK, RegReinert 474, Fotograf: unbekannt
Saarländisches Landesarchiv, B StK, RegReinert 475, Fotograf: Vollrath
Saarländisches Landesarchiv, B StK, RegReinert 1170, Fotograf: unbekannt

Beitrag über Alois Becker:

Saarländisches Landesarchiv, N NL_SchmidtJC 546_012, Fotograf: Julius C. Schmidt, © Stefan Andreas Schmidt
Die Aufnahmen Beckers als Student und vor seinem Eintritt in den saarländischen Justizdienst wurden seiner Personalakte im Saarländischen Landesarchiv (Signatur: MJ-PA 635) entnommen, Urheber: unbekannt
Saarländisches Landesarchiv, B StK, RegRöder 679, Fotograf: Julius C. Schmidt, © Stefan Andreas Schmidt
Saarländisches Landesarchiv, B 1781_13 D, Fotograf: Erich Isenhuth
Saarländisches Landesarchiv, N StK, RegRöder 8541, Fotograf: Erich Isenhuth
Saarländisches Landesarchiv, N StK, RegRöder 6389, Fotograf: Erich Isenhuth

Interview mit Rita Waschbüsch:

Saarländisches Landesarchiv, B 2278_27 D, Fotograf: Erich Isenhuth

Beitrag über Werner Scherer:

Saarländisches Landesarchiv, B 1703_16 C, Fotograf: unbekannt

Saarländisches Landesarchiv, B 1718_6 C, Fotograf: unbekannt

Saarländisches Landesarchiv, B StK, RegRöder 2002, Fotograf: Erich Isenhuth

Saarländisches Landesarchiv, B StK, RegRöder 3942, Fotograf: Erich Isenhuth

Saarländisches Landesarchiv, B StK, RegRöder 4000_59, Foto: Landeszentrale für politische Bildung, Saarbrücken

Saarländisches Landesarchiv, N StK, RegRöder 4788, Fotograf: Erich Isenhuth

Saarländisches Landesarchiv, N StK, RegRöder 6206, Fotograf: Erich Isenhuth

Saarländisches Landesarchiv, B StK, RegRöder 2293, Fotograf: Erich Isenhuth

Saarländisches Landesarchiv, N StK, RegRöder 11644, Fotograf: Erich Isenhuth

Beitrag über Peter Müller:

Porträtaufnahme, Foto: BeckerBredel

Beitrag über Annegret Kramp-Karrenbauer:

Porträtaufnahme, Foto: BeckerBredel

Personenregister

Adenauer, Konrad:	S. 23, 25, 67 f., 71, 91, 95
Albrecht, Erwin:	S. 71 f.
Bachmann, Monika:	S. 172
Becker, Alois:	S. 106–119
Best, Rolf:	S. 85 f., 100
Biedenkopf, Kurt:	S. 35, 131, 140
Blind, Adolf:	S. 77
Bodens, Wilhelm:	S. 83
Bouillon, Klaus:	S. 170 ff.
Budell, Berthold:	S. 36
Bungarten, Franz-Josef:	S. 89
Carboneau, Eric de:	S. 79
Conrad, Kurt:	S. 26, 66, 115
Couve de Murville, Maurice:	S. 96 f.
Dietz, Fritz:	S. 87
Erhard, Ludwig:	S. 95
Friedman, Michel:	S. 153
Georgi, Hanspeter:	S. 153
Görner, Regina:	S. 153
Hans, Peter:	S. 150, 154, 164
Hans, Tobias:	S. 56, 173
Herold, Albrecht:	S. 124
Herzog, Roman:	S. 151
Hesse, Joachim Jens:	S. 165
Heuss, Theodor:	S. 68
Hoffmann, Johannes:	S. 21 f., 26, 66, 80, 114
Jacoby, Peter:	S. 46 ff., S. 50, S. 55, 146 ff., 150, 153, 163, 172
Klimmt, Reinhard:	S. 48, 152
Kohl, Helmut:	S. 35, 138 f., 149 f., 162 f.
Kramp-Karrenbauer, Annegret:	S. 53–56, 156, 159–173
Küppers, Heinrich:	S. 29 f.
Kußmaul, Heinz:	S. 155
Lafontaine, Oskar:	S. 42 f., 45 f., 48 ff., 131, 137 ff., 148–152, 154, 157 f.
Lautz, Julius von:	S. 115

Lehnen, Emil:	S. 127
Lennarz, Jürgen:	S. 172
Maas, Heiko:	S. 156, 158, 166 f.
Meiser, Klaus:	S. 150, 153, 164 f.
Merkel, Angela:	S. 157, 167
Mörsdorf, Stefan:	S. 153
Müller, Peter:	S. 51, 56, 61, 144–159, 164–167
Ney, Hubert:	S. 22–27, 64–81, 91, 111
Ollenhauer, Erich:	S. 80
Palandt, Otto:	S. 111
Pire, Dominique:	S. 99
Rauber, Karl:	S. 150, 153, 163
Rehlinger, Anke:	S. 172
Reinert, Egon:	S. 25, 27 f., 38, 69 ff., 80–104
Röder, Franz-Josef:	S. 28–33, 35–38, 48, 73, 83 ff., 91, 107, 115 f., 121 ff., 131, 148, 154
Scheer, August Wilhelm:	S. 151
Scherer, Werner:	S. 29, 32–35, 42, 44, 47, 57, 60, 123, 128–142, 148
Schleiden, Karl August:	S. 74
Schneider, Heinrich:	S. 26, 66, 78 ff., 84, 87, 93
Schreier, Jürgen:	S. 150, 154
Schröder, Gerhard:	S. 152
Schulz, Martin:	S. 172
Schweitzer, Albert:	S. 99
Storm, Andreas:	S. 172
Strauß, Franz Josef:	S. 35, 146, 149
Töpfer, Klaus:	S. 48 ff., 148 ff., 163 f.
Toscani, Stephan:	S. 49, 56 ff.
Ulrich, Hubert:	S. 158
Vogel, Bernhard:	S. 139 f.
Waschbüsch, Rita:	S. 120–127
Wehr, Matthias:	S. 90
Weizsäcker, Richard von:	S. 140
Wicklmayr, Rainer:	S. 36
Wulf, Christian:	S. 157 f.
Zeyer, Werner:	S. 21, 32, 36–39, 42 ff., 60, 72 f., 130, 132, 148, 154

Der 70. Geburtstag der CDU-Saar: ein Grund, zurückzublicken und dabei wesentliche Linien sowie prägende Persönlichkeiten einer Partei wahrzunehmen, die mit der Zeitgeschichte des Saarlandes eng verbunden ist – sei es durch Regierungstätigkeit oder Oppositionsarbeit.

Diese Broschüre soll Anhalt dazu geben. Eine historische Kurzübersicht und ein Interview mit Peter Müller beleuchten die wichtigsten Stationen der CDU-Saar von den Anfängen bis in die Gegenwart. Aus sieben Jahrzehnten Parteigeschichte bieten daraufhin sieben Biografien vertiefte Einblicke. Sie gelten bedeutenden Politikern der CDU-Saar, den Ministerpräsidenten Hubert Ney, Egon Reinert, Peter Müller und Annegret Kramp-Karrenbauer sowie den Ministern Rita Waschbüsch, Alois Becker und Werner Scherer.

Sie wollen noch mehr erfahren? Scannen Sie die QR-Codes und hören Sie zwei Podcasts: mit dem CDU-Saar-Mitbegründer Edgar Burger und mit dem ehemaligen Parteivorsitzenden und Minister Peter Jacoby.



Coverabbildung: Landesparteitag der CDU-Saar am 18. Mai 1965; es spricht Ministerpräsident Dr. Franz-Josef Röder

70 Jahre CDU-Saar

Ein Beitrag zur Zeitgeschichte

Union Stiftung, 2025 · 7,90 €

ISBN: 978-3-9827378-1-2



9 783982 737812

